



universität
wien

Diplomarbeit

Titel der Diplomarbeit

„Nation-Building: Afghanistan auf dem Weg zur Nation?“

Verfasserin

Melanie Hussak

angestrebter akademischer Grad

Magistra der Philosophie (Mag. phil.)

Wien, im April 2010

Studienkennzahl lt. Studienblatt:

A 300

Studienrichtung lt. Studienblatt:

Politikwissenschaft

Betreuerin:

Univ.-Prof. Dr. Eva Kreisky

INHALTSVERZEICHNIS

1. Einleitung	4
1.1 Einführung	4
1.2 Methodik	9
1.3 Gliederung	10
2. Theoretische Diskussion	12
2.1 Nation-Building	12
2.1.1 Deskriptives Nation-Building nach Rokkan	14
2.1.2 Normatives Nation-Building im Kontext des 21. Jahrhunderts	17
2.2 Nation	19
2.3 Theoretischer Rahmen der Arbeit	20
2.3.1 Nation und Nation-Building	20
2.3.2 Demokratisierung	23
3. Forschungsinteresse und Forschungshypothesen	25
4. Afghanistan 1747-2001	27
4.1 Chronologie der afghanischen Geschichte	27
4.1.1 Von der Territorialisierung zur Unabhängigkeit	27
Exkurs: Die Paschtunistan-Frage	30
4.1.2 Die Reformen Amanullah Khans	32
4.1.3 Zwischen Tradition und Moderne zu den <i>Goldenen Jahren</i>	34
4.1.4 Kommunistische Herrschaft und sowjetische Intervention	37
4.1.5 Bürgerkrieg und Fragmentierung	39
4.1.6 Das Taliban-Regime	41
4.2 Ebenen	43
4.2.1 Staat	43
4.2.2 Politische Gemeinschaft	47
4.2.3 Demokratie/Legitimität	53
5. Afghanistan seit 09/11	57
5.1 Die Intervention	58
5.1.1 Militärische Intervention	58
5.1.2 Zivil-humanitäre Intervention	62
5.1.3 Politische Intervention	67

5.2	Ebenen.....	68
5.2.1	Staat.....	69
5.2.2	Politische Gemeinschaft.....	72
5.2.3	Demokratisierung	73
6.	Fazit	81
7.	Anhang	85
7.1	Daten Afghanistan.....	85
7.2	Verzeichnisse/Quellen.....	86
7.2.1	Bibliographie	86
7.2.2	Internetquellen	92
7.2.3	Abbildungsverzeichnis	101
7.2.4	Abkürzungsverzeichnis	102
7.3	Curriculum Vitae.....	103
7.4	Abstract	104

1. Einleitung

Die Diplomarbeit beginnt mit einer Einführung in den seit 1978 herrschenden Krieg in Afghanistan mit besonderem Fokus auf die Ereignisse seit den Terroranschlägen vom 11. September 2001 und dem anschließenden Nation-Building-Prozess. Am Ende des Einleitungskapitels werden die verwendete Methodik sowie der Aufbau der Diplomarbeit vorgestellt.

1.1 Einführung

Seit 1978 herrscht entsprechend den gängigen wissenschaftlichen Kriterien¹ in Afghanistan Krieg. Dem kommunistischen Regime stellten sich Mudschaheddin entgegen. Entsprechend der Konfliktlinie Moderne versus Tradition ging es um die (Neu-)Verteilung von Macht. Das kommunistische Regime erhielt Unterstützung von der UdSSR, die zwischen 1979 und 1989 in Afghanistan intervenierte. Die Mudschaheddin erhielten Beihilfe von Seiten der USA, Pakistans, Saudi-Arabiens und Chinas.² Obwohl der Krieg tieferliegende Ursachen hatte, wurde er in der breiten Öffentlichkeit gemeinhin als Stellvertreterkrieg bezeichnet. Das Ende des Kalten Kriegs hatte tatsächlich 1989 den Abzug der sowjetischen Truppen zur Folge. 1991 einigten sich Russland und die USA auf die Einstellung militärischer Hilfe für Afghanistan.³ Realpolitisch rückte Afghanistan dadurch in den Hintergrund. Der Krieg ging weiter. Trotz zweier Friedensabkommen 1992 und 1993⁴ zerfiel Afghanistan in viele quasi-staatliche Herrschaftsgebiete, die politisch sowie ökonomisch von nicht-staatlichen Gewaltakteuren beherrscht wurden und die das schwache staatliche Gewaltmonopol folglich zur Gänze absorbierten. Die Kriegsherren führten nicht zuletzt wegen der Kriegsökonomie einen zunehmend sich selbst perpetuierenden Bürgerkrieg gegeneinander, die Regierung in Kabul blieb nur mehr formal bestehen.⁵ Die regionale Vernetzung der Kriegsökonomie destabilisierte zudem die umliegenden

¹ Vgl. Kriegsdefinitionen der Arbeitsgemeinschaft für Kriegsursachenforschung/Hamburg http://www.sozialwiss.uni-hamburg.de/publish/lpw/Akuf/kriege_aktuell.htm#Def und des Department of Peace and Conflict Research/Universität Uppsala http://www.pcr.uu.se/research/UCDP/data_and_publications/definition_of_armed_conflict.htm

² Vgl. Chiari, Bernhard (2009a). S. 62

³ Vgl. Mielke, Katja (2009a). S. 75; vgl. Rubin, Barnett (2002). S. 265

⁴ Vgl. Ebd. S. 75

⁵ Vgl. Ebd. S. 79

Staaten. Die instabilen sozio-ökonomischen Verhältnisse des Kriegs boten auch Terrornetzwerken Raum für ihre Aktivitäten.⁶

In der wissenschaftlichen Auseinandersetzung wurde Afghanistan, entsprechend seiner Entwicklungen in den 1990er Jahren, vorwiegend im Zuge der *Failed-State*-Debatte⁷ und jener über einen Formwandel des Kriegs, der insbesondere seit der Theorie der *Neuen Kriege* von Mary Kaldor⁸ äußerst kontrovers diskutiert wird⁹, behandelt.

Mit den von Afghanistan aus geplanten Terroranschlägen von Al-Qa'ida auf die US-Botschaften in Daressalam und Nairobi 1998, geriet das Land wieder in den Blickpunkt der Weltöffentlichkeit. Ab 1980 gehörte Osama Bin Laden zu jenen arabisch-islamischen Fundamentalisten, die die Mudschaheddin im Krieg gegen die UdSSR unterstützten. Er half bei der Rekrutierung von freiwilligen Kämpfern und unterhielt ein Ausbildungslager, aus dem sich auch jene Einheit bildete, die Bin Laden nach Verlassen Afghanistans 1989 weiterhin treu blieb.

Bin Laden kehrte nach kurzen Stationen in Saudi-Arabien und dem Sudan, den er auf Druck der USA nach von dort aus geplanten Terroranschlägen verlassen musste, 1996 nach Afghanistan zurück. Dort unterstützte er die Taliban, die vorwiegend mit seiner und der Unterstützung des pakistanischen Geheimdienstes Inter Services Intelligence, ISI, zwischen 1996 und 1998 ihr Regime in Afghanistan etablieren konnten. Mit seinen weltweiten Geschäftsverbindungen half Bin Laden den Taliban zudem beim Ausbau der Drogenökonomie und des Waffenschmuggels, von dem auch er finanziell profitierte.¹⁰ Im Gegenzug konnte Al-Qa'ida unbehindert von Afghanistan aus operieren. Nach den oben genannten Sprengstoffanschlägen wurden über die Taliban, da sie Bin Laden nicht auslieferten, gemäß Resolution 1267 (1999) des UN-Sicherheitsrats Wirtschaftssanktionen verhängt.¹¹

Die neue Dimension der Terroranschläge vom 11. September 2001 veränderte auch das Niveau der Reaktion. Die Resolution 1368 (2001) des UN-SC erkannte den USA gemäß Kapitel VII, Artikel 51, der UN-Charta das Selbstverteidigungsrecht zu.¹² Die

⁶ Vgl. Hinz, Thorsten (2009). S. 54

⁷ Siehe insbesondere: Chomsky, Noam (2006) und Schneckener, Ulrich (2006).

⁸ Siehe: Kaldor, Mary (2007).

⁹ Siehe: Geis, Anna (Hg.) (2006).

¹⁰ Vgl. Rashid, Ahmed (2001). S. 224-226

¹¹ Vgl. <http://unama.unmissions.org/Default.aspx?tabid=1745>

¹² Vgl. <http://unama.unmissions.org/Default.aspx?tabid=1745>

NATO rief zudem erstmals seit ihrem Bestehen den Bündnisfall aus.¹³ Das Selbstverteidigungsrecht im Kontext eines Terroranschlags stellte ein Novum dar, dass auch daraus resultierte, dass die Taliban Bin Laden weiterhin nicht auslieferten. Völkerrechtlich wurde der transnationale Kriegsgegner somit verstaatlicht, gegen das Taliban-Regime begann am 7. Oktober 2001 eine von den USA und Großbritannien geführte militärische Intervention.¹⁴

Die Intervention ist bereits die fünfte in Afghanistans jüngerer Geschichte. Afghanistan geriet zum Spielball ausländischer Mächte in deren Kräfteressen im 19. und 20. Jahrhundert¹⁵: Zwischen 1838 und 1919 dreimal in den Kampf des Britischen Empires mit dem russischen Zarenreich und zwischen 1979 und 1989 im Kalten Krieg unter sowjetische Intervention. Alle vier Kriege waren asymmetrische, in denen die militärisch überlegenen Großmächte auf dezentralen und mit Guerillataktik kämpfenden Widerstand seitens der afghanischen Bevölkerung trafen, der sie schließlich zum Abzug zwang.¹⁶

Die gegenwärtige Intervention besteht aus zwei unterschiedlichen Militäraktionen sowie einer politischen und einer zivil-humanitären Intervention.¹⁷ Die militärischen Interventionen legitimieren sich für die NATO-Staaten aufgrund des Terrorarguments sowie des Schutz- und Sicherheitsarguments.¹⁸

Mit dem Ziel der Zerschlagung des Terrornetzwerks Al-Qa'ida sowie des Taliban-Regimes operieren seit 7. Oktober 2001 US-amerikanische und britische Streitkräfte im Zuge der Militärmission *Operation Enduring Freedom*, OEF, in Afghanistan. Mithilfe der Nordallianz gelang es den OEF-Truppen die Taliban am 8. Dezember 2001 aus Kandahar, ihrer letzten Hochburg, zu vertreiben. Die Taliban zogen sich folglich nach *Paschtunistan*, dem Grenzgebiet zu Pakistan, von wo aus bereits der Widerstand gegen die sowjetischen Truppen aus organisiert wurde, sowie ins südliche Gebiet von Zentralafghanistan zurück.¹⁹

¹³ Vgl. Cremer, Uli (2009). S. 78

¹⁴ Vgl. Zangl, Bernhard/Zürn, Michael (2003). S. 203f

¹⁵ Vgl. Schetter, Conrad (2007a). S. 13

¹⁶ Vgl. Orywal, Erwin (2009). S. 183

¹⁷ Vgl. Schetter, Conrad/Mielke, Katja (2008). S. 81ff

¹⁸ Vgl. Hinz, Thorsten (2009). S. 53

¹⁹ Vgl. Schetter, Conrad (2007a). S. 136f

Zum Schutz der Regierung und der Zivilbevölkerung sowie für ein sicheres Umfeld für den Wiederaufbau wurde die International Security Assistance Force, ISAF, im Dezember 2001 durch Resolution 1386²⁰ nach Kapitel VII legitimiert.²¹ Im Sommer 2003 übernahm die NATO die bislang den Vereinten Nationen unterstehenden ISAF-Truppen. Im Zuge der Übernahme durch die NATO und der Eingliederung von OEF-Militäreinheiten in die ISAF wurde das Einsatzgebiet bis 2006 in vier Phasen auf ganz Afghanistan ausgedehnt. Die Ausdehnung resultierte insbesondere aufgrund der Situation im Süden und Südosten Afghanistans, in dem der militante Widerstand bis dato ungebrochen ist.²²

Nach der Beseitigung des Taliban-Regimes wurde unter der Leitung der Vereinten Nationen am Bonner Petersberg (30. November bis 5. Dezember 2001) ein Regime Change eingeläutet. Die afghanischen Bürgerkriegsparteien sowie Repräsentanten der Bevölkerungsgruppen kamen zur Verhandlung eines Friedensprozesses zusammen. Die Taliban waren als einzige Fraktion von den Verhandlungen ausgeschlossen.²³ Das Ergebnis, das Bonner Abkommen, verabschiedet durch Resolution 1383,²⁴ beinhaltet die politische Neuordnung Afghanistans. Die Neuordnung unterliegt dem Paradigma des *Liberal Peace*,²⁵ demzufolge Demokratie und eine freie Marktwirtschaft für Frieden sorgen. Schlüsselemente des Abkommens waren neben der Bildung einer Übergangsregierung daher die Präsidentschafts- und Parlamentswahlen, eine neue Verfassung, ein Zeitplan für den Aufbau von Regierungsinstitutionen, das Mandat für den Einsatz der ISAF und der zivilen UN-Mission UNAMA. Die Abhaltung der Präsidentschaftswahl im Oktober 2004 und der Parlamentswahl im September 2005 stellten das Ende des Bonner Abkommens dar.²⁶ Fortgesetzt wurde die politische Neuordnung durch den Afghanistan Compact, der im Februar 2006 in London von der afghanischen Regierung sowie den internationalen Geberstaaten angenommen wurde. Durch den Afghanistan Compact, der erstmals die Etablierung staatlicher Institutionen auf

²⁰ Vgl. <http://unama.unmissions.org/Default.aspx?tabid=1745>

²¹ Vgl. Epping, Volker (2008). S. 28

²² Vgl. Schetter, Conrad (2007a). S. 142f

²³ Vgl. Zangl, Bernhard/Zürn, Michael (2003). S. 244f

²⁴ Vgl. <http://unama.unmissions.org/Default.aspx?tabid=1745>

²⁵ Vgl. Schetter, Conrad/Mielke, Katja (2008). S. 78

²⁶ Vgl. The A to Z Guide to Afghanistan Assistance (2009). S. 25

mehreren administrativen Ebenen vorsah, rückte der Staatsaufbau in den Mittelpunkt.²⁷

Die zivile Mission der Vereinten Nationen, UNAMA, koordiniert die wirtschaftlichen und politischen Wiederaufbaumaßnahmen und dient der Unterstützung der afghanischen Regierung.²⁸ Die beiden Strategiepapiere Afghanistan National Development Strategy, ANDS, und National Development Framework, NDF, umfassen gemeinsam mit der UNAMA-Mission die zivil-humanitäre Seite der Intervention. Sie unterliegen den beiden Paradigmen *Afghan Ownership* und *Light footprint*,²⁹ der Wiederaufbau soll demnach von den AfghanInnen selbst getragen werden, die internationale Gemeinschaft soll nur unterstützend tätig sein.³⁰

Den internationalen Streitkräften steht eine militante Opposition gegenüber, der Friedensprozess ist seit 2004 ein (Staatsgründungs-)Krieg. Die Opposition beinhaltet militante Widerstandsgruppen genauso wie ehemalige Kriegsherren, die trotz Funktionen in afghanischen Institutionen gegen das politische System agieren, und Kriminelle. Den Taliban gelang es, sich im pakistanischen Grenzgebiet vor den Militäroperationen zu schützen und sich zu reorganisieren.³¹ Insbesondere seit 2005 verschlimmert sich die Sicherheitslage, Zivilisten fallen zunehmend in den Kämpfen zwischen den internationalen Streitkräften und den Taliban.³² Gegenwärtig haben die Taliban in 72 Prozent von Afghanistan erneut politische und ökonomische Präsenz.³³ Die Taliban gewinnen verstärkt auch außerhalb ihrer traditionellen Klientel an Einfluss.³⁴ Sie können gerade in ländlichen Gebieten Südafghanistans auf die Unterstützung einer Bevölkerung zählen, die sich ökonomisch vernachlässigt, ethnisch nicht repräsentiert und in ihren Werten und Normen nicht ernst genommen fühlt.³⁵

²⁷ Vgl. Schetter, Conrad/Mielke, Katja (2008). S. 85

²⁸ Vgl. <http://unama.unmissions.org/Default.aspx?tabid=1743>

²⁹ Brahimi, Lakhdar, UN-Special Representative for Afghanistan 1997-99/2001-04, am 6. Februar 2002.

³⁰ Vgl. Schetter, Conrad/Mielke, Katja (2008). S. 8

³¹ Vgl. Schetter, Conrad (2007a). S. 142-144

³² Eine Schätzung der Zivilopfer findet sich bei: Human Rights Watch (2008).

³³ Vgl. The International Council on Security and Development (2008). S. 5

³⁴ Vgl. Ruttig, Thomas (2009a). S. 5

³⁵ Schetter, Conrad (2007a). S. 147

Auch für die Intervenierenden steht in Afghanistan viel auf dem Spiel. Die Intervention sollte nach den fehlgeschlagenen humanitären Interventionen der 1990er Jahre nun den Erfolgsbeweis moderner Interventionen erbringen.³⁶ Innerhalb der internationalen Streitkräfte macht sich Ernüchterung breit, die Regierungen der an der Intervention beteiligten Staaten kommen aufgrund der ansteigenden Opferzahlen in den eigenen Reihen innenpolitisch zunehmend unter Druck.³⁷ Dem gegenüber steht eine Bevölkerung, die seit dreißig Jahren Kriegsgewalt erlebt hat und die die Intervention nach anfänglicher Hoffnung auf einen Friedensprozess nun immer stärker als Besatzung empfindet.³⁸ Die politische Patt-Situation und Gewaltspirale spitzte sich insbesondere aufgrund der Präsidentschaftswahl im August 2009 zu.

1.2 Methodik

Aufgrund des Themas bietet sich für dessen wissenschaftliche Bearbeitung eine der qualitativen Sozialforschung zugeordnete Dokumentenanalyse und Literaturstudie an. Die Dokumentenanalyse beinhaltet Primärquellen wie die Resolutionen des UN-SC, Dokumente über Beschlüsse, Abkommen und Veröffentlichungen der afghanischen Institutionen sowie von internationalen Organisationen.

Die Sekundärliteratur dient zum einen dem geschichtlichen Erkenntnisgewinn. Auch soll zum anderen auf die Einschätzung von Wissenschaftlern mit langjährigem Afghanistan-Forschungsschwerpunkt wie Conrad Schetter, Barnett Rubin u.a., sowie auf jene von NGOs und Stiftungen, die in Afghanistan tätig sind, darunter die Afghanistan Research and Evaluation Unit und die Konrad-Adenauer-Stiftung, nicht verzichtet werden.

Um Aktualität zu gewährleisten, wird die Kriegschronik der Arbeitsgemeinschaft Friedensforschung der Universität Kassel verwendet. Die Kriegschronik umfasst eine Zusammenfassung täglicher Agentur- und Pressemeldungen.

Um ein aktuelles Meinungsbild der afghanischen Bevölkerung wiedergeben zu können, wird auf Demoskopien der Konrad Adenauer-Stiftung, die Feldforschung in

³⁶ Vgl. Daxner, Michael/Free, Jan H./Schüßler, Maike/Thiele, Ursula (2007). S. 65

³⁷ Dies zeigte sich insbesondere an der vehementen Weigerung der deutschen Regierung den Krieg in Afghanistan als solchen zu bezeichnen.

³⁸ Vgl. Ruttig, Thomas (2009a). S. 7

Afghanistan betreibt, zurückgegriffen. Bei der Übernahme der Ergebnisse wird berücksichtigt, dass diese quantitative Forschung nicht den notwendigen wissenschaftlichen Methoden, sowohl betreffend die Samplegröße wie die Begrenzung auf wenige Regionen, entspricht. Das Meinungsbild kann daher nur richtungsweisend interpretiert werden und ist gerade im heterogenen Afghanistan nicht für die Gesamtpopulation als repräsentativ einzustufen.

1.3 Gliederung

Nach der Einleitung gliedert sich die Diplomarbeit wie folgt:

In Kapitel 2 wird der theoretische Rahmen der Diplomarbeit dargelegt. Dieser umfasst eine eingehende (Begriffs-) Diskussion und Verortung von Nation, Nation-Building und Demokratisierung, deren Erkenntnisgewinn auch der Bildung der Forschungshypothesen dient.

In Kapitel 3 erfolgt die Einführung in den Untersuchungsgegenstand der Diplomarbeit, der mithilfe der ebenfalls in Kapitel 3 vorgestellten Forschungshypothesen in den nachfolgenden Kapiteln behandelt wird.

Kapitel 4 beginnt mit einer Einführung in die afghanische Geschichte ab Beginn der Durrani-Dynastie 1747, als erstmals ein Herrschaftsgebiet in Afghanistan gebildet wurde. Es folgt eine zusammenfassende Darstellung der drei Ebenen Staat, Nation und Demokratie, um die geschichtlichen und gesellschaftlichen Erkenntnisse für die Analyse des gegenwärtigen Prozesses nutzbar zu machen.

In Kapitel 5 wird der gegenwärtige Nation-Building Prozess analysiert. Der Fokus der wissenschaftlichen Untersuchung liegt dabei entsprechend dem Forschungsinteresse auf der Ebene der Demokratisierung. Zudem wird auf jene Faktoren eingegangen, die in Kapitel 4 als konfliktverschärfend ausgewiesen werden.

In Kapitel 6 erfolgt eine Zusammenfassung der wichtigsten Ergebnisse aus Kapitel 4 und 5, sowie ein kurzer Ausblick.

Die Diplomarbeit schließt mit einem Anhang, der neben der für die Diplomarbeit herangezogenen Literatur und einem Abbildungs- und Tabellenverzeichnis,

zusätzliche Daten über Afghanistan und seine Bevölkerung beinhaltet. Des weiteren findet sich im Anhang das Curriculum Vitae der Verfasserin sowie ein Abstract der vorliegenden Arbeit.

2. Theoretische Diskussion

Die wissenschaftliche Literatur zu Nation-Building setzt sich im Kontext der gegenwärtigen Interventionen mit der Frage auseinander, wie eine Nation von außen aufgebaut werden kann, um so ein Instrument für die Vorbeugung oder zur Bearbeitung von Gewaltkonflikten und Kriegen zu erhalten. Die Internationale Gemeinschaft hat diesen Weg auch im Anschluss an die militärische Intervention in Afghanistan gewählt, die Debatte dreht sich daher um das Finden jener Faktoren, die für eine friedvolle Konstituierung des politischen Systems in Afghanistan ausschlaggebend sind.

Im Folgenden wird gezeigt, dass der Begriff des Nation-Building nicht neu ist, wenngleich er sich im zeitlichen Kontext verändert hat. Dabei fällt auf, dass der Begriff des Nation-Building zumeist, speziell betreffend seine Verwendung im Kontext des 21. Jahrhunderts, ohne eine hinreichende Verortung seines Begriffsursprungs der Nation diskutiert wird. Dem Begriff der Nation wird daher ein Teil der theoretischen Diskussion gewidmet. Am Ende des Kapitels fließen die wesentlichen Erkenntnisse der Diskussion von Nation-Building und Nation zusammen und bilden den theoretischen Rahmen der Arbeit. Dabei zeigt sich, dass der Begriff der Nation für Afghanistan wenig sinnvoll ist, und auch die Analyse des Nation-Building aufgrund seiner Komplexität und begrifflichen Unpräzision den Rahmen der Arbeit sprengen würde. Daher wird das Forschungsinteresse auf einen Teil des gegenwärtigen Prozesses fokussiert. Der konkrete Untersuchungsgegenstand umfasst die dritte Ebene des Nation-Building, der Prozess zur Demokratie, Demokratisierung. Diese wird mithilfe der Ansätze von Stein Rokkan und Ulrich Schneckener anhand von Indikatoren untersucht.

2.1 *Nation-Building*

Nation-Building wird gemeinhin als *Prozess, der die Bildung und Formierung einer Nation bzw. Nationalstaates [hervorbringt] bezeichnet*.³⁹

Im Unterschied zu State Building, das auf die institutionelle Ebene des Staates abzielt, bezieht sich Nation-Building auf *Prozesse bzw. Institutionen, die ein Bewusstsein der Identität mit dem Territorialsystem erzeugen*.⁴⁰

³⁹ Nohlen, Dieter/Schultze, Rainer-Olaf (2004). S. 597

⁴⁰ Rokkan, Stein (2000). S. 109

In der konzeptionellen Verwendung des Begriffs Nation-Building unterscheidet die politikwissenschaftliche Literatur deskriptives/analytisches und normativ-strategisches Nation-Building.

Das deskriptive/analytische Nation-Building kann der Vergleichenden Politikwissenschaft zugeordnet werden, die sich damit vorwiegend in den 1950er und 1960er Jahren beschäftigte. Es skizziert den realen Ablauf historisch-gesellschaftlicher Prozesse, die – über längere Perioden – Gemeinschaften zu einer Nation werden lassen. In enger Verknüpfung mit den damals aufkommenden Modernisierungstheorien wurde versucht, Schlussfolgerungen aus den europäischen Erfahrungen der Staats- und Nationenbildung für Entwicklungsprozesse und Entwicklungsalternativen außerhalb Europas zu ziehen.⁴¹ Die Systembildungsprozesse der Entwicklungsstaaten wurden von Modernisierungstheoretikern wie Gabriel A. Almond, L. D. Pye, Seymour Martin Lipset, Stein Rokkan und Karl W. Deutsch als ein Nachholen westlicher Modelle begriffen. Wirtschaftliche und politische Entwicklung sei nur in modernen Nationalstaaten möglich, so die These der Modernisierungstheorie.⁴² Zugleich wurde in den 1950er und 1960er Jahren von den USA ein normatives Nation-Building im Kontext des Ost-West Konflikts forciert. Die Übernahme des westlichen Politik- und Wirtschaftssystems sollte dem sozialistischen Einfluss der Sowjetunion in den Entwicklungsländern Einhalt gebieten.⁴³

Das normativ-strategische Nation-Building will demnach mit Hilfe politischer Strategien ein konkretes Zielsystem erreichen, es trägt also einen programmatischen, konzeptionellen Charakter. Je nach politischen Umständen und Akteuren wird zwischen internem oder externem Nation-Building unterschieden.⁴⁴

Ab den 1970er Jahren wurde der Begriff aufgrund der Assoziation mit dem Vietnamkrieg und der konzeptionellen Verknüpfung mit gescheiterten Pazifizierungspolitiken diskreditiert. In den 1990er Jahren kam der Begriff zunächst in der angelsächsischen Debatte wieder auf, als aufgrund von Staatszerfall und

⁴¹ Vgl. Hippler, Jochen (2003).

⁴² Vgl. Nohlen, Dieter/Schultze, Rainer-Olaf. (Hg.) (2004). S. 597

⁴³ Vgl. Hippler, Jochen (2003).

⁴⁴ Vgl. Ebd.

Fragmentierung von Gesellschaften die internationale Gemeinschaft nach dem Ende des Kalten Krieges vor einer neuen realpolitischen Konstellation stand.⁴⁵

In der Literatur wird nun von der vierten Generation des UN-Peacekeeping gesprochen. Bereits die dritte Generation ab dem Somalia-Einsatz 1992 umfasste zusätzlich zu den friedenserhaltenden Maßnahmen militärische Einsätze, um so überhaupt die Grundlage für das Peacekeeping in einem laufenden Konflikt zu schaffen. In der vierten Generation entwickelten sie sich mit der zusätzlichen Übernahme von politischen und administrativen Tätigkeiten zu Nation-Building-Einsätzen.⁴⁶ Die normativen Konzepte westlicher externer Akteure sollen im Kontext der Kriege und Konflikte Ende des 20. und Anfang des 21. Jahrhunderts alternativ zu rein militärischer Konfliktbearbeitung Gewaltkonflikten vorbeugen oder diese bearbeiten, und sind so Bestandteil von Krisenpräventions-Einsätzen, militärischen Interventionen oder Element von Konfliktnachsorge.⁴⁷

2.1.1 Deskriptives Nation-Building nach Rokkan

Im folgenden wird für die Diskussion des deskriptiven Nation-Building Begriffs der theoretische Ansatz von Stein Rokkan vorgestellt, der aufgrund des Prozesscharakters und der Ebenenbildung auch wesentlichen Erkenntnisgewinn für die gegenwärtigen Interventionen in sich birgt.

Stein Rokkans Hauptwerk bestand in der Entwicklung eines empirischen Makromodells, anhand dessen er die Entstehung der europäischen Nationen zeigte. Der europäische Nationalstaat war ihm zufolge das Resultat verschiedener Prozesse, die sich über viele Jahrhunderte erstreckten und mit Ausnahme von Japan nirgendwo in einer entsprechenden Homogenität und historischen Verwurzelung erreicht wurde. In weiten Teilen (West-)Europas folgte die Nationenbildung dem Prozess der Staatsbildung, der aufgrund militärisch-administrativer Zentrumsbildung und der territorialen Konsolidierung bereits im Hochmittelalter begann. Danach folgte die Demokratisierung und schließlich der Wohlfahrtsstaat. Rokkan bildet die Prozesse

⁴⁵ Vgl. Hippler, Jochen (2003).

⁴⁶ Vgl. Bräunig, Alexander/Burmeister, Christina (2007). S. 1; vgl.

http://www.espp.de/fileadmin/MDB/ESPP_Homepage/ESPP-Events/2006/Behrendt/ZIF-Presentation_J_Behrendt_Feb_2006.pdf

⁴⁷ Vgl. Hippler, Jochen (2003).

demnach als hintereinander folgende Phasen ab, die aufgrund ihrer gegenseitigen integrativen Beeinflussung in einer Wechselbeziehung zueinander stehen.

Die Französische Revolution war für Rokkan ein Auslöser für den Prozess der Nationenbildung in (West-)Europa. Sie war Ausgangspunkt von Prozessen nationaler Integration und Sezession, in denen territoriale Grenzziehung und politische Mitgliedschaft zunehmend kulturbezogen definiert wurden. Unterstützt wird der Prozess zusätzlich von den zentralen identitätsstiftenden Indikatoren Sprache und Religion, die eine enge Verknüpfung zum Territorium aufweisen. Den Prozesscharakter verdeutlicht Eugen Weber in der Studie ‚Making Peasants into Frenchmen‘, indem er zeigt, dass die französische Nationenbildung erst in der Dritten Republik die breitere Bevölkerung dauerhaft aufgrund der Wehrpflicht, der Einführung der Schulpflicht, der Entstehung eines nationalen Transport- und Kommunikationswesens sowie des nationalen Arbeitsmarktes erfasste.⁴⁸ Rokkan verknüpft den Beginn der Nationenbildung zudem mit Prozessen der Industrialisierung, der Alphabetisierung und später mit dem darauffolgenden Demokratisierungsprozess. Das Zusammenspiel verschiedener Entwicklungen im Nationenbildungsprozess lassen demnach Identität und Loyalität gegenüber dem territorialen politischen System entstehen. Die Identität der Nation erhebt zudem den Anspruch auf Vorherrschaft gegenüber anderen Identitäten wie etwa Verwandtschaft, Ethnie, Stamm, Religion oder Klasse.⁴⁹

In Form von Kommunikation, Vertrauen, Identität, Solidarität zwischen Gemeinschaften und in enger Verbindung mit der territorialen Konsolidierung des Staates und der Stärkung der Zentralgewalt wurden durch die Nationenbildung zudem Voraussetzungen für den Demokratisierungsprozess geschaffen. Zugleich war die Demokratisierung für Rokkan selbst ein integratives Element der Nationenbildung, indem sie den Nationalstaat stärkte.⁵⁰

Zentrale Indikatoren seiner Untersuchungen sind Spaltungsstrukturen, die als Produkt der Staats- und Nationenbildung erneut Veränderungen im Prozess des politischen Systems ermöglichen. Zentral ist vor allem die Zentrum-Peripherie-Spaltung mit Konflikten zwischen der zentralen nationalen Kultur und der unterworfenen Kultur der Peripherie. Indem er die Spaltungsstrukturen zu

⁴⁸ Vgl. Weber, Eugen (1977). Nach: Rokkan, Stein (2000). S. 89

⁴⁹ Vgl. Rokkan, Stein (2000). S. 90ff

⁵⁰ Vgl. Ebd. S. 91f

Schlüsselvariablen erklärt, versucht er seine Erklärungen des europäischen Entwicklungsprozesses zu verallgemeinern, wobei ihm aber selbst der Sonderfall der europäischen Konfiguration bewusst war. Auf kultureller Ebene gehören säkular-religiöse Differenzierung sowie sprachliche Einheitlichkeit/Eigenständigkeit, auf der ökonomischen Ebene Differenzierung/Unabhängigkeit der Städtenetze und Konzentration/Zersplitterung des Grundbesitzes zu den *Schlüsselvariablen*.⁵¹

Sein Vierphasen-Modell unterscheidet die Entwicklungsprozesse Staatsbildung, Nationenbildung, Demokratisierung und Errichtung von Wohlfahrtsstaaten.⁵² Rokkan übernahm damit vom *Almond-Pye-Komitee*, das ein Paradigma von sechs *Entwicklungskrisen*, darunter Penetration, Integration, Partizipation, Identität, Legitimität und Distribution entwickelte, die vier institutionell fassbaren unter abgeänderten Namen.⁵³

1. Penetration/Staatsbildung: Periode politischer, wirtschaftlicher und kultureller Vereinigung auf Ebene der Eliten inklusive dem Aufbau von Institutionen für die gemeinsame Verteidigung, zur Aufrechterhaltung der inneren Ordnung und Beilegung von Streitfällen, zum Schutz etablierter Rechte und Privilegien und für die elementaren Erfordernisse der Infrastruktur in Wirtschaft und Politik.
2. Standardisierung/Nationenbildung: Neben den identitätsstiftenden Indikatoren Sprache und Religion entstehen durch Wehrpflicht, Schulpflicht, nationales Transport- und Kommunikationswesen, nationalem Arbeitsmarkt und durch Massenmedien Kanäle für den direkten Kontakt zwischen den Eliten im Zentrum und den Bevölkerungsgruppen in den Peripherien, und können weitverbreitet Gefühle der Identität mit dem politischen Gesamtsystem wecken, häufig, aber nicht notwendigerweise, in einem sich lange hinziehenden Konflikt mit bereits bestehenden Identitäten.
3. Egalisierung der Partizipationsrechte/Demokratisierung: Kern seiner Analyse der Demokratisierung als Institutionalisierungsprozess ist seine Unterscheidung von vier *Schwellen*. Rokkan zeichnet hier die Hindernisse für eine politische Bewegung am Weg in das politische Entscheidungszentrum nach: Hindernisse für ihre politische Oppositionstätigkeit (Legitimation), für ihre politische Beteiligung

⁵¹ Vgl. Rokkan, Stein (2000). S. 79f

⁵² Vgl. Ebd. S. 28

⁵³ Vgl. Ebd. S. 108

(Inkorporation), für ihren Zugang zum Parlament (Repräsentation) und schließlich für ihre Regierungsbeteiligung (Exekutivgewalt).

4. Redistribution von Ressourcen/Errichtung des Wohlfahrtsstaates: Aufbau von öffentlichen Wohlfahrtsdiensten und nationale Politiken zur Angleichung ökonomischer Bedingungen und Umverteilung.⁵⁴

Rokkan interpretiert die vier Grundprozesse als Entwicklungsphasen, obwohl er betont, dass sich eine idealtypische Abfolge dieser Phasen, zumindest annähernd, lediglich auf die älteren europäischen Nationalstaaten anwenden lässt.⁵⁵

2.1.2 Normatives Nation-Building im Kontext des 21. Jahrhunderts

Die Theoretiker der Gegenwart, darunter Francis Fukuyama⁵⁶, Robert I. Rotberg⁵⁷ u.a., versuchen mit der Frage nach einer optimalen Funktionsweise von Nation-Building einen konzeptionellen Beitrag zur Interventionspolitik der Internationalen Gemeinschaft zu leisten, der vor allem im Kontext des Irak- und Afghanistankriegs zu verstehen ist. Fukuyama und Rotberg bleiben in ihren Ausführungen jedoch ohne wesentlichen Erkenntnisgewinn, sie propagieren ein politisches Zielsystem, erklären jedoch nicht, mit welchem Mittel dieses zu erreichen ist. Dem kann auch Jochen Hippler nichts entgegensetzen. Sein theoretischer Ansatz wird im folgenden näher ausgeführt, da er Nation-Building ähnlich wie Rokkan als langfristigen, gesellschaftlichen Integrationsprozess begreift, während seine Kollegen der institutionellen Ebene Priorität einräumen. Ihnen gemein ist, dass das Gelingen des Nation-Building-Prozesses von einem aufkommenden Nationengefühl und einer entsprechenden Legitimität abhängig ist.

Für Jochen Hippler kann Nation-Building als Konzept nur dann dauerhaft erfolgreich verlaufen, wenn es entweder einer integrativen Ideologie entspringt oder im Prozessverlauf selbst eine solche hervorbringt. Zudem benötigt die grundlegende Umstrukturierung von Politik und Gesellschaft eine besondere Legitimierung, sowohl für die Rechtfertigung der Politik wie für die soziale Mobilisierung ihrer Zwecke.

⁵⁴ Vgl. Rokkan, Stein (2000). S. 166ff

⁵⁵ Vgl. Ebd. S. 110

⁵⁶ Vgl. Fukuyama, Francis (2004)

⁵⁷ Vgl. Rotberg, Robert I. (2003)

Die klassische Ideologie des Nation-Building, der Nationalismus, kann von friedlich im Sinne der Herausbildung einer gemeinsamen nationalen Identität bis zur konfliktreichen Abgrenzung zu anderen Gemeinschaften reichen.

Als zentrale Elemente für erfolgreiches Nation-Building sieht Hippler die drei Ebenen State-Building, gesellschaftliche Integration und ideologische Legitimation, die eng miteinander verknüpft sind:

1. Integrative Ideologie: Bestehend aus Werte- und Identitätsmuster im Sinne einer Ideologie. Diese müssen nicht unbedingt national sein, säkulare Ideologien, Religion u.a. können die gleiche Funktion übernehmen, wie Hippler am Beispiel der Staatsgründungen von Pakistan und Israel zeigt, bei denen religiöse Identität national uminterpretiert wurde.
2. Integration der Gesellschaft: Lose verbundene Gesellschaften müssen ein Gemeinschafts-/Nationengefühl auch in der sozialen Realität verspüren. Die Schlüsselvariablen von Hippler gleichen denen von Rokkan: Kommunikationsdichte, nationale Infrastruktur wie Verkehrs- und Kommunikationswege, die Herausbildung einer Nationalökonomie aus bislang regionalen Wirtschaftszweigen, sowie landesweite Massenmedien für die Etablierung einer nationalen Politik und Kultur fördern eine dauerhafte Nationenbildung.
3. Funktionsfähiger Staatsapparat: Ein funktionsfähiger Staatsapparat (inklusive einem im ganzen Staat wirksamen Steuerwesen, Polizei- und Rechtssystem und Verwaltungsapparat), der sein Gewaltmonopol auf dem ganzen Staatsgebiet durchsetzen kann, ist auf loyales Personal, dass sich mit ihm und seiner Nation identifiziert, angewiesen. Dies setzt voraus, dass die Gesellschaft sich als politische Gemeinschaft konstituiert hat. Der Staat wird zur politischen Organisationsform einer handlungsfähigen Gemeinschaft, sofern er nicht schon zuvor bestand und eine Schlüsselrolle beim Nation-Building gespielt hat.

Die einzelnen Elemente sind unterschiedlich schwierig von außen herstellbar, am schwierigsten jedoch die ideologische Ebene, die eine Schlüsselkomponente darstellt und schließlich, Hippler zufolge, über den Erfolg von Nation-Building entscheidet. Externe wie interne Akteure können Nation-Building zwar anregen,

ausschlaggebend für eine dauerhafte Konstituierung sind jedoch die inneren Faktoren.⁵⁸

2.2 Nation

Die wissenschaftliche Nation- und Nationalismus-Forschung versteht den Begriff in breitem Konsens kulturalistisch und konstruktivistisch. Hobsbawm, Anderson u.a. sehen *Nation als eine gesellschaftliche Konstruktion, als Imagination und ‚Erfindung‘, die nur so lange ihre politische Wirkung behält, wie sie im kulturellen Gedächtnis und vor allem in der gesellschaftlichen Werteordnung lebendig bleibt.*⁵⁹ Wie bei Rokkan hat die Idee der Nation dabei Prozesscharakter.

Für Anderson ist das Nation-Sein ein kulturelles Produkt, das Ende des 18. Jahrhunderts spontan aus einer Kreuzung diverser historische Kräfte entstand. Aufgrund seines Modellcharakters konnte es mithilfe von politischen und ideologischen Konstellationen auf eine Vielzahl von gesellschaftlichen Bereichen übertragen werden und zu einem universellen Ideologem heranreifen.⁶⁰

Anderson gibt eine konstruktivistische Definition von Nation als eine *vorgestellte, begrenzte und souveräne Gemeinschaft*. *Vorgestellt*, da aufgrund der Größe der Gemeinschaft diese sich die anderen Mitglieder nur vorstellen kann, nicht jedoch persönlich kennt. Eine vorgestellte Gemeinschaft ist jedoch jede Gemeinschaft, die zu groß ist um jedes Mitglied persönlich zu kennen. Die Nation ist zudem *begrenzt*, sie unterscheidet sich etwa vom Fundamentalismus dadurch, dass sie bewusst andere Gemeinschaften ausschließt und sich nicht nach Bekehrung der ganzen Menschheit sehnt. Anderson stellt die Nation zudem als *souverän* vor, da ihr *Begriff in einer Zeit geboren wurde, als Aufklärung und Revolution die Legitimität der als von Gottes Gnaden gedachten hierarchisch-dynastischen Reiche zerstörten.*⁶¹ Eine *Gemeinschaft* ist die Nation, da sie aus einem *Verbund von Gleichen* besteht.⁶² Eine wesentliche Bedeutung kommt für Anderson der Funktion der Medien zu. Durch sie wird die vorgestellte Gemeinschaft auch im täglichen Leben verankert und für alle Mitglieder sichtbar.⁶³

⁵⁸ Vgl. Hippler, Jochen (2003).

⁵⁹ Langewiesche, Dieter (2005). S. 232f

⁶⁰ Vgl. Anderson, Benedict (1988). S. 14

⁶¹ Ebd. S. 16f

⁶² Vgl. Ebd. S. 15ff

⁶³ Vgl. Anderson, Benedict (1988). S. 41

Während ein Land oder staatliches Territorium die *politische Arena* ist, baut die Nation demnach auf *politische Kraft*.⁶⁴

Da die Nationbildung sich ausschließlich auf eine bestimmte historische Epoche bezieht, die auf Ende des 18. Jahrhunderts bis zum frühen 20. Jahrhundert datiert werden kann, plädiert Hobsbawm dafür, den Begriff auch nur für gesellschaftliche Einheiten zu verwenden, die sich auf diese bestimmte Form des damals sich entwickelnden modernen Territorialstaats, den Nationalstaat, bezieht.⁶⁵

Die moderne Idee der Nation impliziert zudem, wie schon bei Rokkan dargelegt und wie auch in Anderson's 'Begrenztheit' zum Ausdruck kommt, einen *Totalitätsanspruch der Nation*⁶⁶, die übergeordnete Identität soll der Nationalität zufallen.

Dabei half, dass der Nationalstaat sich als fähig erwies, *dem staatlichen Handeln Legitimität durch die institutionalistische Partizipation seiner Bürger zu sichern, denn die Idee Nation gewann ihre enorme Attraktivität als umfassendes Demokratisierungsversprechen*.⁶⁷

2.3 Theoretischer Rahmen der Arbeit

Im folgenden wird die theoretische Diskussion von Nation und Nation-Building mit dem Schwerpunkt der Arbeit, der dritten Ebene des Nation-Building – Demokratisierung – verknüpft.

2.3.1 Nation und Nation-Building

Lange begriff der Westen, wie schon im deskriptiven Nation-Building erwähnt, die Entstehung der Länder in Asien und Afrika als ein Nachholen des Modells des Nationalstaates. Die Staatsgebilde, die auf die Entkolonialisierung folgten, haben die Dynamik der westlichen Nationswerdung jedoch nicht wiederholt.⁶⁸ Anstatt auf eine Entwicklung zur Nation als politische Gemeinschaft, stößt man bei diesen auf nationalistische Ideologien, die mithilfe von jenen Kräften und Faktoren, die die westlichen Nationen hervorgebracht haben, darunter, Massenmedien, Bürokratie,

⁶⁴ Vgl. Geertz, Clifford (2007). S. 43

⁶⁵ Vgl. Hobsbawm, Eric J. (2005). S. 20

⁶⁶ Vgl. Langewiesche, Dieter (2005). S. 225f

⁶⁷ Ebd. S. 231

⁶⁸ Vgl. Geertz, Clifford (2007). S. 33

etc., Herrschaft schablonenhaft durchsetzen wollen.⁶⁹ Die gesellschaftliche Durchdringung sowie jene in den sozialen Habitus der Beherrschten wie der Herrscher, wie es sich in Europa vollzogen hat,⁷⁰ hat sich nicht erneut ergeben. Obwohl sich die Darstellung der Internationalen Beziehungen von der Welt bestehend aus Nationalstaaten nicht als solche aufrechterhalten lässt, wurde ein *relativ kurzer, lokal stark begrenzter und ohnehin alles andere als abgeschlossener Entwicklungsprozess zum Paradigma für politische Entwicklung überhaupt erkoren*,⁷¹ und das *Nation-Sein* zu dem am universellsten legitimierten Wert im politischen Leben unserer Zeit.⁷² Trotz der Widerlegung der Modernisierungstheorien durch die Staatsbildungen nach der Entkolonialisierung sowie durch das Scheitern der Pazifizierungspolitiken beispielsweise im Vietnam, wird sowohl am universellen Wert der Nation wie am Paradigma des *liberal peace*, der ein wesentlicher Bestandteil der gegenwärtigen Nation-Building-Interventionen ist, festgehalten und diese zum politischen Zielsystem gemacht.

Trotz unterschiedlicher Datierung, Zeitspanne und vergemeinschaftlicher Indikatoren herrscht innerhalb der Nationen-Forschung Konsens über die Idee der Nation als kulturelles Produkt. Die späteren Nachahmungsversuche hingegen basier(t)en auf Ideologie, dem Nationalismus. Für Hippler gibt gerade die *integrative Ideologie* dem Nation-Building die entsprechende Legitimität. Diese Einschätzung wird in der Arbeit nicht geteilt und der Legitimitätsbegriff ausschließlich im Kontext der Volkssouveränität verwendet.

Da Nationalismus *vor allem ein politisches Prinzip ist, das besagt, politische und nationale Einheiten sollten deckungsgleich sein*,⁷³ zeigt das darin enthaltene Konfliktpotential. Erst recht in Staaten, deren Grenzen kolonial gezogen und von anderen Staaten aufoktroziert wurden.

Dennoch fand in der Nation-Building-Debatte die konfliktverschärfende Komponente der Machtumverteilung lange Zeit wenig Beachtung. Jeder Nation-Building-Prozess schafft neue politische und gesellschaftliche Strukturen und hat politische,

⁶⁹ Vgl. Anderson, Benedict (1988). S. 116

⁷⁰ Vgl. Schlichte, Klaus (2005). S. 101

⁷¹ Vgl. Geertz, Clifford (2007). S. 42

⁷² Vgl. Anderson, Benedict (1988). S. 12f

⁷³ Gellner, Ernest (1991). S. 8, zitiert nach Hobsbawm, Eric J. (2005). S. 20

ökonomische wie soziale Gewinner und Verlierer. Besonders bei Interventionen externer Akteure führt Nation-Building zu Widerstand diverser, oftmals gewaltbereiter Gruppen im jeweiligen Staat.⁷⁴

Ein weiteres konfliktverschärfendes Moment ergibt sich durch den Totalitätsanspruch der Nation. Der Anspruch auf Vorherrschaft gegenüber anderen Identitäten ist für traditionelle, partikulare Gesellschaften problematisch.

Auch die dritte Ebene, Demokratisierung, trägt hohes Konfliktpotential in sich. Ist kein ‚Gemeinschaftsgefühl‘ vorhanden, können in der Gesellschaft ruhende Konflikte, die durch den Ausschluss der Bevölkerung von der Politik nur geringe Artikulationsmöglichkeiten haben, verstärkt wirksam werden. Auch der Umgang mit vormaligen Konfliktparteien stellt die Internationale Gemeinschaft vor ein großes Problem. Die Miteinbeziehung dieser kann zu einem Legitimitätsdefizit beitragen, bei deren Ausschluss besteht die Gefahr der Formierung einer gewaltsamen Opposition.⁷⁵

Obwohl in einem anderen Kontext verfasst, ist das Phasenmodell von Rokkan für die heutigen Nation-Building-Interventionen weiterhin relevant, da es den langfristigen Prozesscharakter verdeutlicht, der bei der zeitlichen und strukturellen Überladung der aktuellen Projekte oftmals negiert wird. Rokkan zeigte zudem anhand von Europa, dass identitätsstiftende und kulturelle Faktoren früh zur Geltung kommen sollten. Ohne eine sich als Nation begreifende Gesellschaft kommt, laut Rokkan, im weiteren Prozessverlauf, insbesondere bei der Etablierung einer Demokratie, ein weiteres konfliktverschärfendes Element hinzu. Zudem machte er bereits darauf aufmerksam, dass, wie das lange Zeit zentralistische Belgien zeigte, das politische System stark belastet werden kann, wenn kulturelle Heterogenität nicht in föderalistische politische Institutionen mündet.⁷⁶

Rokkan setzte sich mit Nation-Building im Kontext der Konstituierung des gesamten politischen Systems auseinander und betonte die integrative Wechselbeziehung der Ebenen. Dieser Bogen wird auch in der folgenden Arbeit gespannt.

⁷⁴ Vgl. Hippler, Jochen (2003).

⁷⁵ Vgl. Ebd.

⁷⁶ Vgl. Rokkan, Stein (2000). S. 118

Aufgrund der Erhebung der Nation zum universellen Wert und auch der begrifflichen Gleichsetzung eines sich langsam entwickelnden kulturellen Produkts mit einer Ideologie, die innere gesellschaftliche Kräfte extern oder von oben steuern will, läuft die Internationale Gemeinschaft Gefahr, örtliche gesellschaftliche Gegebenheiten zu missachten, ähnlich wie es bei der Aufoktroyierung der territorialen Grenzen passiert ist. Da die begriffliche Fassung der Nation nicht dienlich ist für die Beschreibung und Analyse anderer Prozesse in anderen Kontexten⁷⁷, wird im folgenden statt Nation der Begriff *politische Gemeinschaft* verwendet.

2.3.2 Demokratisierung

Die politische Kraft, die vom ‚Demokratisierungsversprechen‘ des Nationalstaats auf die anderen Ebenen ausging, wurde bereits in 2.2 Nation erwähnt. Erst die Demokratie verleiht der politischen Gemeinschaft Legitimität.

Rokkan sieht die Demokratisierung als Institutionalisierungsprozess. Anhand von vier Schwellen skizziert er Hindernisse für eine politische Bewegung am Weg in das politische Entscheidungszentrum. Wie bereits erwähnt, sind dies:

- Politische Oppositionstätigkeit (Legitimation)
- Politische Beteiligung (Inkorporation)
- Zugang zum Parlament (Repräsentation)
- Regierungsbeteiligung (Exekutivgewalt)

Schneckener unterscheidet zudem formale und funktionale Legitimität einer Regierung (Exekutivgewalt). Formale Legitimität wird durch freie und faire Wahlen begründet, funktionale Legitimität umfasst eine Input- wie Output-Dimension. Zur Input-Dimension gehören die Einbindung der Bevölkerung in den politischen Prozess (Inkorporation), das Mitwirken politischer Parteien am politischen System (Repräsentation und Exekutivgewalt) und die Rekrutierung der Bevölkerung für die neuen staatlichen Institutionen aufgrund beruflicher Qualifikation. Zur Output-Dimension gehört das umfassende Spektrum staatlicher Dienstleistungen, darunter Sicherheit, Armutsbekämpfung, Arbeitsbeschaffung, Anti-Korruptionsmaßnahmen und Steigerung der Effizienz des Staatsapparats.

⁷⁷ Vgl. Schlichte, Klaus (2005). S. 105

Im Kontext von Peace- und Nationbuilding-Einsätzen kommt zudem zwei Herausforderungen besondere Bedeutung zu:

- Der Einbeziehung früherer Gewaltakteure in den Prozess einer nicht-militanten politischen Konsensbildung.
- Dem Herauslösen von Eliten aus tribalen, ethnischen Patronagesystemen.⁷⁸

⁷⁸ Vgl. Schneckener, Ulrich (2005). S. 35f

3. Forschungsinteresse und Forschungshypothesen

*Afghanistan muss gleichzeitig krabbeln, stehen und laufen lernen.*⁷⁹

Die Maßnahmen im gegenwärtigen Prozess sollen neben staatlichen Strukturen und einer freien Marktwirtschaft auch eine Zivilgesellschaft aufbauen, sowie eine funktionierende Demokratie schaffen, so die in den internationalen Afghanistan-Abkommen verankerten Prämissen. Nach dem Regime Change soll also ein Nation-Building stattfinden.⁸⁰ Die externen Akteure geben nun maßgeblich die Dynamik des afghanischen Staates vor.

Die wesentlichen Erkenntnisse, die bereits zu Beginn der Arbeit aus der Theoriediskussion gezogen werden können, sind einerseits der mehrfach angesprochene Prozesscharakter beim ‚(Um)- Bau‘ von Staaten und Gesellschaften, der gegenwärtig, entsprechend dem obigen Zitat, wenig beachtet wird. Innerhalb kurzer Zeit muss Afghanistan mit unzähligen Herausforderungen fertig werden. Zudem ist es mit gänzlich anderen Ausgangsbedingungen konfrontiert, mit ökonomischem und ideologischem Einfluss von außen, neuen Medien und Kommunikationsmöglichkeiten.⁸¹

Andererseits sind in Afghanistan andere herrschaftliche und gesellschaftliche Logiken am Wirken als in den westlichen Nationalstaaten, an denen das Nation-Building orientiert ist.

In Afghanistan war der Staat nie als oberstes Organisationsprinzip anerkannt. Es haben sich keine staatlichen und nationalen Strukturen im Sinne der Staatstrias Staatsvolk, Staatsgebiet und Staatsgewalt herausgebildet. Seit 1978 erodiert das bislang wenig Vorhandene aufgrund des Kriegs und des damit verbundenen wirtschaftlichen Verfalls.⁸²

Die Macht- und Herrschaftsbildungsprozesse in Afghanistan umfassen mehr als die staatliche Ebene. Die Dynamik der Strukturen von Macht und Herrschaft in

⁷⁹ Khalilzad, Zalmay, ehemaliger Sonderberater des US-Außenministeriums für Afghanistan. Nach: Ladurner, Ulrich (2004).

⁸⁰ Vgl. Daxner, Michael/Free, Jan H./Schüßler, Maike/Thiele, Ursula (2007). S. 65f

⁸¹ Vgl. Rokkan, Stein (2000). S. 168f

⁸² Vgl. Schetter, Conrad/Mielke, Katja (2008). S.77

Afghanistan sind ähnlich der Nationenbildung im Westen historische Resultate. Sie bringen die sozialen Logiken von traditionellen Gesellschaften zum Ausdruck.⁸³

Bei der Reproduktion von Macht [in Afghanistan], so die erste These der Arbeit, spielen traditionelle, partikulare und charismatische Elemente, speziell für die politische Legitimation, eine vorherrschende Rolle⁸⁴ und haben daher wesentlichen Einfluss auf den Demokratisierungsprozess.

Das Forschungsinteresse der Diplomarbeit liegt in der Herausarbeitung jener Faktoren, die einer friedvollen Konstituierung des politischen Systems entgegen stehen. Der Schwerpunkt liegt beim Demokratisierungsprozess, da der Nationbuilding-Prozess nur durch die Einbeziehung der Bevölkerung Legitimität bekommt. Zudem *muss*, so die zweite These der Arbeit, *die integrative, friedensstiftende Wirkung von der Demokratisierung ausgehen, nachdem, wie aus Kapitel 4 hervorgehen wird, die staatliche Ebene alleine nie einigende Wirkung erzielte.*

Aufgrund des engen Zusammenhangs der drei Ebenen, wird der Forschungsbogen zunächst breiter angelegt und umfasst auch die Ebenen Staat und Nation/Politische Gemeinschaft. Anschließend werden Rokkan's Demokratisierungsindikatoren sowie Schneckener's Legitimitätsindikatoren untersucht.

⁸³ Vgl. Schlichte, Klaus (2005). S. 46

⁸⁴ Vgl. Ebd. S. 46, 61

4. Afghanistan 1747-2001

In diesem Kapitel wird gezeigt, welche Strukturen bis 2001 in Afghanistan vorhanden waren. Dabei wird nach der Chronologie der Geschichte auf die drei Ebenen sowie auf ihre Bedeutung und Auswirkungen auf den gegenwärtigen Demokratisierungsprozess eingegangen.

4.1 *Chronologie der afghanischen Geschichte*

Es folgt ein kurzer Abriss der afghanischen Geschichte, die mit der erstmaligen Bildung eines Herrschaftsgebietes 1747 beginnt und mit der Zäsur aufgrund der Terroranschläge vom 11. September 2001 endet.

4.1.1 Von der Territorialisierung zur Unabhängigkeit

Das Gebiet des heutigen Afghanistans ist geprägt von unterschiedlichen Völkern, die einfielen und nach kurzer Zeit wieder weiterzogen oder von anderen Völkern vertrieben wurden.⁸⁵ Es blieb bis ins 19. Jahrhundert ein staatsloses Territorium. Dennoch wird die Gründung Afghanistans oftmals mit 1747 datiert, in dem der Paschtune Ahmad Schah Durrani (1747-1773) ein selbstständiges Königreich, das Durrani-Reich, gründete. Sein Einflussbereich blieb gering, da weder die paschtunischen noch andere Stämme seine Herrschaft anerkannten.⁸⁶ So war das Durrani-Reich ein lockeres Konglomerat verschiedener Stämme und Gruppen mit ungleichen Gesellschafts- und Herrschaftsstrukturen ohne staatsähnliche Institutionen.⁸⁷ Trotz vieler und brutaler Thronstreitigkeiten innerhalb des Königsclans, dem *Great Game* und der Anglo-Afghanischen Kriege u.a. blieb die Durrani-Dynastie bis zum Sturz des letzten Königs Zahir Schah 1973 bestehen.⁸⁸

Der Name Afghanistan für das Gebiet ist erst seit 1801 im Umlauf und bedeutet Reich der Paschtunen. Es war eine Fremdbezeichnung der Perser, die die Briten übernahmen. Der politische Herrschaftsbereich der Region rund um Kabul wurde als *Königreich Kabul* bezeichnet.⁸⁹ In der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts versuchten die afghanischen Regierungen den Namen Afghanistan im Zuge der Idee

⁸⁵ Vgl. Schetter, Conrad (2009). S. 21

⁸⁶ Vgl. Schetter, Conrad (2007a). S. 48

⁸⁷ Vgl. Ebd. S. 70

⁸⁸ Vgl. Schetter, Conrad (2009). S. 19f

⁸⁹ Vgl. Ebd. S. 19

einer nationalen Einheit auf das ganze Territorium auszubreiten, während andere Volksgruppen und Stämme andere Namensbezeichnungen einführen wollten, um sich von der Dominanz der Paschtunen zu lösen. Unter Mohammad Daud wurde der Begriff offiziell festgeschrieben.⁹⁰

Zu Beginn des 19. Jahrhunderts änderte sich das Territorium Afghanistans als die Truppen des Britisch-Indischen Empires in Richtung Norden und Westen vordrangen und das *Great Game* begann. Als *Great Game* wird das Duell der damals dominierenden Weltmächte, Britisches Empire und russisches Zarenreich, um die Vorherrschaft in Zentralasien bezeichnet. Das Britische Empire wollte seine Besitzungen in Indien abschirmen, Russland strebte Zugang zum Indischen Ozean an. Im Zuge dieses Duells wurde die bislang von jeglicher kolonialen Einflussnahme verschonte Region zur herrschaftslosen *Pufferzone* zwischen Russland, Britisch-Indien und Persien. Die heterogenen Gebiete wurden unter dem Namen Afghanistan vereinigt.⁹¹ In drei Anglo-Afghanischen Kriegen (1838-1842, 1878/79 und 1919)⁹², in denen die britische Armee in Afghanistan intervenierte, sollte ihre Kontrolle der afghanischen Herrschaft das Vordringen des russischen Zarenreichs nach Afghanistan verhindern.⁹³ Der vorwiegend von paschtunischen Stämmen geleistete Guerillawiderstand mündete 1919 in die Unabhängigkeit Afghanistans.⁹⁴

Amir Dost Muhammad in seiner zweiten Herrschaft (1842-63), und sein Sohn Sher Ali Khan (1863-79) versuchten erstmals, das Reich steuerlich zu erschließen. Die Besteuerung der Stämme, vorwiegend im nahen Umfeld der Durrani, diente vor allem der Aufstellung militärischer Truppen.⁹⁵ Moderne Fortschritte im Bereich des Militärs erfolgten besonders unter Sher Ali Khan, der durch eine ethnisch-durchmischte Militärschule nicht nur die Professionalität der Armee stärken wollte, sondern sich durch die Einbeziehung bislang dem Durrani-Clan feindlich gegenüberstehenden Gruppen auch seiner Kritiker entledigen wollte. Das gleiche vollzog er mit dem Ältestenrat, der diese Gruppen mit einbezog. Trotz der Professionalisierung der

⁹⁰ Vgl. Schetter, Conrad (2007a). S. 88

⁹¹ Vgl. Schetter, Conrad (2009). S. 19

⁹² Vgl. Baberowski, Jörg (2009). S. 30

⁹³ Vgl. Ebd. S. 27-31; vgl. Schetter, Conrad (2007a). S. 55

⁹⁴ Vgl. Baberowski, Jörg (2009). S. 30

⁹⁵ Vgl. Schieweck, Eckart (2000).

Armee war sie im zweiten Anglo-Afghanischen Krieg chancenlos. Vielmehr waren es erneut afghanische Guerillas, die sich gegen die Briten behaupten.⁹⁶

Die tatsächliche Territorialisierung mit festen Grenzen und vor allem die erstmalige Einführung von Institutionen vollzog sich unter der Regierungszeit von Emir A'bdur Rahman (1880 bis 1901). Zwischen 1887 und 1895 erhielt Afghanistan seine Grenzen, die das Britische Empire und das russische Zarenreich festlegten.⁹⁷

Die Veränderungen des Territoriums zeigen Abbildung 1 und 2.

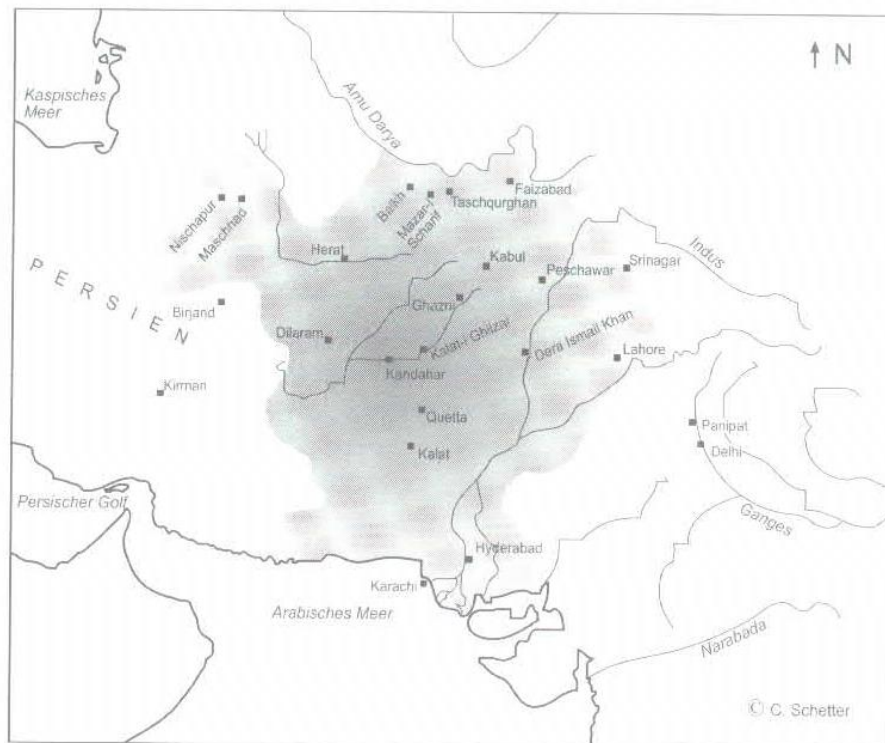


Abbildung 1: Herrschaftsgebiet der Durrani-Dynastie 1747-1895⁹⁸

⁹⁶ Vgl. Giustozzi, Antonio (2008). S. 4

⁹⁷ Vgl. Schetter, Conrad (2007a). S. 69

⁹⁸ Vgl. Ebd. S. 69



Abbildung 2: Territorium Afghanistan seit 1895⁹⁹

Der Grenzvertrag von 1895 regelte auch den Grenzverlauf zwischen Afghanistan und Pakistan durch die Durand-Linie,¹⁰⁰ die den Anfang der unter der *Paschtunistan-Frage* bekannten Probleme markiert.

Exkurs: Die Paschtunistan-Frage

Wesentlich für den Frieden in Afghanistan ist die Situation in den pakistanischen Grenzgebieten, der Konflikt wird als *Paschtunistan-Frage* diskutiert. Die *Paschtunistan-Frage* geht auf die Festlegung der Durand-Linie zurück, die seit 1895 in einem Vertrag zwischen Afghanistan und Britisch-Indien die bis heute gültige Grenze zwischen Afghanistan und dem heutigen Pakistan, vormals Teil von Britisch-Indien, bildet.¹⁰¹ Die Grenze verläuft, bewusst geplant, durch paschtunische Siedlungsgebiete, um diese besser unter Kontrolle zu haben. Sie ist 2.400 km lang und umfasst Höhen zwischen 600 und 7.500 Meter.¹⁰² Die paschtunischen Herrscher Afghanistans wollten das Gebiet immer wieder an das afghanische Territorium anbinden und erklärten mit der Staatsgründung Pakistans 1947 durch einen Beschluss der Loya Jirga den Grenzverlauf für ungültig und erkannten die Grenze

⁹⁹ Vgl. <http://www.afger.org/afghan.html>

¹⁰⁰ Vgl. Schetter, Conrad (2009). S. 26

¹⁰¹ Vgl. Baberowski, Jörg (2009). S. 32

¹⁰² Vgl. Ebd. S. 32; vgl. Chiari, Bernhard (2009b). S. 115

nicht an. Für das tägliche Leben der Paschtunen war der Grenzverlauf obsolet.¹⁰³ Ihre Loyalität galt jeweils dem Staat, der sie finanziell sowie materiell unterstützte,¹⁰⁴ ebenso wie sie jeweils gegen den Staat rebellierte, der gerade gegen ihre Autonomie vorging. Wenn ihre Rechte beschnitten wurden, wechselten die Stämme immer wieder die Grenze, etwa bei Einführung der Militärpflicht in Afghanistan 1947.¹⁰⁵

Die paschtunischen Siedlungsgebiete auf Seiten Pakistans sind zwar dem pakistanischen Staat angeschlossen, aber als Enklave anerkannt. Dieser Sonderstatus geht noch auf die britische Herrschaft zurück, als die Grenze des damals ungeteilten Indiens zu Afghanistan stabilisiert werden sollte,¹⁰⁶ nachdem Britisch-Indien die paschtunischen Stämme im Grenzgebiet nicht kontrollieren konnte.¹⁰⁷

Bereits 1955, 1961 und 1977/78 kam es zu Grenzkonflikten zwischen Afghanistan und Pakistan. Während der sowjetischen Intervention änderte sich die pakistanische Taktik. Pakistan unterstützte mithilfe der USA die paschtunischen Mudschaheddin. Die Schaffung einer islamischen Bewegung trug zur Ausbreitung gewaltbereiter Netzwerke bei, mit denen Pakistan Einfluss innerhalb der afghanischen Regierung und mit den Mudschaheddin ein Gegengewicht zu den nationalen Kräften erlangen wollte. Nachdem dies mit Ende des Bürgerkriegs scheiterte, begann die Unterstützung der Taliban, die mithilfe der pakistanischen Armee und des pakistanischen Geheimdienstes ISI ihre Macht erlangen konnten.¹⁰⁸

Obwohl A'bdur Rahman in der afghanischen Geschichtsschreibung als jener Herrscher dargestellt wird, der diese Territorialisierung zustande brachte, konnte er nur mithilfe der britischen Unterstützung das damalige afghanische Zentrum Kandahar militärisch beherrschen.¹⁰⁹ Die Briten sahen die Unterstützung als

¹⁰³ Vgl. Baberowski, Jörg (2009). S. 32

¹⁰⁴ Vgl. Glatzer, Bernt (2001). S. 385

¹⁰⁵ Vgl. Schetter, Conrad (2007a). S. 83

¹⁰⁶ Vgl. Chiari, Bernhard (2009b). S. 115

¹⁰⁷ Vgl. Schetter, Conrad (2007a). S. 81f

¹⁰⁸ Vgl. Chiari, Bernhard (2009b). S. 113f

¹⁰⁹ Vgl. Schetter, Conrad (2007a). S. 70

Garantie, dass von Afghanistan aus keine Expansion in Richtung Britisch-Indien unternommen werden konnte.¹¹⁰

Dennoch setzte Rahman den afghanischen Staatsaufbau weiter fort, indem er bürokratische Strukturen verordnete, tribale und klerikale Ratsversammlungen in staatliche Institutionen eingliederte und national einheitliche Regeln und Gesetze erließ, die auch die ländlichen Regionen umfasste. Sein Fokus lag zudem beim Aufbau der Armee und der Reformierung des Fiskalsystems, indem er die Steuerpacht eliminierte. Die lokalen Politikebenen teilte Rahman in kleinere Einheiten und unterstellte sie mithilfe eigener Repräsentanten direkt dem Staat. Er vollzog Umsiedlungspolitiken ganzer Gesellschaften, vorwiegend rebellierende paschtunische Stämme mussten nach Nordafghanistan in den Umkreis verfeindeter Stämme der Usbeken und der Tadschiken ziehen. Damit erhoffte er sich, dass sie sich zukünftig ihm gegenüber loyal verhalten würden. Diese Politik wurde von seinen Nachfolgern bis 1959 beibehalten.¹¹¹ Trotz dieser einschneidenden Neuerungen kam es nur zu wenigen Aufständen gegen ihn. Dies lag vor allem daran, dass er den Klerus in das staatliche System involvierte. Da ihm die Macht des Klerus bewusst war, instrumentalisierte er die in Afghanistan mächtigen religiösen Netzwerke für sich und konnte ihre Macht neutralisieren, indem er selber ihre Ideologie benutzte.¹¹²

In der Herrschaftszeit von Habibullah I. (1901-1919), dem Sohn Rahmans, gewannen die traditionellen Eliten wieder ihren Einfluss zurück. Habibullah I. lehnte eine Modernisierung des afghanischen Gesellschaftssystems ab. Obwohl er keinen Jihad gegen die Briten führte, konnte er sich dennoch mit einer dem Panislamismus unterstellten Politik die Unterstützung des Klerus sichern.¹¹³

4.1.2 Die Reformen Amanullah Khans

1919 wurde Habibullah I. von Amanullah gestürzt. Dessen Ausrufen der Unabhängigkeit Afghanistans und des Jihads gegen Britisch-Indien führte direkt in den dritten anglo-afghanischen Krieg.¹¹⁴ Trotz der neuerlichen Unterlegenheit der afghanischen Armee konnte er 1919 im Frieden von Rawalpindi, wohl auch aufgrund

¹¹⁰ Vgl. Schieweck, Eckart (2000).

¹¹¹ Vgl. Giustozzi, Antonio (2008). S. 4f

¹¹² Vgl. Ebd. S. 8

¹¹³ Vgl. Schetter, Conrad (2007a). S. 72f

¹¹⁴ Vgl. Ebd. S. 73

der Kriegsmüdigkeit der Briten nach dem zweiten Weltkrieg, die vollständige Souveränität von Britisch-Indien erreichen und eine konstitutionelle Monarchie errichten. Amanullah, der sich selbst als weltlicher Herrscher sah, setzte die Institutionalisierung Rahmans fort und gliederte Afghanistan in Provinzen und Distrikte.¹¹⁵

Zu Beginn seiner Herrschaft konnte er sein gesamtafghanisches Reformprogramm durchsetzen, da er durch das Ausrufen des Jihad und im Versuch der Rückeroberung paschtunischer Gebiete jenseits der Durand-Linie Legitimität erhielt.¹¹⁶

Zu den Modernisierungen nach Vorbild der Türkei unter Kemal Atatürk¹¹⁷, die 1923 in einer konstitutionellen Verfassung verankert werden sollten, gehörten eine emanzipierte Rolle der Frau in der Gesellschaft, etliche Bürgerrechte, das Recht auf Ausübung anderer Religionen als des sunnitischen Islam, obwohl dieser als Staatsreligion festgeschrieben wurde¹¹⁸, das Verbot der Sklaverei, die Einberufung einer Nationalversammlung, die Begründung eines Nationalbudgets und die Neuordnung der Judikative ohne Klerus, und mit säkularen Gesetzen. Die wesentlichen Erneuerungen, die schließlich 1929 zu seiner Vertreibung aus Afghanistan führten, waren die Landreform und die Beschneidung der Rechte des Klerus und der Stämme. In der Landreform wurde der Wert des Grundes verringert, damit mehr Leute Zugang zu Besitz erhielten. Der Besitz wurde in das Grundbuch geschrieben, und auch die Grund- und Landsteuern wurden modernisiert.¹¹⁹

Mit dem Versuch den Klerus aus der Judikative auszuschließen,¹²⁰ dem Verbot hierarchischer Standesbeziehungen, dem Aufheben von Privilegien und Subventionen für Stammesführer und die königliche Familie, sollte die Verfassung die Rechte und Macht religiöser sowie politischer Eliten einschränken. Damit stellte er sich gegen die Tradition der traditionellen Gesellschaftsorganisation und gegen den Einfluss des Islam auf den Staat.

¹¹⁵ Vgl. Schetter, Conrad (2007a). S. 74f

¹¹⁶ Vgl. Giustozzi, Antonio (2008). S. 6

¹¹⁷ Vgl. Huber, Judith (2009). S. 213

¹¹⁸ Vgl. Schetter, Conrad (2007a). S. 74f

¹¹⁹ Vgl. Giustozzi, Antonio (2008). S. 6

¹²⁰ Vgl. Ebd. S. 6

Amanullah konnte sich bei seinem Vorhaben, anders als die Türkei, weder auf eine intellektuelle oder bürgerliche Gesellschaftsschicht,¹²¹ noch auf eine professionelle Armee stützen. Nach Erlangen der Souveränität stoppten die Hilfgelder von Britisch-Indien. Trotz Steuererhöhungen sparte er beim Militär, um seine Reformen zu finanzieren. Dass man jedoch für die Durchsetzung solch neuer, säkularer Reformen ein starkes Militär braucht, hat ihm angeblich Kemal Atatürk persönlich geraten.¹²²

Die Rebellionen paschtunischer Stämme konnte er kurzfristig 1925 durch die Mobilisierung konkurrierender Stämme niederschlagen.¹²³ Die Reformen, die Amanullah nach einer Europareise 1927/28 durchsetzen wollte, darunter die allgemeine Schulpflicht, die Trennung von Staat und Religion und der allgemeine Wehrdienst, läuteten seinen Untergang ein.¹²⁴

Es zeigte sich erneut, dass die paschtunischen Stämme eine breitere Machtbasis als die Staatsgewalt hatten. Ähnlich, wenn auch nicht so stark wie in der Zeit von Rahman, haben sich religiöse und tribale Führer im Kampf gegen Modernisierungsbestrebungen verbündet. 1929 erreichten die Proteste und Rebellionen ihren Höhepunkt, Amanullah musste das Land verlassen. Viele Reformen, darunter die Meinungsfreiheit und die Schulpflicht für Mädchen, wurden zurückgenommen.¹²⁵

4.1.3 Zwischen Tradition und Moderne zu den Goldenen Jahren

Nach den Rebellionen konnte sich mit dem Tadschiken Habibullah II. (1929) erstmals seit 200 Jahren ein Nicht-Paschtune zum neuen Emir von Afghanistan krönen lassen. Er unterstellte seine nur neunmonatige Herrschaft erneut dem Diktat des Islam, was sich unter anderem in der Wiedereinführung der Schleierpflicht zeigte.¹²⁶ Er diskreditierte sich schließlich vor allem damit, dass es ihm nicht gelang, die Steuereinhebung durchzusetzen. Seine Anhänger überzogen daraufhin die Bevölkerung mit Gewalt und Raub.¹²⁷

¹²¹ Vgl. Schlagintweit, Reinhard (2009). S. 38

¹²² Vgl. Giustozzi, Antonio (2008). S. 6

¹²³ Vgl. Schetter, Conrad (2007a). S. 75

¹²⁴ Vgl. Ebd. S. 75f

¹²⁵ Vgl. Giustozzi, Antonio (2008). S. 8

¹²⁶ Vgl. Schetter, Conrad (2007a). S. 76

¹²⁷ Vgl. Ebd. S. 77

Entmachtet wurde er vom Paschtunen und Mitglied der Durrani-Dynastie Nadir Schah (1930-1933). Dieser konnte sich die Macht mithilfe paschtunischer Stämme sichern, deren Interessen er während seiner Herrschaft entgegen kam. So wurden sie von der Wehr- und Schulpflicht befreit, und er hob die aus der paschtunischen Tradition kommende Ratsversammlung Loya Jirga zur höchsten rechtlichen und politischen Instanz, in der alle wichtigen Entscheidungen getroffen werden sollten.¹²⁸ Auch sicherte er sich das Wohlwollen des Klerus, indem er den sunnitisch-hanafitischen Islam erneut in der Verfassung von 1931 zur Staatsreligion erhob und hohe Ämter Sunniten vorbehalten waren. Er führte erneut die Nationalversammlung ein, ebenso etablierte er ein Gremium geistlicher Gelehrter, das die Legislative überprüfte. Anders als die Stammesführer erhielten religiöse Führer Regierungsämter.¹²⁹

Nachdem er 1933 bei einem Attentat ermordet wurde, folgte ihm sein Sohn Zaher Schah (1933-1973), der allerdings erst ab 1963 aktiv politisch tätig wurde. Bis 1963 übernahmen dessen Onkel, Mohammad Haschem Khan (1933-1946), und Schah Mahmud Khan (1953-1963) sowie sein Cousin Mohammad Daud Khan, der 1973 selbst Präsident wurde, die Regierungsgeschäfte. Wesentlichste Errungenschaft unter Schah Mahmud war die erweiterte Pressefreiheit. Wenn auch ohne wirkliche Reformen wurden staatliche Strukturen weiter vorangetrieben, so wurden von der Regierung in Kabul Gouverneure und Bürgermeister am Land bestellt, mit dem Bau von Landstraßen begonnen, und in größeren Orten wurden Schulen errichtet. Die Infrastruktur blieb dennoch notdürftig.¹³⁰

Mohammad Daud hingegen machte sich die Modernisierung des Landes durch die Stärkung des Staates zum Ziel. Als Mitglied der *Blockfreien* erhielt Afghanistan Entwicklungshilfe von den USA und der Sowjetunion.¹³¹ Die Entwicklungshilfe läutete die *Goldenen Jahre* ein, die wirtschaftliche Situation verbesserte sich und es entwickelten sich auch neue Erwerbs- und Ausbildungsmöglichkeiten. Die wirtschaftliche Verbesserung schuf zudem ein stabiles politisches Klima, in der die

¹²⁸ Vgl. Schetter, Conrad (2007a). S. 79

¹²⁹ Vgl. Ebd. S. 79f

¹³⁰ Vgl. Schlagintweit, Reinhard (2009). S. 40-42

¹³¹ Vgl. Schetter, Conrad (2007a). S. 81

Aufhebung des Schleierzwangs 1959 ohne Widerstand durchgesetzt werden konnte.¹³²

1964 kam es auch zur politischen Modernisierung. Zahir Schahs neue Verfassung, die von der Loya Jirga beschlossen wurde, führte ein Zweikammern-Parlament ein, sah Bürgerrechte inklusive dem aktiven und passivem Wahlrecht sowie ein säkulares Rechtssystem, indem die Scharia eingebettet war, vor. 1965 und 1969 wurden in ganz Afghanistan Unterhauswahlen durchgeführt. Beide Kammern wurden von der traditionellen Elite der Stämme und dem Klerus dominiert. Grund dafür war vor allem ein strukturelles Problem: Das Parteiengesetz der Verfassung wurde nie ratifiziert, die unterschiedlichen politischen Energien konnten nicht friedlich kanalisiert werden. Die Abgeordneten verfolgten größtenteils ihre eigenen Interessen und waren ihrer Klientel stärker verpflichtet als dem Staat.¹³³ Vor dem gesellschaftlichen Wandel dieser Zeit, ausgelöst durch die neuen Ausbildungs- und Erwerbsmöglichkeiten, stellte der Ausschluss einer neuen Elite ein weiteres konfliktverschärfendes Moment dar. Die Parteien, die aufgrund der Nicht-Ratifizierung des Gesetzes illegal blieben, deckten ein breites Spektrum zwischen Kommunismus und Islamismus ab. Zusätzlich unterschieden sie sich sozial, regional und ethnisch. Aufgrund ihrer Illegalität fühlten sie sich nicht dem Staat verpflichtet und untergruben oftmals das Gewaltmonopol des Staates.¹³⁴

Als Ende der 1960er Jahre die Wirtschaft stagnierte, zeigte sich die finanzielle Abhängigkeit, insbesondere von der UdSSR. Etwa 40 Prozent der öffentlichen Ausgaben wurde von ausländischer Hilfe finanziert, ein Großteil davon bestand aus, wenn auch günstigen, Krediten.¹³⁵ Nachdem die Preise aufgrund des Nachlassens des Finanzstroms ohnehin stiegen, kam es zusätzlich durch eine Dürreperiode von 1969 bis 1972 zu einer schlimmen Hungersnot.¹³⁶

Diese Hungersnot nutzte Mohammad Daud (1973-1978), um seinen Cousin mittels eines Putsches abzusetzen. Obwohl er die Republik ausrief, blieb seine Herrschaft, die er mithilfe des in der UdSSR ausgebildeten Militärs durchsetzte, autoritär und repressiv. Den Klerus schwächte er mit Verhaftungen, er unterstellte seine Politik einem sozialistisch geprägten Nationalismus. Zu seinen Reformbestreben gehörten,

¹³² Vgl. Schlagintweit, Reinhard (2009). S. 40f

¹³³ Vgl. Ebd. S. 41f; vgl. Schetter, Conrad (2007a). S. 88

¹³⁴ Vgl. Schetter, Conrad (2007a). S. 88

¹³⁵ Vgl. Schlagintweit, Reinhard (2009). S. 41

¹³⁶ Vgl. Schetter, Conrad (2007a). S. 87

ähnlich wie unter Amanullah, eine Landreform, indem er die Eigentumsrechte neu ordnen wollte, und der Ausbau von Schulen in den ländlichen Regionen. An beidem scheiterte er. Der Widerstand der Landbevölkerung ging bis zur Ermordungen von Beamten und Lehrern, die von der Regierung in Kabul aufs Land geschickt wurden.¹³⁷

4.1.4 Kommunistische Herrschaft und sowjetische Intervention

In der Sawr-Revolution wurde Daud von der Demokratischen Volkspartei Afghanistans, DVPA, 1978 ermordet, die mithilfe eines prosovietisch eingestellten Militärs den Umsturz herbeiführten und ein kommunistisches Herrschaftssystem mit umfassender Staatsbürokratie¹³⁸ etablierte. Obwohl auf den ersten Blick die Gewaltmotive um die Ideologien Kommunismus und Islamismus rotierten, blieben doch die meisten Führer und Anhänger der DVPA Akteure im traditionellen afghanischen Machtkampf. An den innergesellschaftlichen Spannungen, Machtkämpfen und handelnden Personen änderte dies wenig. Die traditionelle und religiöse Elite sollte entmachtet und Afghanistan nach sowjetischem Vorbild modernisiert werden, dies sollte mithilfe der Landreform und breit angelegten Alphabetisierungskampagnen durchgesetzt werden. Besonders die Landreform und die kommunistische Rhetorik verursachten Widerstand. Die DVPA reagierte daraufhin mit Verhaftungen von Regime-Kritikern, obwohl sowjetische Berater daraufhin gewiesen hatten, die Reformen langsam und an die afghanischen Gegebenheiten angepasst durchzuführen.

Die sowjetische Intervention begann Ende Dezember 1979 mit der Ermordung von Präsident Amin, der sich unter anderem bei der sowjetischen Führung dadurch diskreditiert hatte, als er auch engen Kontakt zu den USA suchte. Ihm folgte Babrak Kamal. Die Differenzen mit Amin und Teilen der DVPA führten gemeinsam mit dem Ziel, die DVPA gegen den islamistischen Widerstand zu stützen, zur Intervention.¹³⁹

Die Alphabetisierungskampagne konnte erfolgreicher als die Landreform umgesetzt werden. So erlangte die breite Bevölkerung Zugang zu Bildung und Kultur und konnte zu Ausbildung oder Urlaub ins Ausland. Dadurch entwickelte sich in Kabul

¹³⁷ Vgl. Schlagintweit, Reinhard (2009). S. 45

¹³⁸ Vgl. Schieweck, Eckart (2000).

¹³⁹ Vgl. Chiari, Bernhard (2009a). S. 62-65

eine Generation von Intellektuellen, Schriftstellern und Künstlern, die jedoch bei Kritik am Sozialismus oder dem System hart bestraft wurden.

Wie bei allen vorangegangenen Modernisierungsbestrebungen, die von Kabul aus gingen, machte sich Widerstand vor allem in den ländlichen Provinzen breit. Gegen die sowjetischen Truppen und die Armee der afghanischen kommunistischen Regierung formierte sich der militärische Widerstand der Mudschaheddin aus den Gebirgsregionen Afghanistans und Pakistans. Die Mudschaheddin, bestehend aus verschiedenen Parteien, Stämme und Gruppen, die sich in schnell wechselnden Allianzen ohne zentrale Kommando- und Kommunikationsstrukturen wiederfanden, verband anfangs zwar Widerstand gegen die Modernisierungsreformen und Säkularisierung, die in Konkurrenz zu ihrer traditionellen Kultur standen, hatten jedoch keine einheitliche Zukunftsvision für Afghanistan. Je länger der Krieg dauerte, umso mehr agierten die Mudschaheddin je nach ihren Vorteilen und verhandelten auch mit den Kommunisten. Der Jihad der Mudschaheddin gegen den Sozialismus wurde materiell, logistisch sowie finanziell von den USA, China und dem pakistanischen Geheimdienst ISI unterstützt. Die sowjetischen Truppen konnten zwar größere Städte und zentrale Punkte besetzen, nicht aber die Versorgungs- und Kommunikationslinien sichern. Die Mudschaheddin nutzten ihre Ortskenntnisse, die sie auch aufgrund der Unterstützung der Bevölkerung optimal nützen konnten.¹⁴⁰

Ein großes Problem stellten die vielen Desertionen in der afghanischen Armee dar, viele Soldaten wechselten zu den Milizen der Kriegsherren aus finanziellen und ethischen Gründen. Karmal, wie sein Nachfolger Najibullah suchten mit Fortlauf des Kriegs den Ausgleich mit den regionalen und religiösen Eliten und schließlich sogar mit den Mudschaheddin. Als Symbol des Ausgleichs diente die Verbannung der roten Kommunistenfahne und die Wiederverwendung der traditionellen afghanischen.

Als Wende Richtung Abzug der sowjetischen Truppen sind allerdings die veränderte politische Lage in der Sowjetunion und das tragbare Luftabwehrsystem *Stinger* zu sehen, das die Mudschaheddin 1986 von den USA erhalten haben und diese zusätzlich stärkten. 1988 unterzeichneten Afghanistan, die UdSSR, die USA und Pakistan das internationale Genfer Afghanistan Abkommen.¹⁴¹

¹⁴⁰ Vgl. Chiari, Bernhard (2009a). S. 62-65; vgl. Schetter, Conrad (2007a). S. 96-98

¹⁴¹ Vgl. Chiari, Bernhard (2009a). S. 61-74

Prägend für den Krieg war die Gewalt gegen die Zivilbevölkerung, die von beiden Seiten Mord und Plünderungen ausgesetzt war, auch sollte durch gezielte Zerstörung von Dörfern und Landschaften den Mudschaheddin die Versorgungsbasis genommen werden. Zum ersten Mal erhielten die Medien eine entscheidende Rolle in Afghanistan. Das sowjetische Artilleriefeuer wurde gezielt auf zivile Siedlungspunkte umgelenkt, deren Bewohner dann von den Mudschaheddin beim Verlassen ihrer Dörfer gehindert wurden. Die zivilen Opfer wurden den Medien präsentiert. Für die Bevölkerung bedeutete dies noch mehr Gewalt und Unsicherheit, als ohnehin durch die Präsenz ausländischer Truppen, die die Bevölkerung für die Unterstützung der Mudschaheddin gewaltsam bestrafte und die innerafghanische Fragmentierung vorhanden war.¹⁴²

Najibullah konnte sich nach Ende der sowjetischen Intervention mithilfe privater Milizen und sowjetischer Militär- und Nahrungshilfen bis 1992 halten. Erst nachdem sich die UdSSR und die USA 1991 auf die Einstellung von Militärhilfe einigten, wechselten die Milizen auf die Seite der Mudschaheddin.¹⁴³

Die Fragmentierung und die Zerstörung des Staat und der Wirtschaft, sowie die Nichteinbindung mächtiger Widerstandsgruppen schufen die Bedingungen, die zum Bürgerkrieg führten. Auch waren moderne politische Bewegungen durch die Geschehnisse unter dem kommunistischen Regime diskreditiert.¹⁴⁴

4.1.5 Bürgerkrieg und Fragmentierung

Nach dem Sturz von Najibullah 1992 standen sich mit den Widerstandsparteien viele Gewaltakteure gegenüber, die sich in den Übereinkünften von Peschawar 1992 und von Islamabad 1993 schließlich doch auf einen Zeitplan für die Etablierung einer Übergangsregierung und von Wahlen einigen konnten.¹⁴⁵ Wichtige Akteure, vor allem jene der Schiiten, wurden nicht einbezogen. Die Regierung unter Borhanud-Din Rabbani konnte das Gewaltmonopol nicht durchsetzen, bereits nach zwei Monaten zerfiel Afghanistan, unterteilt in Einflussbereiche rivalisierender Kriegsherren, deren Macht sich auf Klientelbeziehungen und persönliche Loyalitäten stützte. Innerhalb kurzer Zeit konnten viele davon quasi-autonome, halbstaatliche Ordnungssysteme

¹⁴² Vgl. Heupel, Monika/Zangl, Bernhard (2003). S. 18f

¹⁴³ Vgl. Mielke, Katja (2009a). S. 75

¹⁴⁴ Vgl. Spanta, Rangin Dabar (2000).

¹⁴⁵ Vgl. Mielke, Katja (2009a). S. 75

etablieren.¹⁴⁶ Dennoch kam es, je nach politischer und vor allem wirtschaftlicher Interessenslage, zu Bündnissen und Koalitionen. Ökonomisch waren die Kriegsherren und Konfliktparteien enger mit ihren angrenzenden Nachbarstaaten als mit den anderen innerafghanischen Machthabern verbunden.¹⁴⁷ Afghanistans Nachbarländer, sowie die USA und Russland förderten jene Kriegsherren und Parteien, die ihren jeweiligen Vorstellungen für das neue Afghanistan entsprachen. Besonders der pakistanische Geheimdienst ISI war aufgrund der wirtschaftlichen Interessen Pakistans beim Bau einer Erdgas-Pipeline von Turkmenistan über Afghanistan nach Pakistan bei der Unterstützung oppositioneller Kriegsherren aktiv. Die Koalitionsparteien der Regierung Rabbani erhielten Unterstützung von Indien, Russland und Saudi-Arabien, nicht zuletzt um dem Einfluss Pakistans und der USA entgegenzuwirken. Usbekistan und der Iran standen den von der Regierungsbildung ausgeschlossenen Fraktionen zur Seite.¹⁴⁸

Der zunehmende Zerfall und die Erodierung der staatlichen Strukturen begünstigten die Entwicklung einer Kriegsökonomie, die zunehmend mehr Eigendynamik entwickelte, da sie den Krieksakteuren Einkommen sicherte. Zu diesen Zwecken bildeten sich, entgegen ideologisch oder ethnisch geprägter Motive, Koalitionen. Während aus diesen wirtschaftlichen Gründen zweckabhängige Friedensabkommen geschlossen wurden, war Kabul als Symbol der Macht und Herrschaft über Afghanistan während des ganzen Bürgerkriegs stark umkämpft.¹⁴⁹

Mit Ausbruch des Bürgerkriegs wandelten sich auch die Gewaltmotive, oder besser, die kommunizierte Rechtfertigung der Gewaltanwendung. Die ideologische Spaltung Kommunismus versus Islam musste der radikalen Politisierung von Identität anhand von Ethnien weichen, die für noch größere gesellschaftliche Spaltungen instrumentalisiert wurde und den lokalen tribalen Führern Legitimation verschaffen sollte.¹⁵⁰

Die Gewaltexzesse der Mudschaheddin-Parteien ebneten den Taliban ab 1994 den Weg, die Bevölkerung verband mit ihnen die Hoffnung auf Frieden und erneute territoriale Einheit.¹⁵¹

¹⁴⁶ Vgl. Mielke, Katja (2009a). S. 77

¹⁴⁷ Vgl. Rashid, Ahmed (2001). S. 60

¹⁴⁸ Vgl. Mielke, Katja (2009a). S. 77

¹⁴⁹ Vgl. Ebd. S. 79

¹⁵⁰ Vgl. Spanta, Rangin Dabar (2000).

¹⁵¹ Vgl. Mielke, Katja (2009a). S. 81

4.1.6 Das Taliban-Regime

Die Taliban waren seit Sommer 1994 im Bürgerkrieg aktiv und kämpften für die Errichtung eines paschtunisch-geführten Gottesstaates nach Vorbild der islamischen Frühzeit inklusive der Etablierung der Scharia. Tatsächlich entsprachen die Verbote von Rasieren, Tanzen, Musik, Fernsehen und Papiersäcken, die Verbannung der Frauen aus dem öffentlichen Leben sowie die Burkapflicht und die Einführung der Blutrache und Steinigung bei Ehebruch, dem Paschtunwali, dem Rechts- und Ehrendkodex der Paschtunen und ihrer radikal sunnitisch-orthodoxen Auslegung des Islam.¹⁵² Trotz des Ziels einer paschtunischen Herrschaft blieb die *Paschtunistan-Frage* unter ihrem Regime unangetastet. Dies ist darauf zurückzuführen, dass die Taliban von Pakistan gefördert wurden, und Pakistan und seine Führung die fragmentierten Paschtunen Zentralasiens mithilfe der Taliban zusammenführen wollte.¹⁵³ Die Kämpfer der Taliban wurden während des Bürgerkriegs in den Flüchtlingslagern und Koranschulen in Afghanistan und Pakistan rekrutiert.¹⁵⁴

Die ersten Terraingewinne konnten die Taliban in den Stammesgebieten der Durrani erzielen. Diese erhofften sich, nachdem sie im Bürgerkrieg ihre Macht eingebüßt hatten, einen erneuten Aufschwung. Ihre Hoffnungen wurden aber zunichte gemacht, ihre vormalige Hochburg Kandahar wurde zum Machtzentrum der Taliban.¹⁵⁵

Auch Saudi-Arabien, sowie bis 1996 die USA, unterstützten die Taliban. Es ging vor allem um den Bau einer Pipeline von Turkmenistan über Afghanistan nach Pakistan und um die regionale Machteindämmung des Iran.¹⁵⁶

Die im Bürgerkrieg verfeindeten Mudschaheddin-Parteien schlossen sich, nachdem die Taliban Kabul eingenommen hatten, zur Allianz für die Rettung des Vaterlands, kurz Nordallianz, zusammen, da der Norden Afghanistans als einzige Region nicht von den Taliban eingenommen werden konnte. Außerhalb des Nordens konnten sie sich den Taliban militärisch nicht entgegenstellen, auch wechselten während des Kriegs aus finanziellen Anreizen immer wieder Kommandeure und Kämpfer auf die Seite der Taliban.¹⁵⁷

¹⁵² Vgl. Schetter, Conrad (2007a). S. 132

¹⁵³ Vgl. Schetter, Conrad (2005). S. 64

¹⁵⁴ Vgl. Schetter, Conrad (2007a). S. 125

¹⁵⁵ Vgl. Ebd. S. 126

¹⁵⁶ Vgl. Rubin, Barnett (2002). S. xiv

¹⁵⁷ Vgl. Schetter, Conrad (2007a). S. 127

Neben der Hoffnung auf Frieden und die territoriale Einheit Afghanistans, konnten die Taliban anfangs durch massives Auftreten gegen die Kampfverbände und die Wiederherstellung von Sicherheit bei der Bevölkerung punkten. Es gelang ihnen Kriminalität und Wegelagerei einzudämmen.¹⁵⁸ Die territoriale Einheit wurde bis 1998 erreicht, die Taliban kontrollierten ab 1998 neunzig Prozent des Landes. Anstatt einer Fragmentierung kam es durch den Zusammenschluss der Mudschaheddin zur Nordallianz zu einer Zweiteilung des Landes.¹⁵⁹ Bekanntermaßen wurde die territoriale Einheit erneut nur mittels exzessiver Gewalt, Repression und Ankäufen von Kriegsfürsten geschafft, die der Herausbildung gesellschaftlicher Integration völlig konträr gegenüber standen.¹⁶⁰ Ihre Gewalt und Repression, die jene des Bürgerkriegs bei weitem überstieg, rechtfertigten sie mit dem Islam. Dies kam auch bei der Zerstörung der Bamiyn Buddah Statuen im März 2001 zum Ausdruck, die als Symbol der vorislamischen Blütezeit Afghanistans galten.¹⁶¹

Dennoch hatten auch die Taliban ein ethnisches Element beibehalten, sie teilten Afghanistan in den südlichen paschtunischen Teil und in den nördlichen nicht-paschtunischen Teil.¹⁶² Ab 1999 unternahmen die Taliban gezielt ethnische Säuberungen.¹⁶³

Da sich die Taliban nicht den Zorn der Mohnbauern, die vom Drogenanbau abhängig waren, zuziehen wollten und sie außerdem von den Steuern auf den Anbau und Export ihre Kriegsökonomie finanzierten, zögerten sie ihren anfänglichen Plan des Drogenverbots bis zum Sommer 2001 hinaus.¹⁶⁴

Neben der Kriegsökonomie und der Verbindung zu Pakistan hat vor allem der Zusammenbruch des Schulsystems den Taliban bei ihrer Machterhaltung geholfen. Nachdem das Schulsystem während des Kriegs ab 1978 immer mehr zusammenbrach, etablierten sich die Koranschulen am Land und in den Flüchtlingslagern als einzige Möglichkeit für Bildung. Das Aufkommen der Taliban korreliert mit dem Zeitpunkt, als die ersten Schüler die Ausbildung beendet hatten. Besonders der Zerfall Afghanistans kam ihnen zugute. Die Ulama, die

¹⁵⁸ Vgl. Ebd. S. 131

¹⁵⁹ Vgl. Ebd. S. 127

¹⁶⁰ Vgl. Schetter, Conrad (2005). S. 60

¹⁶¹ Vgl. Rubin, Barnett (2002). S. xviii

¹⁶² Vgl. Schetter, Conrad (2007a). S. 127

¹⁶³ Vgl. Ebd. S. 129f

¹⁶⁴ Vgl. Ebd. S. 133

Religionsgelehrten des Islam, wurden im Exil und im fragmentierten Afghanistan zunehmend autonomer und extremistischer. In den Flüchtlingslagern und der Diaspora wurde Kontakt zu Netzwerken in Pakistan und der arabisch-islamischen Welt aufgenommen, die ihnen bei ihrer Machtergreifung behilflich waren.¹⁶⁵

4.2 Ebenen

Nach der Chronologie erfolgt die Analyse der afghanischen Geschichte.

4.2.1 Staat

Die Funktion des Staats als politische Arena¹⁶⁶ und Organisationsform beruht auf dem Aufbau von Institutionen für die gemeinsame Verteidigung, zur Aufrechterhaltung der inneren Ordnung und Beilegung von Streitfällen, zum Schutz etablierter Rechte und Privilegien und für die elementaren Erfordernisse der Infrastruktur.¹⁶⁷ Konkret bedeutet dies ein gesamtstaatliches Gewaltmonopol und Steuerwesen, ein rechtssicheres Polizei- und Rechtssystem sowie ein korruptionsfreier Verwaltungsapparat.

Die integrative Wechselwirkung, die von einer territorialen Konsolidierung auf die anderen Ebenen ausgehen kann, soll der Gesellschaft Handlungsfähigkeit geben, sowie durch staatliche Allokationen Anreize für eine politische Gemeinschaft stiften.

Bereits Elias¹⁶⁸ betonte, wie später auch Bourdieu¹⁶⁹, den engen Zusammenhang von Gewalt- und Steuermonopol bei der Bildung des europäischen Staats. Bildung und Erhaltung eines Heeres setzt Abgaben voraus, und Abgaben können nur mithilfe eines Heeres durchgesetzt werden. Die Entwicklung zur Monopolisierung von Gewalt und die Einführung eines - schließlich regelmäßigen - Steuersystems gingen also beinahe parallel vor sich.¹⁷⁰ In Afghanistan lässt sich dieser Zusammenhang ebenso zeigen, wenn gleich es sich zumeist um eine negative Korrelation handelte.

Kein Herrscher konnte bislang das gesamte afghanische Territorium kontrollieren. Die unwegsame Topologie Afghanistans bot den Stammesgesellschaften immer viele Rückzugsgebiete. Eine spezielle Brisanz der unkontrollierten Gebiete hat

¹⁶⁵ Vgl. Rubin, Barnett (2002). S. xiii

¹⁶⁶ Vgl. Geertz, Clifford (2007). S. 43

¹⁶⁷ Vgl. Stein, Rokkan (2000). S. 166f

¹⁶⁸ Vgl. Elias, Norbert (1988).

¹⁶⁹ Vgl. Bourdieu, Pierre (1998).

¹⁷⁰ Vgl. Schlichte, Klaus (2005). S. 76f

Paschtunistan. Von dort aus wurde stets Widerstand geleistet und Guerillaaufstände geführt.¹⁷¹ Der Krieg führte schließlich zu einer vollständigen Erosion des staatlichen Gewaltmonopols, aufgrund der Kriegsökonomie entwickelten sich Gewaltmärkte.¹⁷² Nachdem sich die kommunistische Regierung im Krieg aufgrund der vielen Deserteure nicht mehr auf ihre Armee verlassen konnte, trat sie das Gewaltmonopol an Milizen ab. Diese agierten effizienter und wurden teilweise regulär in die Armee eingegliedert. Sie übernahmen auch Aufgabengebiete der Polizei, des Geheimdienstes sowie auch zivile Verwaltungsaufgaben.¹⁷³ Schließlich übernahmen lokale Macht- und Gewaltstrukturen in ihren jeweiligen quasi-staatlichen Herrschaftsgebieten das Gewaltmonopol,¹⁷⁴ bis sie von den Taliban abgelöst wurden.

Bis zum Bürgerkrieg nach Beendigung der sowjetischen Besatzung haben die afghanischen Herrscher sehr wenig für die steuerliche Erschließung Afghanistans getan.¹⁷⁵ Da, wie am Schicksal von Habibullah II. ersichtlich, die Steuererhebung zum Sturz führen kann, bedienten sich die afghanischen Herrscher dieser nur dann, wenn ausländische Finanzquellen versiegten oder die Machthaber vom Ausland unabhängig werden wollten. Amanullah, beispielsweise, reformierte das Steuerwesen, als im Zuge der afghanischen Unabhängigkeit Britisch-Indien seine finanzielle Unterstützung einstellte.¹⁷⁶

Neben dem Widerstand der Qawms, war das Steuereinkommen auch aufgrund der stagnierenden Wirtschaft beschränkt.¹⁷⁷ Während des Kalten Kriegs profitierte Afghanistan von Zuwendungen von Seiten der USA und der Sowjetunion, sowie von Entwicklungshilfe anderer Länder in Form von günstigen Krediten.¹⁷⁸ Afghanistan entwickelte sich insbesondere in den 1960er und 1970er Jahren zu einem Rentierstaat.¹⁷⁹

¹⁷¹ Vgl. Baberowski, Jörg (2009). S. 32

¹⁷² Vgl. Wimmer, Hannes (2009). S. 15

¹⁷³ Vgl. Schetter, Conrad (2007b). S. 3 nach: Giustozzi, Antonio (2000).

¹⁷⁴ Vgl. Schetter, Conrad (2005). S. 59

¹⁷⁵ Vgl. Giustozzi, Antonio (2008). S. 21

¹⁷⁶ Vgl. Ebd. S. 6

¹⁷⁷ Vgl. Ebd. S. 20

¹⁷⁸ Vgl. Schlagintweit, Reinhard (2009). S. 40

¹⁷⁹ Vgl. Rubin, Barnett (2002). S. 65

Das kommunistische Regime erhielt aufgrund seines nur auf Kabul beschränkten Verwaltungsapparats und der geringen Legitimität bei der Bevölkerung noch weniger Steuereinnahmen. Der Großteil der Staatseinnahmen floss dem kommunistischen Regime von Seiten der UdSSR zu. Die Mudschaheddin erhoben in den von ihnen kontrollierten Regionen Steuern, darunter auch islamische, wie die Armensteuer. Auch die Kriegsherren im Bürgerkrieg erhoben in ihren jeweiligen quasi-staatlichen Gebilden Steuern, zusätzlich wurden die meisten von einem Staat, der über sie eigene Interessen in Afghanistan durchsetzen wollte, finanziell unterstützt. Ähnlich agierten die Taliban, bei ihnen hatten jedoch gewaltsame Aneignungen noch mehr Bedeutung.¹⁸⁰

Dem Funktionieren eines afghanischen Verwaltungsapparats und von staatlichen Institutionen standen Partikularinteressen entgegen, die diese durchdrangen.¹⁸¹ Zudem verstanden es die Stammes- und Religionsführer sich gezielt staatlicher politischer Kontrolle zu entziehen.

A'bdur Rahman führte im Zuge der afghanischen Territorialisierung erstmals staatliche Institutionen ein. Er regierte mit Unterstützung tribaler und klerikaler Ratsversammlungen, die er in die staatliche Bürokratie eingliederte. Er erließ landesweite Gesetze und versuchte auch die ländlichen Regionen Afghanistans zu durchdringen,¹⁸² was ihm durch die Vermittlung der in die staatlichen Institutionen eingegliederten Stammes- und Religionsführer weitgehend gelang.¹⁸³ Unter Habibullah I. zog sich der Staatsapparat zurück, die traditionellen Eliten gewannen erneut an Einfluss.¹⁸⁴ Amanullah führte Afghanistan nach seiner Unabhängigkeit 1919 in eine konstitutionelle Monarchie.¹⁸⁵ Er gliederte Afghanistan zudem in Provinzen und Distrikte.¹⁸⁶ Mit seinen Bemühungen, den Staatsapparat zu säkularisieren, scheiterte Amanullah am Widerstand tribaler und islamischer Koalitionen.¹⁸⁷

¹⁸⁰ Vgl. Dorronsoro, Gilles (1999). S. 140-148

¹⁸¹ Vgl. Schlichte, Klaus (2005). S. 16

¹⁸² Vgl. Giustozzi, Antonio (2008). S. 4

¹⁸³ Vgl. Ebd. S. 8

¹⁸⁴ Vgl. Schetter, Conrad (2007a). S. 72

¹⁸⁵ Vgl. Ebd. S. 74

¹⁸⁶ Vgl. Giustozzi, Antonio (2008). S. 6

¹⁸⁷ Vgl. Ebd. S. 8

Nadir Schah führte 1931 eine Nationalversammlung ein, in dem er die Loya Jirga, eine traditionelle paschtunische Ratsversammlung, zur höchsten politischen Instanz erhob.¹⁸⁸ Unter Zahir Schah wurde der Staatsapparat ausgedehnt, indem Kabul Gouverneure und Bürgermeister für die ländlichen Gebiete ernannte. 1964 wurde ein Zweikammern-Parlament mit einem Oberhaus, De Mescharo Jirga, und einem Unterhaus, Wolesi Jirga, etabliert.

Die umfassende Staatsbürokratie des kommunistischen Regimes reichte nicht über Kabul hinaus. Der afghanische Staatsapparat erodierte mit der zunehmenden Fragmentierung ab 1992, die Regierung blieb dessen ungeachtet, auch unter den Taliban, formal bestehen.¹⁸⁹

Auf lokaler Ebene ist die afghanische Bevölkerung in sogenannten Qawms organisiert, das sind Solidaritätsgruppen, die sich rund um Stamm, Clan, Ethnie oder Religion gruppieren.¹⁹⁰ Diese bleiben in der Regel vom Staat isoliert, und waren bislang, wenn überhaupt, dem Staatsapparat nur durch verwandtschaftliche Beziehungen und Patronage verbunden. Auf diesem Wege versuchen sie ökonomische und politische Ressourcen zu erlangen.¹⁹¹ Mit den lokalen und regionalen Staatsbeamten kommunizieren Vorstehende der Qawms. Als Vorstehende fungieren Stammesführer, Khane, islamische Führer oder Älteste.¹⁹²

Die Aufgabe der Khane ist zudem die Allokation der dem Qawm zur Verfügung stehenden Ressourcen, sowie Ressourcenerweiterung durch das Patronageverhältnis zum Staat. Auch wenn Khane die Brückenfunktion zwischen lokaler Ebene und Staat übernehmen, stehen sie dem Staat bezüglich sozialer Kontrolle als Konkurrenten gegenüber. Innerhalb einzelner Dörfer gibt es meist mehrere Qawms, die zumeist in Ältestenräten das lokale und ökonomische Leben regeln.¹⁹³

Bis zur Machtübernahme des kommunistischen Regimes 1978 herrschte das Rechtssystem der Scharia, das erstmals unter Rahman in der Verfassung von 1921

¹⁸⁸ Vgl. Schetter, Conrad (2007a). S. 79

¹⁸⁹ Vgl. Ebd. S. 88ff

¹⁹⁰ Vgl. Rubin, Barnett (2002). S. 346

¹⁹¹ Vgl. Ebd. S. 20

¹⁹² Vgl. Ebd. S. 25

¹⁹³ Vgl. Rubin, Barnett (2002). S. 41f

festgeschrieben wurde.¹⁹⁴ Nach Abzug der sowjetischen Truppen 1989 musste sich die kommunistische Regierung erneut mit den traditionellen Eliten arrangieren. Najibullah führte aufgrund dessen erneut die Scharia als gültige Rechtsordnung ein, die bis 2001 erhalten blieb.¹⁹⁵

Der afghanische Staat hatte demnach weder Handlungsfähigkeit, noch konnte er durch Rechtssicherheit, Sicherheit oder materielle Anreize Identifikation mit der Bevölkerung, das heißt ein Gefühl des Gemeinwohls, schaffen. Im Gegenteil, die Bevölkerung sah den Staat immer als ein fremd-abstraktes Gebilde, das sie nur mit Verpflichtungen belegte. Diese negativen Gefühle dem Staat gegenüber machte sie offen für die politische Mobilisierung der tribalen und religiösen Führer, die sich ihrerseits von der Staatsdurchdringung durch die Beschneidung ihrer Rechte und Privilegien bedroht sahen. Die tribalen und religiösen Führer konnten aufgrund des traditionellen Ordnungssystems, der Qawms, auf die Loyalität der afghanischen Bevölkerung zählen. Der Qawm als soziale Ordnungsform bot den AfghanInnen soziale und wirtschaftliche Sicherheit, die aufgrund des landwirtschaftlich nur unzureichend nutzbaren Naturraums essentiell war.

4.2.2 Politische Gemeinschaft

Wie eben dargelegt, funktionierte die auf Anreiz und Loyalität ausgerichtete Wechselwirkung von Staat und Nation nicht, da der Staat weitgehend handlungsunfähig blieb und die Loyalität der Gesellschaft nicht beim Staat lag.

Entgegen der Überbetonung ethnischer Identitäten in der Literatur, stellen in Afghanistan lokale, tribale und familiäre Beziehungen in Clans, Stammes- und islamischen Gemeinschaften die realen Identitäts- und Handlungsbezüge dar. Aufgrund dieser Vielzahl an oftmals sich überlappenden Identitäten ist die afghanische Gesellschaft von extremem Partikularismus geprägt.¹⁹⁶

Zwei Drittel der Bevölkerung gehören zu einer Stammesgesellschaft. Diese stehen Modernisierungen und sozialen Interaktionen nicht zwangsläufig entgegen, sie agieren durchaus offen und pragmatisch. So hatten viele Stämme während der

¹⁹⁴ Vgl. Ebd. S. 50

¹⁹⁵ Vgl. Ebd. S. 166

¹⁹⁶ Vgl. Schetter, Conrad (2007a). S. 12

sowjetischen Intervention Mitglieder sowohl bei den Kommunisten wie bei den Mudschaheddin.¹⁹⁷ Unabhängig von der Vielzahl an Identitäten wird den AfghanInnen ein außerordentlicher Freiheitsdrang und Wunsch auf Selbstbestimmung nachgesagt. Die Größe des Stammes hängt daher auch stark von der Mobilisierungskraft und Persönlichkeit des jeweiligen Khans ab. Ein Wechseln des Stammes ist für eine afghanische Familie nicht ungewöhnlich.¹⁹⁸

Die Kategorisierung der Ethnien ist aufgrund der vielen sich überlappenden Identitäts- wie Kulturmerkmale schwierig. Die Angaben variieren zwischen fünfzig und zweihundert. Den meisten AfghanInnen ist weder ihre eigene ethnische Zugehörigkeit bekannt, noch hat diese eine einigende Klammer im Sinne eines kollektiven Handelns hervorgebracht.¹⁹⁹ Paradoxerweise gibt es auch als zweitgrößte Ethnie nach den Paschtunen jene der Tadschiken, der alle AfghanInnen, die in keine ethnische Kategorie fallen, zugeordnet werden.²⁰⁰

Obwohl Ethnizität ab den 1990er Jahren zur Kriegsrechtfertigung von allen Krigsakteuren verwendet wurde, blieb Ethnie für die Bevölkerung weiterhin nicht relevant. Ethnizität diente im Afghanistankrieg somit lediglich der Legitimierung von Gewalt sowie der Mobilisierung und der Rekrutierung von Kämpfern. Dessen ungeachtet waren politischer Opportunismus und finanzielle Anreize zumeist wichtiger für die zeitweilige Zugehörigkeit der Kämpfer.²⁰¹

Ferner stellen ethnisch homogene Gebiete eine Ausnahme dar, oftmals resultieren sie aus den Umsiedlungspolitiken der Regierungen oder aus Vertreibungen und ethnischen Säuberungen während des Kriegs, als die Kriegsherren versuchten, die von ihnen beherrschte Region ethnisch zu homogenisieren.²⁰²

Der Islam hat sich in Afghanistan mit Wertvorstellungen vermischt, die ihren Ursprung nicht in ihm haben. Dies ist vor allem bei den Paschtunen der Fall, die sich am Paschtunwali, einem extrem konservativen Wertekanon orientieren, in dem sich

¹⁹⁷ Vgl. Ebd. S. 116

¹⁹⁸ Vgl. Novaria Verlag GmbH & Co. KH/Verlag Kister AG (Hg.) (1972). S. 500

¹⁹⁹ Vgl. Schetter, Conrad (2000).

²⁰⁰ Vgl. Schetter, Conrad (2007a). S. 26

²⁰¹ Vgl. Schetter, Conrad (2000).

²⁰² Vgl. Schetter, Conrad (2005). S. 65

tribale und religiöse Normen vermischt haben.²⁰³ Eine radikale Auslegung des Paschtunwali unter dem Deckmantel des Islam praktizieren die Taliban.²⁰⁴ Der Islam bestimmt in Afghanistan das private tägliche Leben sowie die öffentliche Sphäre. So war, wie erwähnt, die Scharia die Rechtsordnung und der sunnitische Islam Staatsreligion.²⁰⁵ Die Verfassung von 1964 enthielt erstmals das Recht auf freie Religionsausübung. In den 1960er Jahren entwickelten sich zudem im modernen, urbanen Milieu liberale Islamauffassungen, diese konnten sich jedoch nicht durchsetzen.²⁰⁶

Neben den Khans und Ältesten sind islamische Führer und deren Netzwerke die zweiten, die in Qawms hohe soziale Rollen innehaben und kollektive Handlungen beeinflussen können.²⁰⁷ Islamische Führer übernehmen dabei die Rolle der Mediatoren. Aufgrund ihrer Führungsrolle innerhalb der Gemeinschaften stehen sie oftmals in Konkurrenz zu den Khanen.²⁰⁸ Eine besondere Rolle haben die Sayyeds. Diese geistlichen Führer, die sich selbst in direkter Abstammung vom Propheten Mohammed sehen, schaffen es aus diesem Grund, eine Brückenfunktion zwischen den verschiedenen Ethnien, Stämmen und lokalen Gemeinschaften einzunehmen.²⁰⁹ Wenn nach Meinung der islamischen Führer aufgrund von staatlichen Reformen oder ausländischen Interventionen der Islam und seine Rolle innerhalb des Staates bedroht ist, schließen sie sich zu Koalitionen zusammen.²¹⁰ Charismatische Islamführer mobilisieren dann die Bevölkerung für Protest und Widerstand. Islamische Koalitionen können bis zu einige Tausend Leuten umfassen. Unter den Mudschaheddin-Parteien gab es zwei landesweite Islam-Koalitionen.²¹¹ In den Anglo-Afghanischen Kriegen wurde der Islam erstmals politisiert und instrumentalisiert.²¹² Mit Ausnahme von Amanullah und Mohammed Daud diente er

²⁰³ Vgl. Ebd. S. 44

²⁰⁴ Vgl. Rzehak, Lutz (2009a). S. 181

²⁰⁵ Vgl. Rubin, Barnett (2002). S. 26

²⁰⁶ Vgl. Schetter, Conrad (2007a). S. 21

²⁰⁷ Vgl. Giustozzi, Antonio (2008). S. 2

²⁰⁸ Vgl. Rubin, Barnett (2002). S. 41

²⁰⁹ Vgl. Giustozzi, Antonio (2008). S. 2

²¹⁰ Vgl. Rzehak, Lutz (2009a). S. 181

²¹¹ Vgl. Rubin, Barnett (2002). S. 41

²¹² Vgl. Rzehak, Lutz (2009a). S. 181

seitdem der Legitimierung und Machtabsicherung der Elite. Da sich nahezu jeder afghanische Herrscher dieser Legitimierung bediente, wurde die Islamauslegung im Laufe der Zeit immer radikaler. Während des Widerstands der Mudschaheddin in den 1980er Jahren stieg der Jihadismus, die gewaltsame Form des islamischen Fundamentalismus, zu einer weltweiten Ideologie auf, die insbesondere in den Ländern des Nahen Ostens und Zentralasiens Anklang fand.²¹³ Wie bereits in der Chronologie erwähnt, wurde die Ulama im fragmentierten Afghanistan und in den Flüchtlingslagern, wo sie mit internationalen Netzwerken zusammentrafen, autonom und extremistischer.²¹⁴ Den Gipfel der radikalen Islamauslegung bildeten die Taliban, die den Islam zudem als Gegenmittel für den Staatszerfall propagierten.²¹⁵

Die (gewaltsame) Instrumentalisierung des Islam in Afghanistan zeigt wohl am besten die Problematik auf, die durch eine ‚nationale Uminterpretierung‘ von religiöser Identität, wie von Hippler als integrative Ideologie propagiert, entstehen kann.

Ein territoriales Gemeinschaftsgefühl kam bei den AfghanInnen stets auf, wenn ihre Freiheit von externen Interventionsmächten bedroht wurde. Dieses verstärkte sich, als während der sowjetischen Intervention circa fünf Millionen AfghanInnen in Flüchtlingslagern oder der Diaspora ihr Heimatland erstmals außerhalb ihres Mikrokosmos betrachten konnten. Die anschließende Fragmentierung durch den Bürgerkrieg und die gemeinsamen Kriegserfahrungen verstärkten den Wunsch nach gesamtterritorialer Zusammengehörigkeit. Dennoch standen sich auch zu diesem Zeitpunkt die vielen, teilweise stark divergierenden Identitäten für die Herausbildung einer gemeinsamen, übergeordneten Identität entgegen.²¹⁶

Trotz der heterogenen Identitäten gab es mehrmals Bestrebungen nationale Ideologien durchzusetzen, wie anhand der Symbolik der Nationalflagge und Nationalhymne sichtbar wird. Abgesehen von der Legitimität durch Religion, waren die nationalen Ideologien sehr unterschiedlich. Sie umfassten eine paschtunisch-geprägte ebenso wie eine sozialistische Nationalitätenpolitik unter dem

²¹³ Vgl. Wimmer, Hannes (2009). S. 430

²¹⁴ Vgl. Rubin, Barnett (2002). S. xiii

²¹⁵ Vgl. Ebd. S. xiii

²¹⁶ Vgl. Schetter, Conrad (2005). S. 55, S. 59; vgl. Glatzer, Bernt (2001). S. 379f

kommunistischen Regime, die vor allem ethnische Minderheiten für ihre Politik gewinnen wollten.²¹⁷ Die kommunistische Regierung setzte auf eine breit angelegte Alphabetisierungskampagne,²¹⁸ auch um die Funktion der Medien für diesen Zweck optimal nutzen zu können. Dem entgegen stand die dennoch hohe Analphabetenrate, die nie unter siebzig Prozent fiel²¹⁹, die über dreißig Sprachen und das nur unzureichend vorhandene Kommunikationswesen.

Die Idee der Nation fand ihre ausgeprägteste Form bei den Paschtunen. Nicht nur, dass sie den afghanischen Staat bis zum Bürgerkrieg größtenteils beherrschten, sie verstanden sich auch als das einzig legitime afghanische Staatsvolk.²²⁰

Ähnlich wie in Europa gab es eine massive Zentrum/Peripherie-Spaltung, die die Konfliktlinie Moderne versus Tradition gut widerspiegelt.

Die Städte Afghanistans waren seit jeher Teil des Handelsnetzwerks der Seidenstraßen und blieben die Zentren, in denen sich wirtschaftliche sowie gesellschaftliche Modernisierungstendenzen zu entwickeln begannen. Ausländische Hilfe kam stets den Städten zugute.²²¹ Der ländliche Raum war viel stärker von traditionellen Gesellschaftsstrukturen durchdrungen, die, wie bereits dargelegt, dort bis heute die soziale Ordnung bestimmen.

Die ländliche Bevölkerung sah Kabul immer als Sitz einer ihnen feindlich und fremd erscheinenden Regierung, die sie mit Steuer- und Wehrpflicht belud, ohne eine entsprechende Gegenleistung zu erbringen. Immer wenn von Kabul aus das politische System dahingehend reformiert wurde, dass es dem Ordnungssystem der Qawms entgegenstand oder deren Einfluss beschnitt, machte sich Widerstand der lokalen Elite breit. Wie bereits ausgeführt, gelang es insbesondere den islamischen Führern die Bevölkerung zu mobilisieren. Das schlechte Image von Kabul und seinen Herrschern bei der Bevölkerung, die sich zudem von den Modernisierungen in ihrer traditionellen Lebensweise bedroht fühlte, bestärkte den Widerstand. Deshalb wurden mittels Verhandlung und Patronage mit den Khanen, sowie auch mit religiösen Führern, die den Ausgleich zwischen Zentralismus und Föderalismus schaffen sollten, Mittelsmänner für die friedliche Beilegung dieser Widerstände

²¹⁷ Vgl. Schetter, Conrad (2000).

²¹⁸ Vgl. Initiative Afghanistan e.V. Bildungspolitische Entwicklung in Afghanistan.

²¹⁹ Vgl. Ebd.

²²⁰ Vgl. Ruttig, Thomas (2008). S. 12

²²¹ Vgl. Rubin, Barnett (2002). S. xiv

zwischengeschaltet. Als diese im Laufe des 20. Jahrhunderts ihre Brückenfunktion einbüßten, und von Kabul aus immer mehr Staatlichkeit etabliert wurde, wurde der Stadt-Land-Gegensatz immer mehr zur beherrschenden Konfliktlinie, die auch zum Ausbruch des Kriegs ab 1978 maßgeblich beitrug. Dies geschah nicht zuletzt aufgrund der fehlenden Kanalisation politischer Energie während des gesellschaftlichen Umbruchs in den 1960ern und 1970er Jahren, wie unter Punkt 4.2.3 noch näher ausgeführt werden wird. Außerdem hatte sich Kabul aufgrund der Entwicklungshilfe in dieser Zeit zu einer modernen Großstadt entwickelt, während die ländlichen Regionen davon nicht profitieren konnten. In Kabul setzte sich immer mehr das sozialistische Gedankengut durch, während die ländlichen Regionen fest in Tradition und im Islam verankert waren, wie auch der Krieg zwischen 1978 und 1989 gezeigt hat.²²²

Während des Bürgerkriegs war speziell Kabul als Symbol der Macht umkämpft. Unter dem Taliban-Regime war hingegen vor allem die Kabuler Bevölkerung von der willkürlichen Gewalt betroffen. Die Taliban sahen Städte immer als Zentrum für Modernität und eine Gott ungefällige Lebensführung, die ihrem Wertekanon entgegenstand.²²³

An den Naturraum angepasst, entwickelte sich eine bäuerliche Kultur in den Oasen und Nomadentum im Hochland und in den Wüsten. Die Stammesgemeinschaft als Solidargemeinschaft war überlebenswichtig. Die Khane der Qawms übernahmen die Brückenfunktion zum Staat, im Gegenzug erhielten sie für ihre Gemeinschaft ökonomisches sowie politisches Kapital. Mit zunehmendem Einfluss der Regierung ab den 1930er Jahren und insbesondere aufgrund des wirtschaftlichen Aufschwungs dank der massiven Entwicklungshilfe in den 1960er Jahren nahm die Bedeutung der Solidargemeinschaften in den Regionen, in denen die Regierung für ökonomische Sicherheit sorgen konnte, ab. Die politische und soziale Vormachtstellung der Khane verringerte sich daher während des 20. Jahrhunderts in vielen Regionen.²²⁴

²²² Vgl. Schetter, Conrad (2007a). S. 12, 88f; vgl. Lanik, Monika (2009). S. 143-145

²²³ Vgl. Schetter, Conrad (2007a). S. 133

²²⁴ Vgl. Ebd. S. 19f; vgl. Rubin, Barnett (2002). S. 32-34

Aufgrund der Straßenbauten entwickelte sich in den 1950er Jahren erstmals ein gesamtstaatlicher Wirtschaftsmarkt.²²⁵ Trotz der Industrialisierung in den Städten, waren bei Kriegsausbruch 85 Prozent der Bevölkerung Bauern oder Nomaden.²²⁶

Aus dem ausgewogenen Verhältnis zwischen Khan und Bevölkerung entwickelte sich ab 1978 und insbesondere im Bürgerkrieg zunehmend eine Abhängigkeit der Bevölkerung von den Khanen, als sich die Wirtschaft zur Kriegswirtschaft wandelte. Einige vormalige Stammes- und Regionalführer traten als Kriegsherren auf.²²⁷

Die Drogenökonomie diente nahezu allen Kriegsakteuren zur Finanzierung ihrer Tätigkeiten. Afghanistan wurde in den 1990er Jahren zum größten Drogenproduzenten der Welt.²²⁸ Aufgrund der höheren Gewinnspanne verdrängte der Mohnanbau andere Agrarprodukte. Als zweite Einkommensquelle entwickelte sich der Schmuggel von Waffen, Fahrzeugen, Lebensmitteln u.a.²²⁹ Des Weiteren bestand die Kriegswirtschaft aus der Ausplünderung der Bevölkerung, ausländischer Finanzhilfe und Waffenlieferungen sowie aus Beschlagnahme von internationalen Hilfslieferungen.²³⁰ Aufgrund der afghanischen Diaspora wurden innerhalb der umliegenden Staaten, darunter insbesondere im Iran und in Pakistan, im informellen Sektor Kontakte geknüpft. Die Kriegsökonomie destabilisierte die ganze Region, fehlende Grenzkontrollen ermöglichten die Herausbildung grenzüberschreitender Kriegsmärkte.²³¹

4.2.3 Demokratie/Legitimität

In den von Paschtunen dominierten Gebieten wird das öffentliche Leben in Stammesversammlungen, den Loya Jirgas, geregelt. Sie werden einberufen, wenn spezielle Entscheidungen zu treffen sind. Sie setzen sich aus allen erwachsenen Männern der teilhabenden Stämme zusammen, die daran gleichberechtigt partizipieren. Die paschtunischen Herrscher riefen die Loya Jirga auf staatlicher Ebene immer wieder ein, um ihre Entscheidungen pro forma zu legitimieren. Im 20. Jahrhundert diente sie vor allem dazu, Verfassungen und Reformen zu

²²⁵ Vgl. Dorronsoro, Gilles (1999). S. 124

²²⁶ Vgl. Rubin, Barnett (2002). S. 19

²²⁷ Vgl. Schetter, Conrad (2007a). S. 118f

²²⁸ Vgl. http://www.unodc.org/documents/afghanistan//Executive_Summary_2009.pdf

²²⁹ Vgl. Dorronsoro, Gilles (1999). S. 128

²³⁰ Vgl. Ebd. S. 143, S. 148

²³¹ Vgl. Ebd. S. 127

verabschieden. In der Verfassung von 1931 wurde die Loya Jirga zur höchsten politischen Instanz im Staat etabliert. Obwohl die Loya Jirga aus dem paschtunischen Stammessystem kommt, verbindet die gesamte afghanische Bevölkerung gute Erinnerungen an sie. Denn 1964 wurde in einer Loya Jirga die erste annähernd demokratische Verfassung Afghanistans beschlossen und Afghanistan wurde zur konstitutionellen Monarchie.²³²

Nach dem Inkrafttreten der Verfassung von 1964, in der ein Zweikammern-Parlament, aktives und passives Wahlrecht sowie ein säkulares, mit der Scharia in Einklang gebrachtes Rechtssystem beschlossen wurde, wurden 1965 und 1969 Unterhauswahlen durchgeführt.²³³ Vorher und nachher hatte die Gesamtbevölkerung am politischen Prozess keinerlei Partizipationsmöglichkeit. Bei den beiden Wahlen standen jedoch nur einzelne Personen der traditionellen Elite der Stämme und des Klerus und keine Parteien zur Auswahl. Die wenigen Personen standen dem König zudem lediglich beratend zur Seite.²³⁴ Die Bürgerrechte dieser Zeit umfassten trotz Verfassung de facto nur das passive Wahlrecht, vom aktiven blieb die breite Bevölkerung weiterhin ausgeschlossen.²³⁵ Die Dominanz der traditionellen Elite resultierte vor allem daraus, dass das Parteiengesetz, das die Verfassung von 1964 beinhaltete, nie ratifiziert wurde. Die neue Akademikerschicht der 1970er Jahre erhielt keine Möglichkeit der Partizipation.²³⁶

Nach dem gesellschaftlichen Umbruch der 1960er und 1970er Jahren fehlte dadurch eine Kanalisation politischer Energie. Aufgrund der Nicht-Ratifizierung des Parteiengesetzes erhielten AfghanInnen ländlicher Herkunft trotz Universitätsabschluss nicht die Möglichkeit am politischen System zu partizipieren. Diese neue Elite hatte sich von ihrer ländlichen Herkunft distanziert, wurde aber in Kabul nicht akzeptiert. Zu den Akteuren, die als Reaktion schließlich radikal politische Bewegungen in Kabul anführten, gehörten auch viele Personen, die schließlich zu maßgeblichen Gewaltakteuren im Bürgerkrieg wurden und noch heute ihren Einfluss geltend machen.²³⁷

²³² Vgl. Nölle-Karimi, Christine (2009). S. 133-137; vgl. Nölle-Karimi, Christine (2000).

²³³ Vgl. Schlagintweit, Reinhard (2009). S. 41f; vgl. Schetter, Conrad (2007a). S. 88

²³⁴ Vgl. Meyer, Armin/Seiber, Gerd/Wendelberger, Erhard (Hg.) (1969). S. 69

²³⁵ Vgl. Meyer, Armin/Seiber, Gerd/Wendelberger, Erhard (Hg.) (1969). S. 69; vgl. Schetter, Conrad (2007a). S. 88

²³⁶ Vgl. Schetter, Conrad (2007a). S. 89

²³⁷ Vgl. Schetter, Conrad (2007a). S. 12, 88f; vgl. Lanik, Monika (2009). S. 143-145

Die politischen Eliten Afghanistans legitimierten sich fast alle durch ihre dem Islam unterstellten Politik, dem sich schließlich sogar der kommunistische Najibullah beugen musste,²³⁸ und die im Laufe der Zeit immer radikaler interpretiert wurde.

Rokkan's vier Schwellen konnten demnach nicht überwunden werden, außerhalb der traditionellen Elite konnte niemand politische Beteiligung (Inkorporation) erreichen, Opposition wurde aufgrund der fehlenden politischen Kanalisation gewaltsam ausgetragen und trug schließlich wesentlich zum Zerfall Afghanistans bei.

An Stelle einer Demokratisierung, die in Europa integrativ auf die Nationenbildung einwirkte, wurde durch die Nichteinbeziehung der Bevölkerung in den politischen Prozess noch ein weiteres konfliktverschärfendes Element gestärkt.

Der Homogenisierungsappell der Nation eignet sich, wie unter 4.2.2 gezeigt wurde, nicht als ‚(ver-)einigende Klammer‘ für die afghanische Gesellschaft. Vielmehr muss ein politisches System geschaffen werden, indem die Partikularinteressen friedlich kanalisiert werden können.

Aufgrund der immer gleich wiederkehrenden Muster bei den afghanischen Instabilitäten und dem Scheitern der Reformen, lehrt die afghanische Geschichte vor allem eines: Für einen friedlichen Nation-Building-Prozess ist der Ausgleich zwischen dem traditionellen Ordnungssystem der Qawms und einem modernen Staatswesen notwendig. Denn die Stammesgesellschaften stellten sogar unter dem Taliban-Regime, das dieses System nicht angriff, ein Element der Stabilität dar.²³⁹ Einigend in der afghanischen Gesellschaft wirkte immer der Kampf gegen staatlichen Einfluss und externe Interventionsmächte. Die Freiheitsliebe der AfghanInnen schuf somit trotz der stark divergierenden Identitäten stets ein territoriales Gemeinschaftsgefühl. Die gemeinsam erlebten Kriegeleiden ab 1978 verstärkten dies.

Für die Bildung einer gesamtterritorialen Zivilbevölkerung, die die ‚nationale‘ Identität über alle partikularistischen stellt, sind vor allem drei Dinge notwendig: Sicherheit, Bildung und wirtschaftliche Versorgung, die ein Überleben unabhängig von den traditionellen Patronageverhältnissen absichert.

Als Ansatzpunkte für das Gelingen der Bildung einer politischen Gemeinschaft stellten sich 2001 vor allem folgende drei Faktoren dar: Das afghanische

²³⁸ Vgl. Schetter, Conrad (2000).

²³⁹ Vgl. Glatzer, Bernt (2001). S. 391

Staatsgebiet wurde nie durch Separationsbestrebungen in Frage gestellt. Wenn auch nur als Hülle waren Institutionen vorhanden und die Repräsentative Demokratie ist den AfghanInnen aus den 1960er Jahren bekannt, die weitverbreiteten Jirgas verfügen über stammesdemokratische Elemente. Die AfghanInnen sehnen sich schon lange nach Frieden und territorialer Einheit. Wie auch in der Einführung des nächsten Kapitels dargelegt werden wird, stand der Großteil dem Regime Change durchaus offen gegenüber.²⁴⁰

²⁴⁰ Vgl. Ruttig, Thomas (2008). S. 7

5. Afghanistan seit 09/11

Wie im vorangestellten Kapitel dargelegt, verfügte Afghanistan zu Beginn der US-geführten Intervention 2001 weder über funktionierende staatliche Strukturen, noch über eine Bevölkerung, die sich als politische Gemeinschaft verstand. Das politische System funktionierte über die traditionellen Netzwerke. Bereits aufgrund der Ergebnisse von Kapitel 4 kann These 1 nicht falsifiziert werden. Bei der Reproduktion von Macht in Afghanistan, spielen demnach traditionelle, partikulare und charismatische Elemente²⁴¹ eine wesentliche Rolle.

Dennoch, die AfghanInnen hatten aufgrund der Kriegereignisse erstmals eine positive Affinität zum afghanischen Territorium entwickelt. Der Regime Change, verbunden mit der Hoffnung auf Frieden nach drei repressiven Regimen, verstärkte dies. Obwohl die AfghanInnen bislang in ihrer Geschichte demokratische Werte und Prinzipien nur ansatzweise zwischen 1964 und 1973 kennen gelernt hatten, standen sie 2004 bei der Verabschiedung der neuen Verfassung diesen durchaus positiv gegenüber, wie die folgende Grafik der Konrad-Adenauer-Stiftung zeigt.²⁴²

Orientierung an demokratischen Werten, wobei es kaum oder gar nicht auf deren Vereinbarkeit mit dem Islam ankommt		Orientierung an islamischen Werten, wobei es kaum oder gar nicht darauf ankommt, ob diese auch demokratisch sind	
			
Gruppe A	Gruppe B	Gruppe C	Gruppe D
Deutliche Befürworter demokratischer Werte und Prinzipien	Befürworter demokratischer Werte und Prinzipien, für welche eine Vereinbarkeit dieser Werte mit dem Islam eine erkennbare Bedeutung hat	Auf Konsens fokussierte Befürworter solcher demokratischen Werte, die mit dem Islam im Einklang sind	Befürworter islamischer Werte mit wenig Aufgeschlossenheit für Demokratie
22 %	32 %	34 %	12 %

Abbildung 3: Unterschiedliches Ausmaß von Demokratieakzeptanz²⁴³

²⁴¹ Vgl. Schlichte, Klaus (2005). S. 46,61

²⁴² Vgl. Prohl, Werner/Werdin, Felix (2004). S. 3, 16. Die Daten wurden vom National Center for Policy Research an der Universität Kabul erhoben. Es nahmen 1.386 Personen in sechs Provinzen an der Umfrage teil.

²⁴³ Vgl. Ebd. S. 12

5.1 *Die Intervention*

Aufgrund der Verknüpfung von Sicherheitsinteressen mit der Einführung von Demokratie und Menschenrechten basierte die Intervention auf dem Konsens vieler Staaten, darunter auch Pakistan, sowie zivilgesellschaftlicher Akteure.²⁴⁴ Während sich die USA vorwiegend im Anti-Terrorkampf engagierten, waren die Strategien und Konzepte der internationalen Organisationen sowie der afghanischen Akteure holistisch angelegt.²⁴⁵ Erst als die Anti-Terror-Strategie der USA im Irak zunehmend scheiterte, änderten die USA in Afghanistan ihre Strategie in Richtung Staatsaufbau.²⁴⁶

Wie in der Einleitung erwähnt, umfasst die Intervention drei Dimensionen, die im Folgenden dargelegt werden und unter 5.2 Ebenen auf ihre Wirkung auf den Demokratisierungsprozess untersucht werden.

5.1.1 *Militärische Intervention*

Zum Schutz der neuen Regierung, die bereits im Dezember 2001 ihr Amt antrat, wurde die ISAF durch mehrere UN-SC Resolutionen mit einem robusten UN-Mandat nach Kapitel VII der UN-Charta ausgestattet.²⁴⁷ Dennoch sollte die ISAF lediglich als Schutz- und Aufbautruppe fungieren.²⁴⁸

Das Mandat umfasste anfangs nur Kabul und Umgebung und startete mit 5.000 Soldaten.²⁴⁹ Die ISAF ist des weiteren auch dafür mandatiert, die afghanischen Institutionen bei der Herstellung von Sicherheit, insbesondere durch Aufbauhilfe bei der Armee und der Polizei, zu unterstützen.²⁵⁰ Im Gegenzug verpflichteten sich die afghanischen Kriegsakteure zur Demilitarisierung.²⁵¹

Im August 2003 übernahm die NATO die Führung der ISAF. Mit der UN-SC Resolution 1510 (2003) wurde das Mandat der ISAF in vier Phasen bis Oktober 2006 auf ganz Afghanistan ausgedehnt.²⁵² Zudem kam es zur Eingliederung von

²⁴⁴ Vgl. Schetter, Conrad (2007a). S. 78

²⁴⁵ Vgl. Schetter, Conrad/Mielke, Katja (2008). S. 85

²⁴⁶ Vgl. Ruttig, Thomas (2008). S. 10

²⁴⁷ Siehe: http://www.nato.int/cps/en/natolive/topics_8189.htm#mandate

²⁴⁸ Vgl. Cremer, Uli (2009). S. 94

²⁴⁹ Vgl. Schetter, Conrad (2007a). S. 137

²⁵⁰ Vgl. http://www.nato.int/cps/en/natolive/topics_8189.htm#missions

²⁵¹ Vgl. Cremer, Uli (2009). S. 87

²⁵² Vgl. http://www.nato.int/cps/en/natolive/topics_8189.htm#evolution

OEF- Truppen in die ISAF.²⁵³ Seit der letzten Ausdehnung 2006 ist die ISAF direkt an der Aufstandsbekämpfung beteiligt, die bis zu diesem Zeitpunkt der OEF vorbehalten war.²⁵⁴ Trotz der divergenten Mandatierung gleicht sich die Kriegsführung immer mehr an, die Bevölkerung kann zwischen OEF und ISAF nicht mehr unterscheiden.²⁵⁵ Die ISAF kämpft daher zum einen zunehmend mit einem Vertrauensverlust bei der afghanischen Bevölkerung,²⁵⁶ zum anderen haben ihre aktiven Operationen zusätzlichen Zulauf und Aktivitäten der OMK hervorgerufen.²⁵⁷

Ab 2002 setzen die NATO-Staaten zudem nach Absprache mit Präsident Karzai im Rahmen von Zivil-Militärischer-Zusammenarbeit, ZMZ, auf Provincial Reconstruction Teams, PRTs.²⁵⁸ Ein PRT umfasst jeweils einige SoldatInnen und EntwicklungshelferInnen. Die SoldatInnen sollen dafür sorgen, dass die EntwicklungshelferInnen in den Provinzen in Sicherheit zivile Aufbauarbeit verrichten können.²⁵⁹ 2009 gab es 26 PRTs in Afghanistan, die zumeist von einem NATO-Staat geführt werden und jeweils der Strategie des Staates, die das PRT führt, unterliegt.²⁶⁰

Um der schlechten Sicherheitslage von Seiten der afghanischen Institutionen entgegen zu wirken, wurde 2003 die Security Sector Reform, SSR, beschlossen. Die SSR fußt auf fünf Säulen: dem Aufbau der Afghanischen National Armee und der Afghanischen National Polizei, der Justizsektor-Reform, dem Entwaffnungs-, Demobilisierungs- und Reintegrationsprogramm sowie der Drogenbekämpfung.²⁶¹ Da für jede Säule entsprechend dem Lead-Nation-Konzept eine andere NATO-Nation zuständig ist, mangelt es der Reform stark an Kohärenz.²⁶²

²⁵³ Vgl. Schetter, Conrad (2007a). S. 142f

²⁵⁴ Vgl. Schetter, Conrad/Mielke, Katja (2008). S. 82f

²⁵⁵ Vgl. Ebd. S. 83

²⁵⁶ Vgl. Hinz, Thorsten (2009). S. 54

²⁵⁷ Vgl. Cremer, Uli (2009). S. 98

²⁵⁸ Vgl. Schetter, Conrad (2007a). S. 140f

²⁵⁹ Vgl. Maass, Cithia D. (2007). S. 25; vgl. A to Z Guide to Afghanistan Assistance (2009). S. 56

²⁶⁰ Vgl. <http://www.nato.int/isaf/topics/prt/index.html>; vgl. Schetter, Conrad/Mielke, Katja (2008). S. 82f

²⁶¹ Vgl. A to Z Guide to Afghanistan Assistance (2009). S. 58

²⁶² Vgl. Maass, Citha D. (2008a). S. 15

Nachdem die Taliban bis Ende 2001 vertrieben worden waren, hatte die OEF im folgenden nur mäßige Erfolge bei ihren Operationen. Seit 2005 sind die Taliban aufgrund ihrer Kooperation mit den anderen Parteien der OMK sowie der Unterstützung des ISI wieder der stärkste Gegner der Regierung und der Intervenierenden.²⁶³ 2008 hatten die Taliban in 72 Prozent Afghanistans eine permanente Präsenz und regieren nun mit anderen Parteien der OMK insbesondere im Süden eine Vielzahl an Dörfern. Die Taliban geben erneut den militärischen sowie auch zunehmend den politischen Ton an.²⁶⁴ In der Literatur wird oft von Neo-Taliban gesprochen, da die Taliban ab 2001 zu einem Sammelbecken militanter Gruppen wurden.²⁶⁵

Die schlechte Sicherheitslage setzt sich aus einem Konglomerat mehrerer Faktoren zusammen. Hierzu gehört das Scheitern der Demilitarisierung seit 2002 und die daraus resultierende Präsenz und Rückkehr von Kriegsherren, Kommandeuren und Drogenbaronen, die seit 2005 als OMK immer stärker agieren.²⁶⁶

Die OMK ist eine Interessensallianz, aber dennoch sehr heterogen. Allein die Taliban-Bewegung setzt sich aus vier verschiedenen Gruppierungen zusammen, die halbautonom agieren und nur locker in Netzwerken verbunden sind. Einigend wirkt ihre gemeinsame radikal-islamistische Ideologie, der gemeinsame Feind sowie der Gehorsam gegenüber dem Taliban-Führer Mullah Omar.²⁶⁷ Aufgrund des gemeinsamen Ziels, des Abzugs der westlichen Truppen und der Bekämpfung der Regierung Karzai, kooperieren die Parteien der OMK.²⁶⁸ Neben der Taliban-Bewegung besteht die OMK aus den Jihadi-Führern, das sind die Führer der vier ehemals größten Mudschaheddin-Parteien. Des Weiteren besteht sie aus im politischen System nicht berücksichtigten paschtunischen Stammesführern, Drogenbaronen, deren Gefolgschaften und Kämpfern, die sich aufgrund ihrer wirtschaftlichen Notlage rekrutieren lassen.²⁶⁹

²⁶³ Vgl. Noetzel, Timo/Schreer, Benjamin (2008). S. 33; vgl. Maass, Citha D. (2008a). S. 19

²⁶⁴ Vgl. ICOS Report (2008). S. 5

²⁶⁵ Vgl. Schetter, Conrad (2007a). S. 144

²⁶⁶ Vgl. Prohl, Werner/Werdin, Felix (2004). S. 1

²⁶⁷ Vgl. Ruttig, Thomas (2009a). S. 1

²⁶⁸ Vgl. Ebd. S. 2, S. 5

²⁶⁹ Vgl. Maass, Citha D. (2009). S. 2

Die Taliban wollen zudem Afghanistan wieder zu einem islamischen Emirat machen.²⁷⁰ Die Taliban gehen bei der Mobilisierung der Bevölkerung in mehreren Schritten vor. Auf Bazars und in Gebetshäusern machen Aktivisten Propaganda und versuchen Interessierte schließlich in kleineren Gruppentreffen mit negativen Berichten über die Regierung für den militanten Widerstand zu rekrutieren. Zudem schaffen sie Instabilität, indem sie ländliche Widerstandsparteien unterstützen und ihnen Waffen und Geld zukommen lassen.²⁷¹ Die OMK profitiert stark davon, dass die Bevölkerung die Intervenierenden zunehmend als Besatzer empfindet.²⁷²

Abbildung 4 zeigt jene Gebiete in Afghanistan, in denen die Taliban gemeinsam mit anderen OMK-Parteien bereits eine permanente Präsenz haben.

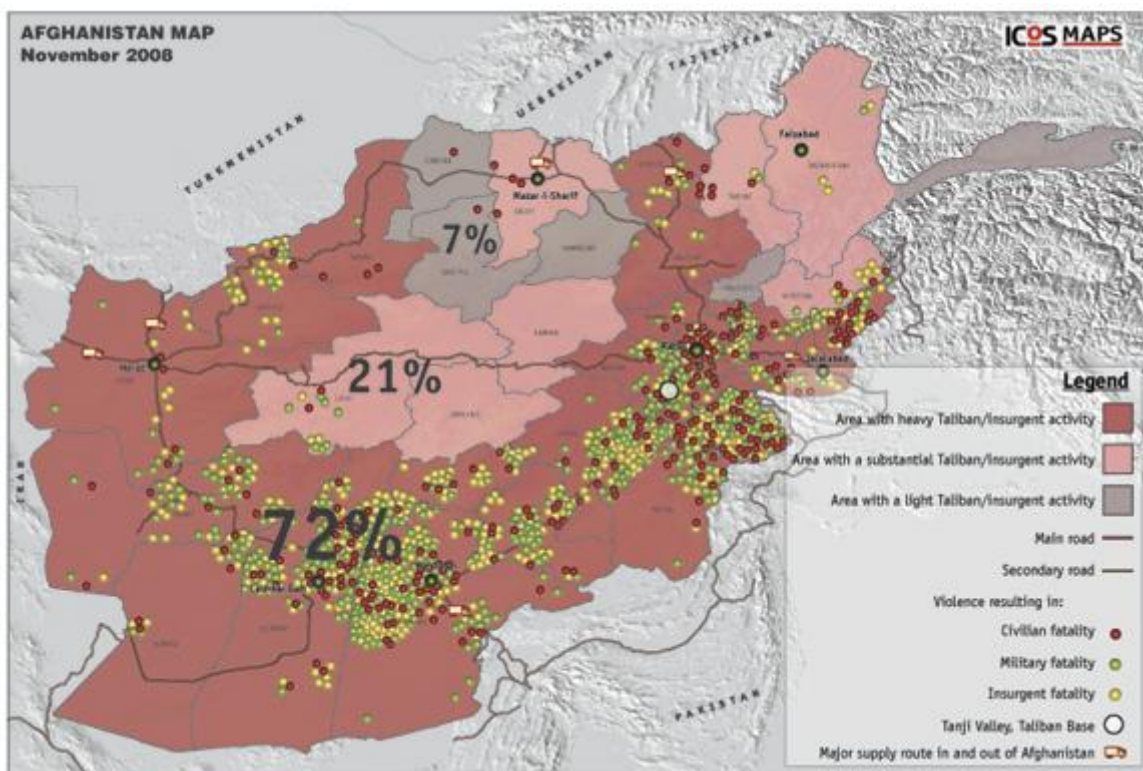


Abbildung 4: Präsenz der OMK²⁷³

Die OMK verwendet erneut eine asymmetrische Gewaltstrategie, die zudem stark auf die Medienmacht in den Staaten der Intervenierenden setzt. Die OMK weiß von der Legitimitätsschwäche der Intervenierenden bei deren Bevölkerung. Sie koordiniert die Anschlagsserien mit innenpolitischen Ereignissen in Afghanistan, wie die

²⁷⁰ Vgl. Ruttig, Thomas (2009a). S. 2

²⁷¹ Vgl. Ebd. S. 19f

²⁷² Vgl. Schetter, Conrad (2007a). S. 148

²⁷³ Vgl. ICOS Report (2008). S. 8

Ereignisse rund um die Präsidentschaftswahl im August 2009 zeigten, sowie mit jenen der NATO-Staaten. So kommt es zu vermehrten Gewaltaktionen in Afghanistan zu Zeiten von Wahlen und Mandatsverlängerungen in den Staaten der Intervenierenden.²⁷⁴

Die Reorganisation der Taliban in den Grenzgebieten zeigt die Dimension des regionalen Konflikts. Pakistan spielt eine ambivalente Rolle in diesem. In den afghanisch-pakistanischen Grenzgebieten konnten sich nicht nur die Taliban neu ordnen, auch Al-Q'aida konnte seine Ausbildungslager von Afghanistan nach Pakistan verlegen.²⁷⁵ Während die pakistanische Armee seit 2003 offiziell gegen die Taliban vorgeht, soll erneut der pakistanische Geheimdienst ISI das *operative Rückgrat*²⁷⁶ der Taliban sein. Pakistan fordert zudem offen die Einbindung der Taliban in das politische System. Das Motiv ist das Gleiche wie beim Aufbau der Taliban in den 1980er Jahren. So sollen die islamistischen Taliban ein Gegengewicht zu jenen paschtunischen Gruppierungen darstellen, die gegen die Anerkennung der Durand-Linie und gegen die territoriale Trennung der paschtunischen Stammesgebiete sind.²⁷⁷

Auch die Beziehung zu Iran ist problematisch. Das Verhältnis von Iran zu Afghanistan ist in erster Linie durch den iranisch/us-amerikanischen Konflikt geprägt. Die iranische Regierung fürchtet, dass die afghanische Regierung bereit wäre, militärische Anschläge der USA gegen Iran von Afghanistan aus zuzulassen. Iran engagiert sich zwar beim Wiederaufbau und bei der Drogenbekämpfung, hält aber zu allen politischen Strömungen in Afghanistan Kontakt und unterminiert damit die afghanische Regierung.²⁷⁸

5.1.2 Zivil-humanitäre Intervention

Das Engagement in der zivil-humanitären Intervention stand finanziell lange im Schatten der militärischen, der von Beginn an Priorität gegeben wurde. Wenn auch die zivil-humanitäre Intervention bislang nur unzureichend koordiniert wird und die Entwicklungs- und Wiederaufbaufortschritte hinter den Erwartungen der

²⁷⁴ Vgl. Maass, Citha D. (2008a). S. 20; vgl. Noetzel, Timo/Schreer, Benjamin (2008). S. 32

²⁷⁵ Vgl. Rubin, Barnett/Rashid, Ahmed (2008). S. 1

²⁷⁶ Schetter, Conrad (2007a). S. 144

²⁷⁷ Vgl. Wagner, Christian (2008) S. 67-69

²⁷⁸ Vgl. Reissner, Johannes (2008). S. 59

afghanischen Bevölkerung liegen, so kann diese Dimension zumindest teilweise Erfolge verzeichnen.²⁷⁹ Dank dem breiten Engagement der NGOs kann ganz Afghanistan im Gesundheitssektor eine Basisversorgung vorweisen.²⁸⁰ Die Wasser- und Lebensmittelknappheit ist aber nach wie vor dramatisch.²⁸¹

Im Bildungssektor konnten ebenso Fortschritte erzielt werden. 2002 wurde die Schulpflicht bis zur sechsten Klasse eingeführt. Siebzig Prozent der Schulen wurden im Krieg zerstört. Unterrichtet wird daher notdürftig in Baracken, denen oftmals sogar Sanitäreinrichtungen fehlen. Es fehlen mindestens 40.000 qualifizierte LehrerInnen, vor allem weibliches Personal. Viele Mädchen dürfen nur am Unterricht teilnehmen, wenn es Geschlechtertrennung gibt und eine Frau unterrichtet. Auch Buben können nicht immer am Schulunterricht teilnehmen, aufgrund der wirtschaftlichen Not der Eltern müssen auch sie einer Arbeit nachgehen. Von den Mädchen, die zur Grundschule gehen, besucht nur ein Prozent eine weiterführende Schule. Auch wenn die Eltern sowie viele der Stammes- oder Dorfältesten dem Schulbesuch von Mädchen gegenüber positiv eingestellt sind, sind die wenigen verfügbaren Plätze den Buben vorbehalten. Derzeit kann aufgrund fehlender Kapazitäten nur ein Drittel der schulpflichtigen Kinder aufgenommen werden.²⁸² Mädchenschulen stellen zudem eines der häufigsten Anschlägeziele der Taliban dar. In vielen Regionen ist ein Schulbesuch für Mädchen daher seit 2003 nicht mehr möglich.²⁸³

Da die für zivile Aufbauarbeit notwendigen administrative Strukturen fehlten, wurden die Geberstaaten sowie die NGOs trotz der oftmaligen Betonung des Paradigmas *afghan ownership* direkt aktiv. Dieses Vorgehen führte zu zwei Entwicklungen: Da die internationalen Organisationen bessere Gehälter als der afghanische Staat zahlen können, kommt es zu einem brain drain zu diesen.²⁸⁴ Der Regierung fehlen die gut ausgebildeten Mitarbeiter. Zudem etablierten die internationalen Organisationen, allen voran die UN, Parallelstrukturen zum afghanischen Staat durch ihre Niederlassungen, eigenen Fluglinien und Informations- und Sicherheitsstrukturen.

²⁷⁹ Vgl. Schetter, Conrad/Mielke, Katja (2008). S. 84f

²⁸⁰ Vgl. Maass, Citha. D. (2008a) S. 20

²⁸¹ Vgl. <http://www.cicr.org/web/eng/siteeng0.nsf/htmlall/afghanistan-update-160908?opendocument>

²⁸² Vgl. http://www.unicef.de/afghanistan-bildg_02.html; vgl. <http://www.afghan-aid.de/bildungswesen.htm>

²⁸³ Vgl. Bruch, Peer (2003).

²⁸⁴ Vgl. Schetter, Conrad (2007a). S. 139

Obwohl ein Quasi-Protektorat, ähnlich dem Modell im Irak, vermieden werden sollte, entwickelten sich die internationalen Organisationen für die lokale Elite zu einem gewichtigeren Partner als die afghanische Administration.²⁸⁵

Ein Problem stellt des weiteren der Missbrauch und die Intransparenz bei der Gründung afghanischer NGOs dar. Einige der NGOs, die seit 2001 gegründet wurden, wurden lediglich pro forma gebildet.²⁸⁶ Sie werden von einer Gruppe, Familie oder einem Clan geführt und lassen die Ressourcen nur ihrer eigenen Klientel zukommen. Dieses Vorgehen führte zu einem generellen Misstrauen der Bevölkerung gegenüber den neugebildeten afghanischen Entwicklungsorganisationen.²⁸⁷

Die zivil-militärische Zusammenarbeit in Form der PRTs verstärkt die Bedrohung für die zivilen Akteure. Nicht-staatliche Entwicklungshelfer genießen für gewöhnlich Schutz bei der Bevölkerung und können so auch in unsicheren Gebieten ihre Arbeit verrichten. Doch aufgrund der Kooperation einiger ziviler Aufbauhelfer mit Militärs verlieren sie ihren neutralen Status und sehen sich nun vermehrten Anschlägen gegenüber. Der ZMZ-Ansatz in Afghanistan hat folglich dazu geführt, dass viele NGOs aufgrund der sich verschlechternden Sicherheitslage das Land verlassen. Während die AfghanInnen also zunehmend unter dem dramatischen Bedrohungsszenario leiden, nimmt die humanitäre Hilfe ab.²⁸⁸

Das Wirtschaftssystem wird nach wie vor vom informellen Sektor dominiert, der achtzig bis neunzig Prozent der afghanischen Wirtschaftsleistung ausmacht.²⁸⁹ Der informelle Sektor besteht aus Drogenökonomie und Schmuggel, der von einfachen Konsumgütern bis zu jenem mit Menschen und Waffen reicht.²⁹⁰ Neben dem Mohnanbau steigt auch der Hanfanbau.²⁹¹ Im formellen Sektor konnten bislang Telekommunikation, Banken und das Bauwesen Erfolge verzeichnen. Die

²⁸⁵ Vgl. Schetter, Conrad/Mielke, Katja (2008). S. 85

²⁸⁶ Vgl. Schetter, Conrad (2007a). S. 145

²⁸⁷ Vgl. Schetter, Conrad/Mielke, Katja (2008). S. 86

²⁸⁸ Vgl. Hofmann, Claudia (2008). S. 49f, S. 54; vgl. Waldman, Matt (2008). S. 3

²⁸⁹ Vgl. Maass, Citha D. (2008a). S. 14

²⁹⁰ Vgl. Rubin et al. (2004). S. 8

²⁹¹ Vgl. Mielke, Katja (2009b). S. 231

Arbeitslosigkeit, die vor allem unter Jugendlichen groß ist, verschärft sich auch durch die vielen zurückkehrenden Flüchtlinge aus Pakistan und Iran.²⁹²

Die Gewinne, die aus legalen Wirtschaftstätigkeiten gemacht werden, hinken hinter denen des informellen Sektors zurück. Hinzu kommt, dass neben den zehn Prozent der Bevölkerung, die direkt in das Drogengeschäft verwickelt sind, aufgrund der Korruption auch die Spitzen des politischen Systems, darunter Gouverneure, Polizeichefs und Minister, davon profitieren und dieses somit stärken.²⁹³

Die ländliche Bevölkerung bleibt beim Drogenanbau, da andere Existenzgrundlagen nach wie vor fehlen. Beim Drogenanbau gibt es einen großen Unterschied zwischen Städten und der Peripherie. Einerseits gibt es in den Städten mehr alternative Berufsmöglichkeiten, andererseits hängt die Möglichkeit des Drogenanbaus stark von klimatischen Bedingungen ab.²⁹⁴ Die beiden Programme, die die wirtschaftlichen Lebensbedingungen mithilfe des formellen Wirtschaftssektors verbessern sollen, konnten dem bislang keine Alternative bieten. Das von der Weltbank finanzierte National Solidarity Program, NSP, vergibt in erster Linie Mikrofinanzkredite für Kleinbetriebe und Kleinprojekte.²⁹⁵ Das Programm Alternative Livelihood unterstützt Mohnbauern bei der Umstellung auf legale landwirtschaftliche Programme.²⁹⁶ Auch das DDR-Programm gab ehemaligen Kämpfern bis 2006 die Möglichkeit von beruflicher Reintegration und Ausbildung. Ferner wurde ihnen die Eingliederung in die Nationalarmee ermöglicht.²⁹⁷

²⁹² Vgl. Giustozzi, Antonio (2009). S. 1f

²⁹³ Vgl. Schetter, Conrad (2007a). S. 145f

²⁹⁴ Vgl. Mielke, Katja (2009b). S. 231-240

²⁹⁵ Vgl. Maass, Citha D. (2008a). S. 21

²⁹⁶ Vgl. A to Z Guide to Afghanistan Assistance (2009). S. 29

²⁹⁷ Vgl. Ebd. S. 18

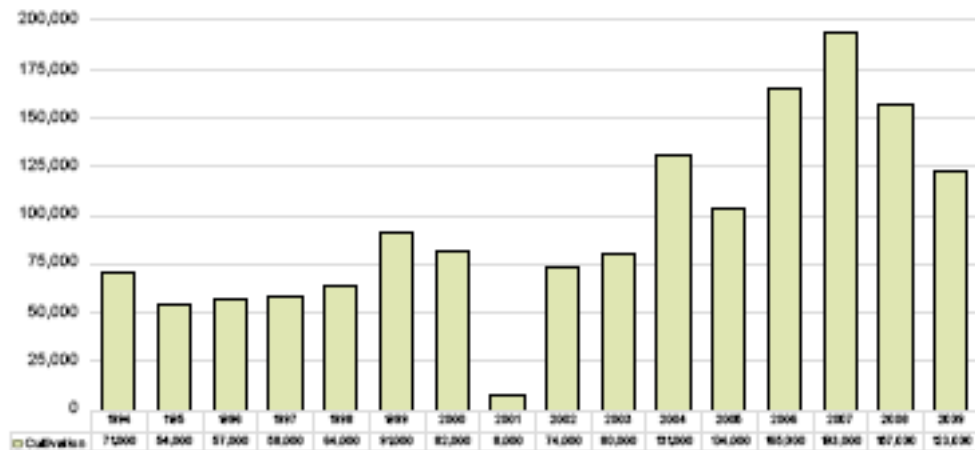


Abbildung 5: Opiumanbau in Hektar 1994-2009²⁹⁸

Trotzdem ist es bislang nicht gelungen die Drogenökonomie einzudämmen, wie Abbildung 5 zeigt. Im Gegenteil, die erneute Fragmentierung Afghanistans hat wieder Raum für alte Absatzmärkte eröffnet. Nach 2001 ist der Drogenanbau gestiegen und geht nach dem Höhepunkt 2007 langsam wieder zurück. Der Anbau ist dennoch höher als vor der Intervention.

Die instabile Sicherheitslage und die Drogenökonomie stärken sich gegenseitig. Das Anti-Drogenprogramm der Regierung beinhaltet die Erodierung der Mohnfelder und somit der Existenz der in der Landwirtschaft arbeitenden Bevölkerung, da alternative landwirtschaftliche Einkommensquellen nicht zeitgleich erschließbar sind. Die ländliche Bevölkerung wendet sich daher der OMK und den Drogenbaronen zu, die zudem auch als Kreditgeber auftreten.²⁹⁹ Die hohe Arbeitslosigkeit spielt der OMK in die Hände.³⁰⁰

Die instabile Sicherheitslage vertreibt zudem ausländische Investoren. Es fehlt qualifiziertes Fachpersonal, das im Sinne von *afghan ownership* den wirtschaftlichen Aufbau vorantreiben kann. Unternehmensgründungen werden auch aufgrund der Schwierigkeit, Genehmigungen ohne Bestechung zu erhalten, beeinträchtigt.³⁰¹ Der private Sektor wächst nur langsam, auch weil die dafür notwendigen Mittel wie

²⁹⁸ Vgl. http://www.unodc.org/documents/crop-monitoring/Afghanistan/Afghanistan_opium_survey_2009_summary.pdf

²⁹⁹ Vgl. Mielke, Katja (2009b). S. 231-240

³⁰⁰ Vgl. Ebd. S. 17

³⁰¹ Vgl. Maass, Citha D. (2008a). S. 17f

Elektrizität, Transport- und Telekommunikationsmöglichkeiten fehlen und der Zugang zu Finanzmitteln schwierig ist.³⁰²

Jene ehemaligen Kriegsherren, die in das politische System involviert sind, versuchen ihr politisches Kapital in ökonomisches umzuwandeln. Die Geschäfte gehen, neben Korruption und Ausstellung falscher Papiere, von Drogenhandel bis zum Aufbau von Sicherheitsfirmen und zur Monopolisierung von Handelsfirmen. Dies sichert ihnen ökonomische Macht, sollten sich die politischen Verhältnisse aufgrund des demokratischen Systems ändern. Dies trägt dazu bei, dass sich die breite Bevölkerung und andere ehemalige militante Gruppen vom wirtschaftlichen Aufschwung ausgeschlossen fühlen.³⁰³

5.1.3 Politische Intervention

Nachdem Hamid Karzai bereits im Juni 2002 von der Emergency Loya Jirga zum Präsident der Übergangsregierung ernannt worden war, wurde er durch die Präsidentschaftswahl vom 9. Oktober 2004 mit über 55 Prozent der Stimmen bestätigt.³⁰⁴ Am 18. September 2005 folgte die Parlamentswahl, mit der der Bonner Prozess abgeschlossen wurde. Rund um die Parlamentswahl kam es zu einer Anschlagswelle, auch ist es bei beiden Wahlen zu gravierenden Wahlfälschungen gekommen.³⁰⁵

Dem Bonner Abkommen folgte der Afghanistan Compact, der auf der London Konferenz im Januar 2006 beschlossen wurde. Der Afghanistan Compact ist eine politische Übereinkunft der afghanischen Regierung mit der Internationalen Gemeinschaft. Die afghanischen Institutionen sollen demnach weiter gestärkt werden, um die drei Querschnittsthemen, die in allen Strategiepapieren als Schwerpunkte ausgemacht werden, Sicherheit, Regierungsführung/Rechtsstaatlichkeit/Menschenrechte sowie wirtschaftliche und soziale Entwicklung, weiter voranzutreiben.³⁰⁶

Aufgrund der verschlechternden Sicherheitslage versuchte Karzai ab 2003 moderate Taliban für den politischen Prozess zu gewinnen. Die Taliban streben aber ein

³⁰² Vgl. The World Bank (2009). S. 12

³⁰³ Vgl. Maass, Citha D. (2008a). S. 21

³⁰⁴ Vgl. Schetter, Conrad (2007a). S. 138

³⁰⁵ Vgl. Ebd. S. 139

³⁰⁶ Vgl. Afghanistan Compact (2006).

gänzlich anderes politisches System an.³⁰⁷ 2008 wurden die Gespräche intensiviert, sie sind zugleich Teil der neuen Strategie der US-Administration unter Barack Obama.³⁰⁸

Patronage und Korruption innerhalb des politischen Systems, sowie die Integration von Kriegsherren und Drogenbaronen in dieses, diskreditierten Karzai rasch bei der Bevölkerung sowie der Internationalen Gemeinschaft. Zudem hat Karzai in der paschtunischen Elite nicht den Rückhalt, den die Internationale Gemeinschaft erwartet hatte. Das Unvermögen, das staatliche Gewaltmonopol auch außerhalb Kabuls zu etablieren, brachte ihm den spöttischen Beinamen *Bürgermeister von Kabul* ein.³⁰⁹

Neben Patronage und Korruption stellt der afghanische Partikularismus einen weiteren Problembereich im politischen System dar. Die heterogene Regierung blockiert sich gegenseitig, indem wichtige Ministerien nur ungenügend zusammenarbeiten. Alte Fehden und Machtansprüche hemmen das Funktionieren der Regierung. Aus sicherheitsstrategischen Gründen musste Karzai nicht nur auf eine ethnische und regionale Austarierung achten, sondern, wie erwähnt, auch ehemalige Kriegsherren und Islamisten für Regierungsämter berücksichtigen.³¹⁰

Am 20. August 2009 fand die zweite Präsidentschaftswahl seit dem Regime Change statt. Überschattet von massiven Wahlfälschungen und Diskussionen um eine Stichwahl wurde Hamid Karzai nach dem Rückzug seines Herausforderers Abdullah Abdullah am 2. November 2009 von der Independent Election Commission of Afghanistan zum Sieger der Wahl erklärt.³¹¹

5.2 Ebenen

Im folgenden werden die Entwicklungen der drei Ebenen Staat, Politische Gemeinschaft und Demokratie seit Beginn der Intervention untersucht.

³⁰⁷ Vgl. Schetter, Conrad/Mielke, Katja (2008). S. 78f

³⁰⁸ Vgl. Cremer, Uli (2009). S. 108

³⁰⁹ Vgl. Schetter, Conrad (2007a). S. 142f; vgl. Maass, Citha D. (2008a). S. 20

³¹⁰ Vgl. Schetter, Conrad (2007a). S. 141f

³¹¹ Vgl. Kriegschronik Afghanistan (08-09/2009); vgl.

<http://diepresse.com/home/politik/aussenpolitik/518924/index.do?from=suche.intern.portal>

5.2.1 Staat

Als politisches System wurde in der Verfassung 2004 ein Präsidialsystem verankert, der Großteil der Institutionen wurde aus der Vorkriegszeit übernommen.³¹² Die Islamische Republik Afghanistan wird von einer Zentralregierung regiert, die aus einem Präsidenten, zwei Vizepräsidenten und 26 MinisterInnen besteht.

Die Legislative besteht auf staatlicher Ebene aus einer Zweikammer-Nationalversammlung. Die subnationale Ebene besteht aus von der Bevölkerung gewählten Provinz-, Distrikt-, Stadt- und Dorfräten, sowie aus vom Präsidenten ernannten Gouverneuren, die den Provinzräten vorstehen, und Majoren. Der Präsident ernennt zudem seine MinisterInnen und die Mitglieder des Höchstgerichts. Die Nationalversammlung setzt sich aus dem Unterhaus, *Wolesi Jirga*, und dem Oberhaus, *Meshrano Jirga*, zusammen. Die 249 Mitglieder des Unterhauses werden von der afghanischen Bevölkerung für fünf Jahre gewählt. Die Sitze werden entsprechend den Bevölkerungsgrößen der Provinzen verteilt. 68 der 249 Sitze sind für Frauen, 10 für Vertreter der Nomadenbevölkerung reserviert.

Die 102 Mitglieder des Oberhaus werden zu einem Drittel vom Präsidenten ernannt und zu zwei Drittel vom Unterhaus und den Provinz- und Distrikträten gewählt.

Die Provinz- und Distriktadministrationen sind de jure nicht autonom, sie obliegen in ihren Entscheidungen der Zentralregierung. Tatsächlich haben aber aufgrund der alternativen Machtzentren einige Kriegsherren, Stammes- und Dorfälteste in den Provinzen und Distrikten de facto Entscheidungsmacht. Auch fehlen auf subnationaler Ebene noch zahlreiche administrative Institutionen.³¹³

Das staatliche Gewaltmonopol reicht kaum über Kabul hinaus. Macht- und Gewaltstrukturen sind in Afghanistan erneut fragmentiert. Wie in der Einleitung zu diesem Kapitel erwähnt, sind bereits in 72 Prozent von Afghanistan erneut OMK-Akteure aktiv bzw. haben sich erneut alternative Machtzentren verfestigt.

Die OMK kann auf mehrfache Unterstützung zählen. Sie erhält finanzielle Hilfe, die sie von interessierten Dritten, darunter in erster Linie von Pakistan, durch Steuereinnahmen oder durch wirtschaftliche Geschäfte im informellen Sektor, bezieht. Für diese Geschäfte kooperieren sie mit Akteuren des politischen Systems. Zudem kollaborieren immer mehr AfghanInnen mit der OMK. Die Bevölkerung lässt

³¹² Vgl. Ruttig, Thomas (2008). S. 17

³¹³ Vgl. A to Z Guide to Afghanistan Assistance (2009). S. 66-70

sich zum einen aufgrund ihrer wirtschaftlichen und sozialen Not mobilisieren, zum anderen treten Parteien der OMK, ähnlich wie im Bürgerkrieg, paradoxerweise als Sicherheitsproduzenten auf und geben der Bevölkerung Schutz, den der Staat nicht bieten kann.³¹⁴

Die Sicherheitssektorreform, die der Fragmentierung mithilfe des Aufbaus der Armee und der Polizei, sowie der Demilitarisierung entgegen steuern wollte, wurde nicht entsprechend umgesetzt.³¹⁵ Der Aufbau der afghanischen Sicherheitskräfte geht schleppend voran. Die Kooperation der Intervenierenden, allen voran die OEF, mit den Parteien der OMK auf lokaler Ebene, verfestigt die Gewaltstrukturen weiter. Auch die PRTs gehen aufgrund ihrer geringen Größe aus Selbstschutz auf diese Kooperationen ein. Der Preis für die kurzfristige Stabilität ist eine langfristige Instabilität, denn durch diese Kooperationen werden Milizen bei den Demilitarisierungsprogrammen verschont und ihnen vor den Augen der Bevölkerung Legitimität zugesprochen. Zum Staat alternative und konkurrierende Machtzentren können sich somit weiter festigen.³¹⁶

Laut dem Afghanistan Compact liegt der Sollwert bis 2010 bei 62.000 PolizistInnen, aufgrund der sich verschlechternden Sicherheitslage wurde diese Zahl auf 82.000 nachadaptiert.³¹⁷ Der Umsetzung stehen zahlreiche Probleme entgegen, die sich in niedrigen Rekrutierungszahlen widerspiegeln. Dem Polizeiwesen mangelt es an Ausstattung, die von der Bewaffnung bis zu Fahrzeugen und Kommunikationsmitteln reicht. Die Regierung rekrutierte für das Polizeiwesen auch lokale Milizen, die sich mehr an ihre eigenen Rechtsvorstellungen als an Rechtsstaatlichkeit halten. Aufgrund der schlechten Bezahlung, die für das Überleben einer Familie unzureichend ist, sind viele PolizistInnen in Korruption und Kriminalität verwickelt. Sie sind somit selbst mehr Teil des Sicherheitsproblems als Mittel zu dessen Lösung.

Für die Ausbildung von OffizierInnen gibt es eine Polizeiakademie in Kabul, für StreifenpolizistInnen, wenn überhaupt, nur einen Kurzlehrgang. Der Aufbau der ANP untersteht Deutschland in Kooperation mit der EU. Seit 2007 engagieren sich auch die USA für diesen, die PolizistInnen seitdem auch für die Beteiligung an der

³¹⁴ Vgl. Maass, Citha D. (2008a). S. 20

³¹⁵ Vgl. Schetter, Conrad (2007a). S. 140

³¹⁶ Vgl. Ruttig, Thomas (2009a). S. 1-5

³¹⁷ Vgl. A to Z Guide to Afghanistan Assistance (2009). S. 6

Aufstandsbekämpfung rekrutieren. Dies führt dazu, dass der Polizeidienst für die AfghanInnen unattraktiv bleibt.

Die Afghan National Auxiliary Police, ANAP, eine Art Hilfspolizei, die explizit zur Aufstandsbekämpfung von Karzai 2006 konzipiert wurde, erhält hingegen laufend Zuwachs. Zum einen bekommen diese PolizistInnen bereits nach zehn Tagen eine Waffe, zudem haben Taliban und Mitglieder illegaler Milizen durch die ANAP einen Weg gefunden ihrer Entwaffnung zu entgehen. Die ANAP, die zum Zweck der Aufstandsbekämpfung gegründet wurde, scheint gerade von dieser unterwandert zu werden.³¹⁸

2004 wurde die afghanische Verfassung verabschiedet. Sie kam als Kompromiss zwischen den heterogenen afghanischen Gruppen und der Internationalen Gemeinschaft zustande. Aufgrund des Machtausgleichs mit der klerikalen Elite wurde bewusst darauf geachtet, dass der Großteil der darin enthaltenden demokratischen Prinzipien in Einklang mit der Scharia steht. Afghanistan wurde zu einer Islamischen Republik.³¹⁹ Die Verfassung von 2004 ist stark an der Verfassung von 1964 angelehnt. Die Ähnlichkeit soll eine Identifikation mit dieser sicherstellen.³²⁰

Der Justizsektor kann bislang keinerlei Erfolge vorweisen. Das Nichtfunktionieren des Justizwesens spielt auf der lokalen Ebene den OMK-Parteien in die Hände, die durch Parteinahme und Streitschlichtung ihr Patronagesystem festigen.³²¹

Die Regierung kann aufgrund ihres nichtvorhandenen Gewaltmonopols, der geringen Akzeptanz bei der Bevölkerung³²² sowie der schlechten Wirtschaftssituation nur Teile Afghanistans steuerlich durchdringen. Circa neunzig Prozent der staatlichen Einnahmen werden von den Internationalen Gebern bereit gestellt.³²³ Mit rund einem Drittel ist die USA der größte Geber.³²⁴ Afghanistan bleibt daher weiterhin ein Rentierstaat.

³¹⁸ Vgl. Kempin, Ronja (2008). S. 37-40

³¹⁹ Vgl. Schetter, Conrad (2007a). S. 138; vgl. Maass, Citha D. (2008a). S. 16; vgl. The Constitution of Afghanistan (2004).

³²⁰ Vgl. Ruttig, Thomas (2008). S. 13

³²¹ Vgl. Maass, Citha D. (2008a). S. 20

³²² Vgl. Schetter, Conrad/Mielke, Katja (2008). S. 86

³²³ Vgl. Maass, Citha D. (2008a). S. 13

³²⁴ Vgl. Waldman, Matt (2008). S. 1

Die Taliban treiben gewaltsam Steuern ein. Sie besteuern zudem Drogen ebenso wie andere Schmuggelware, erheben religiöse Steuern und erpressen Schutzgeld von privaten Unternehmen und NGOs.³²⁵

5.2.2 Politische Gemeinschaft

Die traditionellen tribalen Bindungen erodieren seit 2002 weiter.³²⁶ Dies ist darauf zurückzuführen, dass die Qawms ihre Funktion als soziales und wirtschaftliches Ordnungssystem eingebüßt haben.³²⁷ Die noch bestehenden Bindungen existieren vor allem in der Peripherie. Aufgrund der schlechten wirtschaftlichen Bedingungen in den ländlichen Gebieten gibt es eine starke Migration in die Städte, wo sich diese Entwicklung fortsetzt. Insbesondere die junge Bevölkerung fällt zunehmend aus ihrer traditionellen gesellschaftlichen Einbettung und zeigt sich aktiv im Aufbau einer gesamtstaatlichen Zivilgesellschaft.³²⁸ Am Weg zu einer neuentfachten Identifikation mit dem afghanischen Staat und der Entstehung einer afghanischen Identität wirkt sich der Rückfall in Gewalt, Korruption und alte Patronagesysteme besonders negativ aus. Alte Solidaritätsnetzwerke lösen sich auf und die Bildung von neuen, gesamtstaatlichen werden durch die eben genannten Entwicklungen erschwert.

Ein Teil der Mobilisierung der Bevölkerung für den Widerstand erfolgt erneut über die Bedrohung des Islam. Der Islam ist für das tägliche Leben nach wie vor von großer Bedeutung. Aufgrund der negativen Erfahrungen mit der Legitimierung von Gewalt durch den Islam, steht der Großteil der Bevölkerung diesen politischen Mobilisierungsversuchen jedoch negativ gegenüber. Entscheidend für den Zulauf zur OMK ist vielmehr die nichtvorhandene Grundversorgung.³²⁹

Anstatt der Wiedereinführung der Wehrpflicht wurde ein Berufsheer gebildet. Dies lässt sich als Indikator für eine geringe Identifikation der Bürger mit dem Staat werten. Die Wehrpflicht könnte aber zu einer Identitätsbildung mit dem Gesamtterritorium beitragen.

Obwohl das Mediengesetz aufgrund des Widerstands der Jihadi-Führer noch nicht verabschiedet wurde, bildete sich mit ausländischer Hilfe eine beachtliche Medienlandschaft außerhalb alter Proporzstrukturen. So gibt es circa 400

³²⁵ Vgl. Ruttig, Thomas (2009a). S. 20f

³²⁶ Vgl. Khalatbari, Babak (2008). S. 1

³²⁷ Vgl. Ruttig, Thomas (2009a). S. 30

³²⁸ Vgl. Ruttig, Thomas (2008). S. 14f

³²⁹ Vgl. Ebd. S. 20f

Printmedien sowie private Radio- und Fernsehstationen. Die Jihadi-Führer versuchen zunehmend auch die Inhalte von Radio- und Fernsehprogrammen zu beeinflussen.³³⁰

5.2.3 Demokratisierung

Am Bonner Petersberg kamen Ende November 2001 gemeinsam mit Vertretern der Internationalen Gemeinschaft vier afghanische Gruppen für die Verhandlung eines Friedensprozesses zusammen. Die Gruppen nahmen für sich in Anspruch jeweils eine oder mehrere Volksgruppen und deren gemeinsame politische Vorstellungen zu repräsentieren. Die erste und, aufgrund der Involvierung in die Kriegsereignisse vom Herbst 2001 als Partner der USA, mächtigste Gruppe stellte die Nordallianz dar. Die Nordallianz bestand aus Mitgliedern der Usbeken, Tadschiken und Hazara. Ein Teil der Paschtunen wurde durch die Rom-Gruppe vertreten. Sie war eine Gruppe von Exilafghanen rund um den ehemaligen, vom kommunistischen Regime gestürzten König Zaher. Wie die Nordallianz stellte die Rom-Gruppe elf Delegierte bei der Internationalen Konferenz. Die Peschawar-Gruppe vertrat die Interessen der traditionellen paschtunischen Elite ebenso wie jene von Pakistan. Sie war mit drei Delegierten auf der Konferenz vertreten. Als Vierte war die Zybern-Gruppe anwesend, ihre drei Delegierten repräsentierten die afghanischen Hazara.³³¹ Ebenso anwesend waren fünf (pro-)demokratische Gruppen, darunter demokratische Bewegungen aus dem Untergrund, dem Exil und dem Stammessystem. Da sie nicht als Delegation zugelassen wurden, erhielten sie keine Beteiligung an der Übergangsregierung, die bis zur Präsidentschaftswahl 2004 im Amt war.³³² Die Taliban wurden als einzige Kriegspartei für den Bürgerkrieg verantwortlich gemacht und von der Konferenz und dem Demokratisierungsprozess ausgeschlossen.

Im Zuge zweier Loya Jirgas wurde die Übergangsregierung gebildet und die Verfassung entworfen, die nach der Angelobung der ersten gewählten Regierung 2004 verabschiedet wurde. Entsprechend ihrer Delegationsgröße in Bonn wurden die Ämter in der Übergangsregierung vergeben. Präsident Karzai, ein Paschtune, war ein Vertreter der Rom-Gruppe. Die Nordallianz konnte sich wichtige Ministerposten

³³⁰ Vgl. Ruttig, Thomas (2008). S. 20; vgl. <http://www.kabulnath.de/Deutsch/Hindukosch.html>

³³¹ Vgl. Schetter, Conrad (2007a). S. 137f; vgl. <http://www.ag-afghanistan.de/zeitt.htm>

³³² Vgl. Ruttig, Thomas (2008). S. 27

sichern, darunter das Außenministerium, das der zweite der Präsidentschaftswahl 2010, Abdullah Abdullah bis 2006 führte.

Im Vorfeld der Emergency Loya Jirga und der Constitutional Loya Jirga wurde die Bevölkerung in Konsultationen in den politischen Prozess eingebunden. Die Verfassung wurde schließlich jedoch abseits der Öffentlichkeit von Karzai und seinen Vertrauten der traditionellen Elite beschlossen.³³³ In der Constitutional Loya Jirga konnte Karzai mithilfe der Jihadi-Führer eine knappe paschtunische Mehrheit erzielen und so, auch nach Wunsch der USA, das zentralistische Präsidialsystem durchsetzen. Die anderen Delegierten scheiterten mit ihrer Forderung nach einem föderalen System.³³⁴

Die Präsidentschaftswahl vom 9. Oktober 2004 gewann Karzai mit über 55 Prozent der Stimmen. Dem afghanischen Präsidenten obliegt es gemäß der 2004 verabschiedeten Verfassung, die Wahlkommission, das Kabinett, die Provinzgouverneure sowie Distriktvorstehende zu ernennen. Die Ernennungen durch ihn erfolgten nach politischem und ethnischem Proporz.³³⁵

Am 18. September 2005 folgte die Parlaments- und die Provinzwahl. Als Wahlsystem wurde das Single Non-Transferable Vote ausgewählt. Nur jeweils ein(e) KandidatIn aus dem jeweiligen Provinzwahlkreis kann demzufolge gewählt werden. Unabhängige KandidatInnen werden in diesem Wahlsystem gestärkt und Parteien diskriminiert. Zudem fördert es, auch aufgrund der Einteilung der Wahlkreise nach Provinzen, dass KandidatInnen ins Parlament ziehen, die mehr ihren ethnischen, lokalen oder tribalen Anliegen verhaftet bleiben und gesamtstaatliche Agenden vernachlässigen.³³⁶

Im Unterhaus halten die ehemaligen Mudschaheddin mit 134 von 249 Abgeordneten die Mehrheit. Trotz des Ausschlusses von Parteien bei der Parlamentswahl 2005 konnten die Jihadi-Führer und ihre Gefolgschaften bei ihrem Wahlsieg auf die Unterstützung und Ressourcen ihrer Parteiapparate zählen. Ähnlich wie die anderen Abgeordneten, darunter weitere Kriegsherren, Drogenbarone und ehemalige Akteure des kommunistischen Regimes, errangen sie ihren Einzug ins Unterhaus durch

³³³ Vgl. Maass, Citha D. (2008a). S. 25f

³³⁴ Vgl. Ebd S. 25

³³⁵ Vgl. Ebd S. 25

³³⁶ Vgl. A to Z Guide to Afghanistan Assistance (2009). S. 73

Einschüchterung der WählerInnen und Gewaltanwendung gegenüber GegnerInnen. 35 Abgeordnete können als (pro)demokratisch bezeichnet werden.³³⁷ Trotz ihrer ähnlichen Vergangenheit und der gemeinsamen Ziele sind die 134 Mudschaheddin-Abgeordneten nicht zu einer festen Fraktion zusammengewachsen. Koalitionen im Unterhaus werden nur temporär gebildet.³³⁸

Für die Jihadi-Führer sind Islam und Demokratie unvereinbar.³³⁹ Aufgrund ihrer Aktivitäten im politischen System können sie die Demokratie von innen kontaminieren. Die Jihadi-Führer sind zudem im Jihadi-Rat vernetzt. Dieser ist ebenso wie der Oberste Rat der Ulema ein wichtiges inoffizielles Beratergremium des Präsidenten.³⁴⁰

Die Nordallianz agiert seit 2007 unter dem Namen Nationale Front, die neben ehemaligen Mudschaheddin nun auch ehemalige Kommunisten beinhaltet. Trotz ihrer Beteiligung am politischen System hat sie sich zum Hauptoppositionslager etabliert, die der paschtunischen Dominanz unter Präsident Karzai gegenüber steht.³⁴¹ Von den vier Fraktionen, die sich im Parlament, wenn auch locker, gebildet haben, stehen drei der Nationalen Front und eine dem Präsidenten nahe.³⁴²

Bei der Präsidentschaftswahl am 20. August 2009 erreichte der amtierende Präsident Karzai nach der Korrektur des vorläufigen Wahlergebnisses 49,7 Prozent der Stimmen. Zuvor war er mit 54,6 Prozent bereits zum Wahlsieger erklärt worden. Die Independent Election Commission musste aufgrund von innerafghanischem und internationalem Druck massive Wahlfälschungen bei der Wahl eingestehen. Zweiter der insgesamt 32 KandidatInnen wurde mit 30,6 Prozent der Stimmen Abdullah Abdullah, der früherer Außenminister, der der Nationalen Front nahesteht.³⁴³ Am 7. November 2009 sollte die Stichwahl zwischen Karzai und Abdullah stattfinden. Abdullah zog seine Kandidatur zurück, da er erneute Wahlfälschung bei der Stichwahl befürchtete. Nach dem Rückzug von Abdullah wurde Karzai von der IEC

³³⁷ Vgl. Khalatbari, Babak (2008). S. 1; Vgl. Wilder, Andrew (2005). S. 1

³³⁸ Vgl. Ruttig, Thomas (2008). S. 19

³³⁹ Vgl. Ebd. S. 18f

³⁴⁰ Vgl. Ebd. S. 19f

³⁴¹ Vgl. Ebd. S. 24

³⁴² Vgl. Ebd. S. 28f

³⁴³ Vgl. Ruttig, Thomas (2009c). S. 1

der Wahlsieg zugesprochen.³⁴⁴ Karzai konnte sich bei seiner Wiederwahl auf eine breitere Mobilisierungsmaschinerie als seine Gegner stützen. Wie erwähnt ernannt der afghanische Präsident Gouverneure in den Provinzen und Beamte auf Distriktebene.³⁴⁵ Auch konnte er bei der Wahl auf die Unterstützung der Kriegsherren und Kommandeure der alternativen Machtzentren zählen. Im Gegenzug setzte er einige auf seine Ministerliste, sie wurden jedoch vom Parlament – wohl eher aus Konkurrenz denn aus demokratischen Gründen – abgelehnt.³⁴⁶

Bislang fanden fünf Wahlen seit 2001 statt. Die zwei Präsidentschaftswahlen 2004 und 2009, die Parlamentswahl 2005 und zwei Provinzwahlen. Diese fanden 2005 im Zuge der Parlamentswahl und 2009 im Zuge der Präsidentschaftswahl statt. Distriktwahl konnte bislang noch keine abgehalten werden, soll aber zeitgleich mit der Parlamentswahl im Herbst 2010 durchgeführt werden. Die fünf Wahlen waren geprägt von Wahlbetrug, darunter Missbrauch bei der Wählerregistrierung, Druck militanter Gruppen auf die WählerInnen und Gewaltanwendung, Manipulation der Stimmzettel und Unterrepräsentation vieler Regionen.³⁴⁷ Von *formaler Legitimität (freie und faire Wahlen)* ist Afghanistan weit entfernt. Besonders umstritten ist dabei die Rolle der Independent Election Commission. Die Spitze der Kommission, die seit Ende 2005 alleine für die Vorbereitung, Durchführung und Überprüfung der Wahlen zuständig ist, wird vom Präsidenten ernannt.³⁴⁸ Die Wahlen 2004 und 2005 wurden gemeinsam mit UN-Vertretern durch den Joint Electoral Management Body überwacht. Die IEC muss sich bislang zu recht den Vorwurf gefallen lassen, bei den Wahlen parteiisch zu agieren,³⁴⁹ wie auch die Notwendigkeit der erneuten Stimmauszählung bei der Präsidentschaftswahl 2010 zeigt.

Zugang zum Parlament (Repräsentation) und Regierungsbeteiligung (Exekutivgewalt) ist für die breite Bevölkerung nur schwer möglich. Es bedarf dazu einerseits finanzieller Ressourcen sowie eines Mindestmaßes an Bildung, das die breite Bevölkerung, wie anhand der hohen Analphabetenzahl ersichtlich ist, nicht

³⁴⁴ Vgl. Mellenthin, Knut (2009).

³⁴⁵ Vgl. Giustozzi, Antonio (2009) S. 5

³⁴⁶ Vgl. Ruttig, Thomas (2010).

³⁴⁷ Vgl. Ruttig, Thomas (2009c). S. 1f

³⁴⁸ Vgl. A to Z Guide to Afghanistan Assistance (2009). S. 38; vgl. <http://www.iec.org.af/>

³⁴⁹ Vgl. Ruttig, Thomas (2009c). S. 2

vorweisen kann. Andererseits sind aufgrund der (Nach-) Kriegssituation jene Akteure im Vorteil, die sich auf einen starken Parteiapparat mit paramilitärischem Flügel für eine, oftmals gewaltsame, Mobilisierung von WählerInnen stützen können. Dies hat dazu geführt, dass die Legislative von alten Machthabern durchlaufen ist. Auch Karzai muss bei seinen Kabinettsbildungen aufgrund des nichtvorhandenen Gewaltmonopols des afghanischen Staats auf den Machtausgleich mit den Kommandeuren der alternativen Machtzentren achten.

Ein ähnliches Bild zeigt sich bei der *Politischen Oppositionstätigkeit (Legitimation)*. Die OMK konnte, wie bereits unter 5.1.1 ausgeführt, in den letzten Jahren wieder an militärischer und politischer Stärke gewinnen. Die Interessensallianz ist der stärkste Gegner der Regierung. Ein Teil von ihr, allen voran die verbliebenen vier Jihadi-Führer und ihre Mudschaheddin-Gefolgschaft, schaffte es, seine militärische Stärke in scheinbar demokratisch legitimierte umzumünzen, und hat Positionen in Exekutive und Legislative inne.³⁵⁰

Erschwert wird der *Zugang zum Parlament (Repräsentation)* zudem durch das SNTV-Wahlsystem. Da Parteien für den Bürgerkrieg verantwortlich gemacht worden waren, wurde ein Parteiensystem bis 2003 zurückgehalten. Bei den Parlaments- und Provinzwahlen 2005 wurden sie nicht zugelassen, die etwaige Parteimitgliedschaft der KandidatInnen durfte nicht auf den Stimmzetteln vermerkt werden.³⁵¹ Das Wahlsystem kann durch einen Parlamentsbeschluss geändert werden. Bei einer Debatte im Unterhaus 2008 bildete sich dafür keine Mehrheit. Das SNTV-Wahlsystem wird daher auch bei der Parlamentswahl 2010 zum Einsatz kommen. Allerdings dürfen nun Mitglieder einer Partei diese am Stimmzettel angeben.³⁵²

Der Großteil der Parteien hat noch immer militärische Flügel oder ist mit militanten Gruppen vernetzt. Nur wenige der 84 zugelassenen Parteien³⁵³ können als demokratisch bezeichnet werden.³⁵⁴ Diese haben im Vergleich zu den militanten Parteien wenig Ressourcen und können, anders als die im politischen System

³⁵⁰ Vgl. Ruttig, Thomas (2008). S. 27

³⁵¹ Vgl. Ebd. S. 26

³⁵² Vgl. A to Z Guide to Afghanistan Assistance (2009). S. 76

³⁵³ Vgl. <http://www.moj.gov.af/?lang=en&p=e16>

³⁵⁴ Vgl. A to Z Guide to Afghanistan Assistance (2009). S. 76

partizipierenden Parteien, auch keine staatlichen und externen Ressourcen generieren.³⁵⁵

Der Grad der *Politischen Beteiligung (Inkorporation)* der Bevölkerung lässt sich mithilfe der Wahlbeteiligung messen. Die fünf Wahlen verzeichnen einerseits aufgrund der Sicherheitslage, andererseits aufgrund der Enttäuschung der Bevölkerung vom bisherigen Demokratisierungsprozess, eine sinkende Wahlbeteiligung. Waren es bei der Präsidentschafts- und Provinzwahl 2004 noch circa 70 Prozent, konnte die Parlamentswahl 2005 lediglich 51,5 Prozent Wahlbeteiligung³⁵⁶ verzeichnen. Im August 2009 sank die Wahlbeteiligung auf 39,2 Prozent der registrierten Wählerstimmen.³⁵⁷ Zudem wurden bereits in Bonn (pro)-demokratische und zivilgesellschaftliche Gruppen geschwächt.³⁵⁸

Die afghanische Bevölkerung wählt in Wahlblöcken. Ein Block rund um Familie, Clan, ethnische oder tribale Gruppe entscheidet sich gemeinsam für den/die Kandidaten/Kandidatin, der/die geeignet erscheint, den größtmöglichen politischen und wirtschaftlichen Nutzen für die jeweilige Gruppe vom Staat zu generieren. Mehrheitlich sind dies KandidatInnen, die ihnen auch ethnisch oder tribal nahe stehen oder die von örtlichen Machthabern bestimmt werden. Die Klientelpolitik, die nun innerhalb des demokratischen Systems vorherrscht, stellt eine Fortsetzung der traditionellen Solidargemeinschaften dar. Als Vermittler zwischen den Blöcken und den KandidatInnen treten, anders als vor 2001, auch jüngere Männer auf, wie auch traditionelle Vermittler, Qawm-Älteste und Stammesführer.³⁵⁹

Als weiteres Element der *Input-Dimension der funktionalen Legitimität* sieht Schneckener die *Rekrutierung der Bevölkerung für die neuen staatlichen Institutionen aufgrund beruflicher Qualifikation*.³⁶⁰ Die Problematik des brain-drain zu den Internationalen Organisationen wurde bereits in 5.1.2 Zivil-humanitäre Intervention angesprochen. Dem Staatsapparat fehlen qualifizierte Staatsangestellte,

³⁵⁵ Vgl. Coburn, Noah/Larson, Anna (2009). S. 9; vgl. Ruttig, Thomas (2008). S. 27

³⁵⁶ Vgl. <http://www.jemb.org/pdf/JEMBS%20MGT%20Final%20Report%202005-12-12.pdf>

³⁵⁷ Vgl. <http://www.iec.org.af/results/Index.html>

³⁵⁸ Vgl. Ruttig, Thomas (2008). S. 27

³⁵⁹ Vgl. Coburn, Noah/Larson, Anna (2009). S. 7f

³⁶⁰ Vgl. Schneckener, Ulrich (2005). S. 35

die nicht aufgrund von Klientelstrukturen rekrutiert werden. Loyalitäten und Patronagestrukturen werden dadurch weiter institutionalisiert.³⁶¹

Zur *Output-Dimension der funktionalen Legitimität* gehört das umfassende Spektrum staatlicher Dienstleistungen, darunter Sicherheit, Armutsbekämpfung, Arbeitsbeschaffung, Anti-Korruptionsmaßnahmen und Steigerung der Effizienz des Staatsapparats.³⁶² Wie auch bereits in 5.1.2 Zivil-humanitäre Intervention ausgeführt, gelang es Karzai und seiner Administration nicht, für die gesamte Bevölkerung ausreichend Grunddienstleistungen zur Verfügung zu stellen. Zum einen hat der afghanische Staat nur geringe finanzielle Mittel zur Verfügung, zum anderen ist die afghanische Verwaltung zu schwach, die finanziellen Mittel in Allokationen umzuwandeln. Auch ist der ganze Staatsapparat von Patronagestrukturen und korrumpierten Beamten durchlaufen. Zur Sicherheitsproblematik sei auf 5.1.1 Militärische Intervention verwiesen.

*Die größte Herausforderung nach einem Regime Change ist die neue Machtverteilung und die Frage nach dem richtigen Umgang mit Kriegsakteuren und ihre Einbeziehung in den Prozess einer nicht-militanten politischen Konsensbildung.*³⁶³ Dass afghanische Kriegsherren nicht, wie nach anderen Kriegsbeendigungen, vor den Internationalen Gerichtshof in Den Haag gestellt wurden, resultiert in erster Linie daraus, dass sich die Kriegsereignisse seit 1978 nicht an einzelnen Tätern festmachen lassen.³⁶⁴ Die Internationale Gemeinschaft entschloss sich, die Taliban als einzige Kriegspartei aus dem politischen System auszuschließen. Andere ehemalige Kriegsherren wurden ebenso politisch rehabilitiert und in das neue politische System integriert wie viele Stammesführer und militante Islamführer.³⁶⁵ Besonders die Mudschaheddin-Parteien waren aufgrund des Bürgerkriegs bei der Bevölkerung verhasst. Dennoch wurde mit der Nordallianz kooperiert, um die Taliban zu beseitigen. Den Mudschaheddin wurden anschließend wichtige Staatsämter übergeben.³⁶⁶

³⁶¹ Vgl. Schetter, Conrad/Mielke, Katja (2008). S. 86

³⁶² Vgl. Schneckener, Ulrich (2005). S. 35f

³⁶³ Vgl. Ebd. S. 36

³⁶⁴ Vgl. Schetter, Conrad/Mielke, Katja (2008). S. 79

³⁶⁵ Vgl. Ebd. S. 78f; vgl. Maass, Citha D. (2008a). S. 16

³⁶⁶ Vgl. Ruttig, Thomas (2008). S. 5

Aufgrund der militärischen Stärke der Taliban sehen sich Karzai und die Intervenierenden zunehmend dazu gezwungen, mit ihnen Gespräche aufzunehmen und einen politischen Kompromiss zu finden. Dies soll mithilfe von Entmilitarisierungs- und Reintegrationsprogrammen gelingen.³⁶⁷ Hier wird zum einen eine genaue Evaluierung der bisherigen DDR-Programme gefordert sein. Denn gerade aufgrund deren Scheitern misslang die friedliche Einbeziehung früherer Gewaltakteure in den Prozess einer nicht-militanten politischen Konsensbildung. Zum anderen bleibt fraglich, ob eine politische Miteinbeziehung der Taliban und jener Teile der OMK, die ein gänzlich anderes politisches System anstreben, überhaupt in deren Interesse liegt.

Ebenso bedeutend wie der *Prozess einer nicht-militanten politischen Konsensbildung* ist das *Herauslösen von Eliten aus tribalen und ethnischen Patronagesystemen*.³⁶⁸

Insbesondere das Scheitern in der Output-Dimension der funktionalen Legitimität sowie das Wahlsystem tragen dazu bei, dass das politische System weiterhin von den traditionellen Patronagesystemen beherrscht wird. Das politische System setzt keine Anreize Patronagesysteme aufzubrechen. Gerade das Versagen der Regierung macht es für die Bevölkerung erneut notwendig, entweder auf ihr alten Solidaritätsnetzwerke zurückzugreifen oder Ressourcen von der OMK anzunehmen.

Auch die Gewaltenteilung kann ihre Funktion nicht erfüllen. Die Exekutive hat aufgrund der weitreichenden Kompetenzen des Präsidenten gegenüber der Legislative mehr politisches Gewicht. Am wenigsten kann die Judikative ihrer Verantwortung gerecht werden. Sie ist nur unzureichend und in wenigen Regionen ausgebaut. Ihre Aufgabe wird auf der lokalen Ebene von den OMK-Parteien übernommen, die dadurch eine weitere Stärkung erfahren.³⁶⁹

³⁶⁷ Vgl. http://www.bpb.de/themen/4G85UH,0,0,AfghanistanKonferenz_in_London.html

³⁶⁸ Vgl. Schneckener, Ulrich (2005). S. 36

³⁶⁹ Vgl. Maass, Citha D. (2008a). S. 20

6. Fazit

Ziel der Diplomarbeit war es, jene Faktoren darzulegen, die einer friedvollen Konstituierung des politischen Systems entgegen stehen. Es zeigte sich, dass sich die in Kapitel 4 als konfliktverschärfend ausgemachten Momente nicht geändert haben. Vielmehr stärkt das neue politische System genau jene Akteure und Strukturen, die durch die Intervention und den anschließenden Konstituierungsprozess eliminiert werden hätten sollen.

Bereits die afghanische Geschichte hat gelehrt, dass das Land nicht zentralistisch zu regieren ist. Schon in Kapitel 4 wurde deutlich, dass zum einen ein politisches System etabliert werden muss, indem die in Afghanistan vorherrschenden Partikularinteressen friedlich kanalisiert werden können. Zum anderen ist für einen friedvollen Konstituierungsprozess ein Ausgleich des Staats mit dem Stammessystem nötig.

Das in Bonn konzipierte politische System steht dem entgegen. Eine institutionell mächtige Exekutive in Form des Präsidenten regiert Afghanistan zentralistisch.

Bereits Stein Rokkan hat am Beispiel Belgiens die konfliktentschärfende Wirkung eines föderalistischen Systems in partikularistischen Staaten gezeigt. Föderale Strukturen könnten einerseits zu einer ethnischen, tribalen und lokalen Ausbalancierung beitragen, andererseits kann damit bei der Verteilung der Ressourcen und Allokationen auf die ungleichen Bedürfnisse der Bevölkerung auf subnationaler Ebene eingegangen werden. Auf dieser bieten sich, auch in Ermangelung an bisherigen Strukturen, stammesdemokratische Elemente³⁷⁰ in Verbindung mit den westlich geprägten Institutionen auf staatlicher Ebene an.

Einer Verbesserung bedarf es auch im Bereich der Judikative, die bislang nur unzureichend ausgebaut ist. Eine funktionierende Judikative schafft Erwartungssicherheit und würde gerade in einer Bevölkerung, die dreißig Jahre Kriegsgewalt und politische Willkür hinter sich hat, erheblich zu einer Identifikationsbildung mit dem Staat beitragen.

Die Intervention und die Demokratisierung haben nicht den erhofften Frieden in Afghanistan gebracht. Der Versuch der Internationalen Gemeinschaft den Krieg

³⁷⁰ Vgl. Ruttig, Thomas (2008). S. 25

mittels Intervention zu beenden, hat geradewegs in dessen weitere Eskalation gemündet. Er wurde für die AfghanInnen zu einem *Krieg, bei dem sie sich von denen, die sie eigentlich schützen sollten, nicht geschützt fühlen*.³⁷¹

Aufgrund der alternativen Machtzentren und der Aktivitäten der oppositionellen militanten Koalition gelang es nicht das staatliche Gewaltmonopol durchzusetzen. Auch die Entwaffnungs- und Reintegrations-Programme scheiterten. Afghanistan ist bis dato nicht viel mehr als eine bloße Fassadendemokratie, die großteils von antidemokratischen und militanten Kräften beherrscht wird.³⁷² Die politische Partizipation der breiten Bevölkerung wird durch die nunmehrige Verfestigung alter, militanter Strukturen sowie aufgrund des SNTV-Wahlsystems beeinträchtigt.

Noch immer spielen, entsprechend These 1, traditionelle, partikulare und charismatische Elemente, speziell in der Peripherie, eine vorherrschende Rolle bei der Reproduktion von Macht. Aufgrund des Kriegs und der Wahlmanipulationen konnten jedoch, wie unter 5.2.3 Demokratisierung gezeigt wurde, Teile der OMK ihre militärische Macht demokratisch legitimieren. Der Demokratisierungsprozess wird nun auch mit militärischen Mitteln entschieden.

Einen Anknüpfungspunkt in Richtung Frieden bietet das unterschiedliche Demokratieverständnis der Internationalen Gemeinschaft und der afghanischen Bevölkerung.

*Ordinary people do not consider matters of legitimacy and whether the election process is transparent; the things that are most important for them are peace, security and jobs.*³⁷³

Während die Internationale Gemeinschaft die Wahl 2009 erneut als Test (und somit als Scheitern) der Demokratie sah, ist sich die afghanische Bevölkerung des Prozesscharakters der Demokratisierung bewusst. Obwohl die Wahl 2009, ebenso wie die vorherigen, nicht annähernd als frei und fair bezeichnet werden konnte, geht niemand in Afghanistan davon aus, dass jemand mehr Stimmen als Karzai erringen hätte können. Für die afghanische Bevölkerung zählt die Output-Dimension der funktionalen Legitimität mehr als die formale Legitimität.³⁷⁴

³⁷¹ Vgl. Hinz, Thorsten (2009). S. 54f

³⁷² Vgl. Ruttig, Thomas (2008). S. 30

³⁷³ Lehrer aus Kabul. Zitiert nach: Coburn, Noah (2009). S. 3

³⁷⁴ Vgl. Coburn, Noah (2009). S. 3

Bislang ist es der afghanischen Administration nicht gelungen, ausreichend Basisdienstleistungen, darunter wirtschaftliche Ressourcen, Sicherheit und Arbeitsplätze, herzustellen. Anders als die OMK hat sie es nicht geschafft, von der Auflösung tribaler Bindungen zu profitieren. Der Output-Dimension der funktionalen Legitimität muss daher rasch Priorität eingeräumt und dem afghanischen Staat Hilfestellung geboten werden, damit dieser die Basisdienstleistungen herstellen kann. Trotz der Paradigmen *afghan ownership* und *light footprint* ist eine massive Einflussnahme der Intervenierenden in allen Bereichen zu beobachten. Erfolge sollten aber gerade eine positive Affinität mit dem afghanischen Staat hervorrufen und nicht mit den Parallelstrukturen der Intervenierenden.

Obwohl seit Beginn der Intervention die Ausgaben der militärischen Intervention jene der humanitären übersteigen, verschlechtert sich die Sicherheitslage rapide. Gestärkt gehören in erster Linie die innerafghanischen Sicherheitsstrukturen. Denn die Internationale Gemeinschaft muss sich vor Augen halten, welche integrative Ideologie in Afghanistan stets Tradition hatte: Der Kampf gegen einen gemeinsamen äußeren Feind.

Zu deren Stärkung ist zum einen eine höhere Entlohnung der ANP und ANA nötig. Solange die afghanischen Sicherheitskräfte nicht von ihrem Beruf leben können, bleiben sie offen für Korruption und Angeboten von Seiten der OMK. Zum anderen darf ihre Legitimität nicht durch Kompromisse mit den Aufständischen, wie sie auch von OEF- und ISAF-Einheiten praktiziert werden, verloren gehen. Besonders die Unterwanderung der neu zur Aufstandsbekämpfung gegründeten Afghan National Auxiliary Police durch die OMK zeigt deutlich den Preis kurzfristiger Stabilisierungsversuche. Es steht zu befürchten, dass die OMK mit der ANAP ein weiteres Instrument zur Kontamination des Aufbauprozesses gefunden hat.

Die Internationale Gemeinschaft muss sich ihrer Ankerfunktion bei der Konstituierung bewusst werden, insbesondere die USA. Bereits zweimal hatte sie in Afghanistans jüngerer Geschichte eine unglückliche Rolle inne. 1989 bei der Einstellung finanzieller Hilfe, sowie bei der anfänglichen Unterstützung der Taliban in den 1990er Jahren. Die Erwartungen auf einen schnellen Erfolg müssen zurückgeschraubt und ein langer Atem jenseits des auf der Londoner Afghanistan Konferenz genannten Zeitpunkts – der internationale Truppenabzug soll bereits 2011 beginnen – bewiesen

werden. Vor allem muss eingesehen werden, dass kurzfristige Sicherheits- und Stabilisierungsinteressen mit der Demokratie unvereinbar sind. Zudem sollte mehr auf den Kontext des Demokratisierungsprozesses geachtet werden in einem Land, indem andere herrschaftliche und gesellschaftliche Logiken wirken als im Westen. Schließlich geht es um dessen Legitimität und Etablierung bei der afghanischen Bevölkerung.

Bereits in Bonn wurden sowohl der Staats- wie der Demokratieaufbau gestartet, obwohl de facto bis 2006 der militärischen Intervention Vorrang eingeräumt wurde. Afghanistan wurde zu einer Demokratie noch bevor Grundzüge der Staatlichkeit etabliert waren. Bis dato fehlt auf staatlicher Ebene das Gewaltmonopol. Es steht auch einem funktionierenden Steuersystem entgegen, die finanzielle Abhängigkeit von ausländischen Gebern wird noch Jahrzehnte gegeben sein. Die niedrige Steuerquote ist zudem ein Indikator für die schwache Legitimität des Staats bei der Bevölkerung. Da der Konstituierungsprozess zeitgleich Staat, Nation/politische Gemeinschaft und Demokratie hervorbringen sollte, konnte weder die Demokratisierung (These 2) noch eine der anderen Ebenen eine integrative, friedensstiftende Wirkung erzielen.

Bislang sind, trotz der mehrheitlichen Befürwortung des Regime Change durch die Bevölkerung, nur wenig Anzeichen einer afghanischen Nation/politischen Gemeinschaft erkennbar. Nationalstaatliche Agenden von Parteien und zivilgesellschaftlichen Gruppen sind ebenso in der Minderheit wie AfghanInnen, die ein Bewusstsein/eine Identität mit dem Territorialsystem entwickelt haben.

Unterschätzt wurden sowohl der Prozesscharakter der Ebenen sowie auch die konfliktverschärfende Komponente der Machtumverteilung. Ist kein Gemeinschaftsgefühl oder Bewusstsein mit dem Territorialsystem vorhanden, werden die vorherrschenden Konflikte nun innerhalb des demokratischen Systems wirksam.

7. Anhang

7.1 *Daten Afghanistan*³⁷⁵



Abbildung 6: Flagge Afghanistan³⁷⁶

Geographische Lage:	Zentralasien
Fläche:	652.225 km ²
Einwohner:	26.088.000
Einwohner/km ² :	40
Stadteinwohner:	22,9%
Staats- und Regierungsform:	Islamische Republik, Präsidiale Demokratie
Staatspräsident/Regierungschef:	Hamid Karzai
Verwaltung:	34 Provinzen
Unabhängigkeit:	8.8.1919/Vertrag von Rawalpindi
Hauptstadt:	Kabul
Amtssprachen:	Paschtu, Dari
Religion:	99% Muslime (84% Sunniten und 15% Schiiten)
Währung:	Afghani
Lebenserwartung:	42,9
Alphabetenrate Frauen:	12,6%
Alphabetenrate Männer:	43,1%
Jugendalphabetenrate:	34,3%
Geburtenrate/Frau:	6,6

³⁷⁵ Vgl. Human Development Report (2007/2008).; vgl. Der Fischer Weltalmanach (2009). S. 44

³⁷⁶ Vgl. <http://www.nationalflaggen.de/flagge-afghanistan.html>

7.2 Verzeichnisse/Quellen

7.2.1 Bibliographie

Anderson, Benedict (1988). Die Erfindung der Nation. Zur Karriere eines folgenreichen Konzepts, Frankfurt/New York.

Baberowski, Jörg (2009). Afghanistan als Objekt britischer und russischer Fremdherrschaft im 19. Jahrhundert, in: Chiari, Bernhard (Hg.): Wegweiser zur Geschichte. Afghanistan, Paderborn/München/Wien/Zürich, 27-35.

Baraki, Matin (2009). Militarisierung der deutschen Außenpolitik am Hindukusch. Interview, in: Friedens Journal, September 2009/Nr. 5, S. 9f.

Bourdieu, Pierre (1998). Praktische Vernunft. Zur Theorie des Handelns, Frankfurt am Main.

Brzoska, Michael/Ehrhart, Hans-Georg (2009). Kriegsbeendigung in Afghanistan? Konsequenzen für das deutsche Engagement, in: Hippler, Jochen/Fröhlich, Christiane/Johannsen, Margret/Schoch, Bruno/Heinemann-Grüder, Andreas (Hg.). Friedensgutachten 2009, Berlin, 60-72.

Chiari, Bernhard (Hg.) (2009). Wegweiser zur Geschichte. Afghanistan, Paderborn/München/Wien/Zürich, 3. erweiterte Auflage.

Chiari, Bernhard (2009a). Der sowjetische Einmarsch in Afghanistan und die Besatzung von 1979 bis 1989, in: Chiari, Bernhard (Hg.): Wegweiser zur Geschichte. Afghanistan, Paderborn/München/Wien/Zürich, 61-74.

Chiari, Bernhard (2009b). Aspekte von Sicherheit: Die Lage in Afghanistan und den pakistanischen Grenzgebieten zum Jahresende 2008, in: Chiari, Bernhard (Hg.): Wegweiser zur Geschichte. Afghanistan, Paderborn/München/Wien/Zürich, 101-121.

Chomsky, Noam (2006). Failed States. The Abuse of Power and the Assault on Democracy, New York.

Cremer, Uli (2009). Neue NATO: die ersten Kriege. Vom Militär- zum Kriegspakt, Hamburg.

Daxner, Michael/**Free**, Jan H./**Schüßler**, Maïke/**Thiele**, Ursula (2007). Staatsgründungskrieg und Heimatdiskurs: Afghanistan – und die Grundlagen und Probleme humanitärer Interventionen, in: Kommune. Forum für Politik, Ökonomie und Kultur, 25 (6), 62-81.

Der Fischer Weltalmanach (2009). Zahlen-Daten-Fakten, Frankfurt am Main.

Dorransoro, Gilles (1999). Afghanistan: Von Solidaritätsnetzwerken zu regionalen Räumen, in: Jean, François/Rufin, Jean-Christophe (Hg.). Ökonomie der Bürgerkriege, Hamburg, 121-154.

Elias, Norbert (1988). Über den Prozess der Zivilisation. Soziogenetische und psychogenetische Untersuchungen. Zweiter Band, Frankfurt am Main.

Epping, Volker (2008). Völkerrechtliche Aspekte der Wiederherstellung von Staatlichkeit in Nachkonfliktgesellschaften: Was können multilaterale Friedensmissionen beim Wiederaufbau staatlicher Strukturen in Krisengebieten leisten?, in: Die Friedens-Warte, 83 (1), 25-43.

Foreign Affairs. November/December 2008, Volume 87 (6), Tampa.

Friedens Journal. Mehr Aufrüstung für mehr Kriege? September 2009/Nr. 5.

Fukuyama, Francis (2004). Staaten bauen: Die neue Herausforderung internationaler Politik, Berlin.

Geis, Anna (Hg.) (2006). Den Krieg überdenken. Kriegsbegriffe und Kriegstheorien in der Kontroverse, Baden-Baden.

Geopolitics, 2005, Volume 10 (1), Essex.

Giustozzi, Antonio (2000). War, Politics, and Society in Afghanistan 1978-1992, London.

Glatzer, Bernt (2001). War and Boundaries in Afghanistan: Significance and Relativity of Local and Social Boundaries, in: Welt des Islams, 41 (3), S. 379-399.

Hinz, Thorsten (2009). Afghanistan – Die Dialektik eines prominenten Diskurses, in: Wissenschaft und Frieden, 2/2009, S. 53-56.

Hippler, Jochen/**Fröhlich**, Christiane/**Johannsen**, Margret/**Schoch**, Bruno/**Heinemann-Grüder**, Andreas (Hg.) (2009). Friedensgutachten 2009, Berlin.

Hobsbawm, Eric J. (2004). Nationen und Nationalismus. Mythos und Realität seit 1780, Frankfurt/New York.

Hosiner, Christian (2003). Erfolgsbestimmende Faktoren für das Nation-Building der UNO nach dem Kalten Krieg, Wien.

Huber, Judith (2009). Eine Frage der Ehre: Rollenbilder von Frauen und Männern in Afghanistan, in: Chiari, Bernhard (Hg.): Wegweiser zur Geschichte. Afghanistan, Paderborn/München/Wien/Zürich, 213-219.

Jean, François/**Rufin**, Jean-Christophe (Hg.) (1999). Ökonomie der Bürgerkriege, Hamburg.

Kaldor, Mary (2007). Neue und alte Kriege. Organisierte Gewalt im Zeitalter der Globalisierung, Frankfurt am Main.

Kommune. Forum für Politik, Ökonomie, Kultur, 2007 (6), Frankfurt am Main.

Kreutzmann, Hermann (2009). Traditionelle Wirtschaftsformen: Landwirtschaft und Nomadismus, in: Chiari, Bernhard (Hg.): Wegweiser zur Geschichte. Afghanistan, Paderborn/München/Wien/Zürich, 221-229.

Lanik, Monika (2009). Lokale Herrscher: Das Beispiel paschtunischer Khane, in: Chiari, Bernhard (Hg.): Wegweiser zur Geschichte. Afghanistan, Paderborn/München/Wien/Zürich, 139-145.

Langewiesche, Dieter (2004). Nachwort zur Neuauflage. Eric J. Hobsbawms Blick auf Nationen, Nationalismus und Nationalstaaten, in: Hobsbawm, Eric J.: Nationen und Nationalismus. Mythos und Realität seit 1780, Frankfurt/New York, 225-241.

Meyer, Armin/**Seiber**, Gerd/**Wendelberger**, Erhard (Hg.) (1969). Enzyklopädie 2000. Band 1, Stuttgart.

Mielke, Katja (2009a). Der afghanische Bürgerkrieg, in: Chiari, Bernhard (Hg.): Wegweiser zur Geschichte. Afghanistan, Paderborn/München/Wien/Zürich, 75-82.

Mielke, Katja (2009b). Opium als Wirtschaftsmotor: Drogenökonomie ohne Alternativen?, in: Chiari, Bernhard (Hg.): Wegweiser zur Geschichte. Afghanistan, Paderborn/München/Wien/Zürich, 231-241.

Neu, Alexander (2009). NATO first – UNO ade!?, in: Wissenschaft und Frieden, 1/2009,

Nölle-Karimi, Christine (2009). Die Tradition der „Loya Dschirga“: Herrschaftsstrukturen und Staatlichkeit, in: Chiari, Bernhard (Hg.): Wegweiser zur Geschichte. Afghanistan, Paderborn/München/Wien/Zürich, 133-137.

Nohlen, Dieter/**Schultze**, Rainer-Olaf (Hg.) (2004). Lexikon der Politikwissenschaft, München.

Novaria Verlag GmbH & Co. KG/Verlag Kister AG (Hg.) (1972). Weltreise. Alles über alle Länder unserer Erde. Sechster Band. Vorderasien.

Orywal, Erwin (2009). Krieg und Kampf in Afghanistan, in: Chiari, Bernhard (Hg.): Wegweiser zur Geschichte. Afghanistan, Paderborn/München/Wien/Zürich, 183-192.

Politik und Zeitgeschichte. Beilage zu: Das Parlament, 2007 (39), Bonn.

Rashid, Ahmed (2001). Taliban. Afghanistans Gotteskrieger und der Dschihad, München.

Rittberger, Volker/**Tomuschat**, Christian (Hg.) (2008). Die Friedens-Warte. Frieden durch Staatlichkeit? Berlin, 83 (1).

Rittberger, Volker/**Tomuschat**, Christian (Hg.) (2008). Die Friedens-Warte. Friedenskonsolidierung in Nachkriegsgesellschaften. Berlin, 80 (1-2).

Rokkan, Stein (2000). Staat, Nation und Demokratie in Europa, Frankfurt am Main.

Rotberg, Robert I. (2003). State Failure and State Weakness in a Time of Terror, Washington D.C.

Rubin, Barnett (2002). The Fragmentation of Afghanistan, New Haven/London, 2. überarbeitete Auflage.

Rubin, Barnett R./**Rashid**, Ahmed (2008). From Great Game to Grand Bargain: Ending Chaos in Afghanistan and Pakistan, in: Foreign Affairs, November/December 2008.

Rzehak, Lutz (2009a). Facetten des Islams in Afghanistan, in: Chiari, Bernhard (Hg.): Wegweiser zur Geschichte. Afghanistan, Paderborn/München/Wien/Zürich, 169-181.

Rzehak Lutz (2009b). Mündliche Tradierung von Geschichte, in: Chiari, Bernhard (Hg.): Wegweiser zur Geschichte. Afghanistan, Paderborn/München/Wien/Zürich, 193-201.

Schetter, Conrad (2005). Ethnoscapes, National Territorialisation, and the Afghan War. *Geopolitics*, 10 (1), 50-75.

Schetter, Conrad (2007a). *Kleine Geschichte Afghanistan*, München, 2., aktualisierte Auflage.

Schetter, Conrad (2007b). Lokale Macht- und Gewaltstrukturen in Afghanistan, in: *Politik- und Zeitgeschichte*, 2007 (39), S. 3-10.

Schetter, Conrad (2008). Talibanistan oder das Ende der staatlichen Ordnung. *Wissenschaft und Frieden*, 2008/3, 22-25.

Schetter, Conrad (2009). Die Anfänge Afghanistan, in: Chiari, Bernhard (Hg.): *Wegweiser zur Geschichte. Afghanistan*, Paderborn/München/Wien/Zürich, 19-25.

Schetter, Conrad/**Mielke**, Katja (2008). Staatlichkeit und Intervention in Afghanistan, in: *Die Friedens-Warte*, 83 (1), 71-96.

Schlagintweit, Reinhard (2009). Afghanistan als Staat im 20. Jahrhundert, in: Chiari, Bernhard (Hg.): *Wegweiser zur Geschichte. Afghanistan*, Paderborn/München/Wien/Zürich, 37-47.

Schneckener, Ulrich (2005). Frieden Machen: Peacebuilding und Peacebuilder, in: *Die Friedens-Warte*, 80 (1-2), 17-39.

Schneckener, Ulrich (Hg.) (2006). *Fragile Staatlichkeit. „States at Risk“ zwischen Stabilität und Scheitern*, Baden-Baden.

Weber, Eugen (1977). *Making Peasants into Frenchmen: The Modernization of Rural France 1870-1914*, London.

Welt des Islams (2001). Volume 41 (3), Bochum.

Wimmer, Hannes (2009). *Gewalt und das Gewaltmonopol des Staates*, Wien.

Wissenschaft und Frieden. Religion als Konfliktfaktor, 2008 (3), Bonn.

Wissenschaft und Frieden. 60 Jahre NATO, 2009 (1), Bonn.

Wissenschaft und Frieden. Ressourcen: Ausbeutung, Krieg, Elend, 2009 (2), Bonn.

Wissenschaft und Frieden. Okkupation des Zivilen, 2009 (3), Bonn.

Zangl, Bernhard/Zürn, Michael (2003). Frieden und Krieg. Sicherheit in der nationalen und postnationalen Konstellation, Frankfurt am Main.

7.2.2 Internetquellen

Afghan-Aid. Erziehung und Bildung in Afghanistan. Abgerufen unter:
<http://www.afghan-aid.de/bildungswesen.htm> [2009-09-02]

Afghanistan Analysis Network (2009). Polling Day Fraud in the Afghan Elections. Abgerufen unter: <http://aan-afghanistan.com/uploads/20090903pollingfraud.pdf> [2009-11-01]

Afghanistan Compact (2006). Abgerufen unter:
<http://unama.unmissions.org/Portals/UNAMA/Documents/AfghanistanCompact-English.pdf> [2009-09-06]

Afghanistan Research and Evaluation Unit (2009). The A to Z Guide to Afghanistan Assistance. Abgerufen unter:
http://www.areu.org.af/index.php?option=com_content&task=view&id=13&Itemid=17 [2009-07-05]

Arbeitsgemeinschaft für Kriegsursachenforschung/Universität Hamburg. Kriegsdefinitionen. Abgerufen unter: http://www.sozialwiss.uni-hamburg.de/publish/lpw/Akuf/kriege_aktuell.htm#Def [2009-11-02]

BBC News. Afghanistan joins mobile age. Abgerufen unter:
<http://news.bbc.co.uk/2/hi/science/nature/1827993.stm> [2009-09-10]

Brahimi, Lakhdar. Abgerufen unter:
<http://www.unis.unvienna.org/unis/pressrels/2002/sc7295.html> [2009-07-05]

Bräunig, Alexander/Burmeister, Christina (2007). Friedenssicherung II, S. 1.
Abgerufen unter: http://staff-www.uni-marburg.de/~vonbredo/pdf/22-05-07_UNO-Reform.pdf [2009-07-01]

Bruch, Peer (2003). Attacken auf Mädchenschulen in Afghanistan. Abgerufen unter:
<http://www.suedasien.info/nachrichten/927> [2009-09-12]

Coburn, Noah (2009). Losing legitimacy? Some Afghan Views on the Government, the International Community, and the 2009 elections. Abgerufen unter:
http://www.areu.org.af/index.php?option=com_content&task=view&id=39&Itemid=73
[2010-02-02]

Coburn, Noah/Larson, Anna (2009). Voting together. Why Afghanistan's 2009 Elections were (and were not) a Disaster. Abgerufen unter:
http://www.areu.org.af/index.php?option=com_content&task=view&id=39&Itemid=73
[2010-02-02]

Daxner, Michael (2009). Afghanistan: Graveyard of Good Intent. Abgerufen unter:
<http://www.mitpressjournals.org/doi/abs/10.1162/wopj.2009.26.2.13>

Department of Peace and Conflict Research/Universität Uppsala. Definitions of armed conflicts. Abgerufen unter:
http://www.pcr.uu.se/research/UCDP/data_and_publications/definition_of_armed_conflict.htm [2009-10-20]

Die Presse. Hamid Karzai ist neuer Präsident von Afghanistan. Abgerufen unter:
<http://diepresse.com/home/politik/aussenpolitik/518924/index.do?from=suche.intern.portal> [2009-11-09]

Giustozzi, Antonio (2008). Afghanistan: transition without an end: an analytical narrative of Afghanistan. Crisis states papers series, 40 (2), London. Abgerufen unter:

<http://eprints.lse.ac.uk/22938/1/wp40.2.pdf> [2009-05-01]

Giustozzi, Antonio (2009). Afghanistan: Getting worse before getting better? Abgerufen unter: <http://www.unhcr.org/refworld/pdfid/4a9797572.pdf> [2010-02-15]

Harsch, Michael F./**Mullen**, Rani D. (2009). Afghanistan's Legitimacy Crisis. Abgerufen unter: <http://www.isn.ethz.ch/isn/Current-Affairs/Security-Watch/Detail/?lng=en&id=106239>

Heupel, Monika/**Zangl**, Bernhard (2003). Die empirische Realität des „neuen Krieges“. In IIS Arbeitspapier 27, Bremen. Abgerufen unter: <http://www.iniis.uni-bremen.de/> [2008-12-20]

Hilfe für Afghanistan e.V. Abgerufen unter: <http://www.afger.org/afghan.html> [2009-04-03]

Hippler, Jochen (Hg.) (2003). Nation-Building – Ein Schlüsselkonzept für friedliche Konfliktbearbeitung? Bonn. Abgerufen unter: <http://www.jochen-hippler.de/Bucher/NB-Buch/nb-buch.html> [2008-12-20]

Hippler, Jochen (2003). Gewaltkonflikte, Konfliktprävention und Nationenbildung - Hintergründe eines politischen Konzepts, in: Hippler, Jochen (Hg.). Nation-Building – Ein Schlüsselkonzept für friedliche Konfliktbearbeitung? Bonn. Abgerufen unter: <http://www.jochen-hippler.de/Bucher/NB-Buch/nb-buch.html> [2008-12-20]

Hofmann, Claudia (2008). Das Problem der Sicherheit für NGOs in Afghanistan, in: Schmidt, Peter (Hg.). Das internationale Engagement in Afghanistan. Strategien, Perspektiven, Konsequenzen, SWP-Studie, Berlin, 49-55. Abgerufen unter: http://www.swp-berlin.org/produkte/swp_studie.php?id=9407&PHPSESSID=3971c10ab22b3068be234b3f2691b4b3 [2009-08-01]

Human Development Report (2007/2008). Abgerufen unter:

http://hdrstats.undp.org/en/countries/data_sheets/cty_ds_AFG.html [2009-08-24]

Human Rights Watch (2008). Afghanistan. 'Troops in Contact'. Airstrikes and Civilian Deaths in Afghanistan. Abgerufen unter:

<http://www.hrw.org/en/reports/2008/09/08/troops-contact-0> [2009-11-03]

Initiative Afghanistan e.V. Bildungspolitische Entwicklung in Afghanistan. Abgerufen unter:

<http://initiative-afghanistan.de/bildung/> [2009-07-10]

Kabulnath. Abgerufen unter:

<http://www.kabulnath.de/Deutsch/Hindukosch.html> [2009-08-30]

Kempin, Ronja (2008). Polizeiaufbau in Afghanistan, in: Schmidt, Peter (Hg.). Das internationale Engagement in Afghanistan. Strategien, Perspektiven, Konsequenzen, SWP-Studie, Berlin, 37-42. Abgerufen unter:

http://www.swp-berlin.org/produkte/swp_studie.php?id=9407&PHPSESSID=3971c10ab22b3068be234b3f2691b4b3 [2009-08-01]

Khalatbari, Babak (2008). Demokratieentwicklung in Afghanistan. Länderbericht. Konrad-Adenauer-Stiftung. Auslandsbüro Afghanistan. Abgerufen unter:

http://www.kas.de/proj/home/pub/80/1/year-2008/dokument_id-14331/index.html [2009-07-10]

Konrad-Adenauer-Stiftung. Auslandsbüro Afghanistan. Abgerufen unter:

http://www.kas.de/proj/home/pub/80/1/-/dokument_id-14331/ [2009-10-05]

Kriegschronik Afghanistan. August/September 2009. Abgerufen unter:

<http://www.uni-kassel.de/fb5/frieden/regionen/Afghanistan/kriegschronik/Welcome.html> [2009-09-06]

Ladurner, Ulrich (2004). Afghanistan. Kalaschnikow-Demokratie. Abgerufen unter: <http://www.zeit.de/2004/42/Afghanistan> [2009-07-03]

Larson, Anna (2009). Toward an Afghan Democracy? Exploring Perceptions of Democratisation in Afghanistan. Abgerufen unter: http://www.areu.org.af/index.php?option=com_content&task=view&id=39&Itemid=73 [2010-02-02]

Maass, Citha D. (2007). Afghanistan: Staatsaufbau ohne Staat, SWP-Studie, 2007/S 04, Berlin. Abgerufen unter: http://www.swp-berlin.org/de/produkte/swp_studie.php?id=6925&active=swp-studien&PHPSESSID=35188b1c117da5266f2ba97bd96fc0e0 [2009-01-10]

Maass, Citha D. (2008a). Afghanisierung der Stabilisierungsstrategie, in: Schmidt, Peter (Hg.). Das internationale Engagement in Afghanistan. Strategien, Perspektiven, Konsequenzen, SWP-Studie, Berlin, 13-28. Abgerufen unter: http://www.swp-berlin.org/produkte/swp_studie.php?id=9407&PHPSESSID=3971c10ab22b3068be234b3f2691b4b3 [2009-08-01]

Maass, Citha D. (2008b). Paradigmenwechsel in Afghanistan. Eigenverantwortung der afghanischen Regierung statt Geberprioritäten. SWP-Aktuell, 2008/A 44, Berlin. Abgerufen unter: http://www.swp-berlin.org/de/produkte/swp_aktuell_detail.php?id=9139&PHPSESSID=35188b1c117da5266f2ba97bd96fc0e0 [2009-04-04]

Maass, Citha D. (2008c). Wahlen in Afghanistan 2009 und 2010: Legitimationsdefizit und Eigendynamik wahltaktischer Maßnahmen. Abgerufen unter: http://www.swp-berlin.org/common/get_document.php?asset_id=5828 [2010-02-25]

Maass, Citha D. (2009). Gespräche mit Taleban. Risikoreiche Kurskorrektur der US-Politik in Afghanistan, SWP-Aktuell, 2009/A 14, Berlin. Abgerufen unter: http://www.swp-berlin.org/produkte/swp_aktuell_detail.php?id=10498 [2009-007-08]

Mellenthin, Knut (2009). Wahlzirkus zu Ende. Abgerufen unter: <http://www.uni-kassel.de/fb5/frieden/regionen/Afghanistan/wahlfarce3.html> [2009-11-10]

Ministry of Education, Islamic Republic of Afghanistan. 1386 (2007) School Survey Summary Report. Abgerufen unter: <http://www.moe.gov.af/> [2009-08-31]

Ministry of Justice, Islamic Republic of Afghanistan. Licensed Political Parties. Abgerufen unter: <http://www.moj.gov.af/?lang=en&p=e16> [2010-02-25]

Nationalflaggen.de. Flagge Afghanistan. Abgerufen unter: <http://www.nationalflaggen.de/flagge-afghanistan.html> [2009-09-20]

Nato. ISAF Mandate. Abgerufen unter: http://www.nato.int/cps/en/natolive/topics_8189.htm#mandate [2009-09-07]

Nato. ISAF missions. Abgerufen unter: http://www.nato.int/cps/en/natolive/topics_8189.htm [2009-09-01]

Nato. ISAF troops. Abgerufen unter: http://www.nato.int/isaf/docu/epub/pdf/isaf_placemat.pdf [2009-09-07]

Nato. Provincial Reconstruction Teams. Abgerufen unter: <http://www.nato.int/isaf/topics/prt/index.html> [2009-09-01]

Nato. The evolution of ISAF. Abgerufen unter: http://www.nato.int/cps/en/natolive/topics_8189.htm [2009-09-01]

Nölle-Karimi, Christine (2000). Die Loya-Jirga – ein effektives politisches Instrument? Ein geschichtlicher Überblick. Abstract. <http://www.ag-afghanistan.de/files/abstrcts.htm> [2009-10-10]

Noetzel, Timo/Schreer, Benjamin (2008). Bundeswehr: Herausforderung Aufstandsbekämpfung, in: Schmidt, Peter (Hg.). Das internationale Engagement in Afghanistan. Strategien, Perspektiven, Konsequenzen, SWP-Studie, Berlin, 13-28. Abgerufen unter:

http://www.swp-berlin.org/produkte/swp_studie.php?id=9407&PHPSESSID=3971c10ab22b3068be234b3f2691b4b3 [2009-08-01]

Prohl, Werner/Werdin, Felix (2004). Demokratie und gesellschaftlicher Wandel in Afghanistan. Empirische Untersuchung zur Akzeptanz demokratischer Werte in einer islamisch geprägten Gesellschaft. Konrad-Adenauer-Stiftung. Abgerufen unter:

http://www.kas.de/proj/home/pub/80/1/year-2004/dokument_id-4503/index.html [2009-08-08]

Qantara.de Dialog mit der islamischen Welt (2009). Interview mit Jan Koehler: Gedämpfter Optimismus im Nordosten Afghanistan. Abgerufen unter:

<http://siteresources.worldbank.org/AFGHANISTANEXTN/Resources/305984-1237085035526/AfghanistanEconomicUpdateOct2009.pdf> [2009-11-15]

Reissner, Johannes (2008). Iran und sein Problem Afghanistan, in: Schmidt, Peter (Hg.). Das internationale Engagement in Afghanistan. Strategien, Perspektiven, Konsequenzen, SWP-Studie, Berlin, 59-64. Abgerufen unter:

http://www.swp-berlin.org/produkte/swp_studie.php?id=9407&PHPSESSID=3971c10ab22b3068be234b3f2691b4b3 [2009-08-01]

Rubin, Barnett/Stoddard, Abby/Hamidzada, Humayun/Farhadi, Adib (2004). Building a New Afghanistan: The Value of Success, the Cost of Failure, Center on International Cooperation, New York. Abgerufen unter:

<http://www.cic.nyu.edu/peacebuilding/oldpdfs/Building.pdf> [2009-06-07]

Ruttig, Thomas (2008). Afghanistan: Institutionen ohne Demokratie, SWP Studie, 2008/S 17, Berlin. Abgerufen unter:

http://www.swp-berlin.org/common/get_document.php?asset_id=5054 [2009-08-08]

Ruttig, Thomas (2009a). The Other Side. Dimensions of the Afghan Insurgency: Causes, Actors and Approaches to 'Talks', Afghanistan Analysts Network Thematic Report, 01/2009. Abgerufen unter:

<http://www.aan-afghanistan.org/uploads/200907%20AAN%20Report%20Ruttig%20-%20The%20Other%20Side.PDF> [2009-08-10]

Ruttig, Thomas (2009b). Interview zu Afghanistan. Abgerufen unter:

http://www.fr-online.de/in_und_ausland/politik/aktuell/?em_cnt=1901318& [2009-09-20]

Ruttig, Thomas (2009c). Afghanistans Wahlkrise. Die gefälschte Präsidentschaftswahl und Strategien für ‚danach‘. Abgerufen unter:

http://www.swp-berlin.org/common/get_document.php?asset_id=6470 [2010-02-25]

Ruttig, Thomas (2010). Karsai führt alle vor. Kommentar. Abgerufen unter:

<http://www.taz.de/1/debatte/kommentar/artikel/1/karsai-fuehrt-alle-vor/> [2010-03-01]

Schetter, Conrad (2000). Nationale Ideologien in Afghanistan. Abstract. Abgerufen unter: <http://www.ag-afghanistan.de/files/abstrcts.htm> [2009-07-07]

Schieweck, Eckart (2000). Verwaltung in Afghanistan – Einige Bemerkungen zu ihrer Geschichte und neueren Entwicklungen. Abstract. Abgerufen unter:

<http://www.ag-afghanistan.de/files/abstrcts.htm> [2009-07-07]

Schmidt, Peter (Hg.) (2008). Das internationale Engagement in Afghanistan.

Strategien, Perspektiven, Konsequenzen, SWP-Studie, Berlin. Abgerufen unter:

http://www.swp-berlin.org/produkte/swp_studie.php?id=9407&PHPSESSID=3971c10ab22b3068be234b3f2691b4b3 [2009-08-01]

Spanta, Rangin Dafaar (2000). Die Krise der gesellschaftlichen und politischen

Strukturen Afghanistans. Abstract. Abgerufen unter: [http://www.ag-](http://www.ag-afghanistan.de/files/abstrcts.htm)

[afghanistan.de/files/abstrcts.htm](http://www.ag-afghanistan.de/files/abstrcts.htm) [2009-06-12]

Suhrke, Astri (2006). The Limits of Statebuilding: The Role of International Assistance in Afghanistan, The Chr. Michelsen Institute, Bergen. Abgerufen unter: <http://www.cmi.no/publications/file/?2135=the-limits-of-statebuilding> [2009-06-07]

The Constitution of Afghanistan. Abgerufen unter: http://www.afghan-web.com/politics/current_constitution.html [2009-08-01]

The International Council on Security and Development Report (2008). Struggle for Kabul: The Taliban Advance, London. Abgerufen unter: <http://www.icosgroup.net/> [2009-07-05]

The World Bank. Afghanistan Transport Sector. Abgerufen unter: <http://web.worldbank.org/WBSITE/EXTERNAL/COUNTRIES/SOUTHASIAEXT/EXTSARREGTOPTRANSPORT/0,,contentMDK:20560890~menuPK:868765~pagePK:34004173~piPK:34003707~theSitePK:579598,00.html> [2009-09-14]

The World Bank (2009). Afghanistan Economic Update. Abgerufen unter: <http://siteresources.worldbank.org/AFGHANISTANEXTN/Resources/305984-1237085035526/AfghanistanEconomicUpdateOct2009.pdf> [2009-11-13]

UNAMA. Security Council Resolutions. Abgerufen unter: <http://unama.unmissions.org/Default.aspx?tabid=1745> [2009-07-07]

Unicef. Afghanistan: Eine Chance auf Bildung für Mädchen. Abgerufen unter: http://www.unicef.de/afghanistan-bildg_02.html [2009-09-02]

United Nations Office on Drugs and Crime. Afghanistan Opium Survey 2009. Abgerufen unter: http://www.unodc.org/documents/afghanistan//Executive_Summary_2009.pdf [2009-08-20]

Wagner, Christian (2008). Pakistans Interessen in Afghanistan, in: Schmidt, Peter (Hg.). Das internationale Engagement in Afghanistan. Strategien, Perspektiven, Konsequenzen, SWP-Studie, Berlin, 65-69. Abgerufen unter:

[http://www.swp-](http://www.swp-berlin.org/produkte/swp_studie.php?id=9407&PHPSESSID=3971c10ab22b3068be234b3f2691b4b3)

[berlin.org/produkte/swp_studie.php?id=9407&PHPSESSID=3971c10ab22b3068be234b3f2691b4b3](http://www.swp-berlin.org/produkte/swp_studie.php?id=9407&PHPSESSID=3971c10ab22b3068be234b3f2691b4b3) [2009-08-01]

Waldman, Matt (2008). Falling Short. Aid Effectiveness in Afghanistan. ACBAR Advocacy Series. Abgerufen unter:

[http://www.acbar.org/ACBAR%20Publications/ACBAR%20Aid%20Effectiveness%20\(25%20Mar%202008\).pdf](http://www.acbar.org/ACBAR%20Publications/ACBAR%20Aid%20Effectiveness%20(25%20Mar%202008).pdf) [2009-04-03]

Wilder, Andrew (2005). A house divided? Analysing the 2005 Afghan Elections. Abgerufen unter:

http://www.areu.org.af/index.php?option=com_content&task=view&id=39&Itemid=73 [2009-02-02]

Zentrum für Internationale Friedenseinsätze (2006). Internationales Konfliktmanagement und die Arbeit des Zentrums für Internationale Friedenseinsätze. Abgerufen unter:

http://www.espp.de/fileadmin/MDB/ESPP_Homepage/ESPP-Events/2006/Behrendt/ZIF-Presentation_J_Behrendt_Feb_2006.pdf [2009-11-01]

7.2.3 Abbildungsverzeichnis

Abbildung 1: Herrschaftsgebiet der Durrani-Dynastie 1747-1895.....	29
Abbildung 2: Territorium Afghanistan seit 1895	30
Abbildung 3: Unterschiedliches Ausmaß von Demokratieakzeptanz	57
Abbildung 4: Präsenz der OMK	61
Abbildung 5: Opiumanbau in Hektar 1994-2009.....	66
Abbildung 6: Flagge Afghanistan.....	85

Ich habe mich bemüht, sämtliche Inhaber der Bildrechte ausfindig zu machen und ihre Zustimmung zur Verwendung der Bilder in dieser Arbeit eingeholt. Sollte dennoch eine Urheberrechtsverletzung bekannt werden, ersuche ich um Meldung bei mir.

Abkürzungsverzeichnis

ANA	Afghan National Army
ANAP	Afghan National Auxiliary Police
ANDS	Afghanistan National Development Strategy
ANP	Afghan National Police
AREU	Afghanistan Research and Evaluation Unit
DDR	Disarmament, Demobilisation and Reintegration
DVPA	Demokratische Volkspartei Afghanistan
EU	Europäische Union
FATA	Federally Administered Tribal Areas
IDLG	Independent Directorate of Local Governance
IEC	Independent Election Commission of Afghanistan
ISAF	International Security Assistance Force
ISI	Inter-Services Intelligence
NATO	North Atlantic Treaty Organization
NGO	Non-governmental Organization
OEF	Operation Enduring Freedom
OMK	Oppositionelle Militante Koalition
PRT	Provincial Reconstruction Team
SNTV	Single Non-Transferable Vote
SSR	Sicherheitssektorreform
UdSSR	Union der sozialistischen Sowjetrepubliken
UN	United Nations
UNAMA	United Nations Assistance Mission in Afghanistan
UN-SC	United Nations Security Council
USA	United States of America
ZMZ	Zivil-militärische-Zusammenarbeit

7.3 Curriculum Vitae

PERSÖNLICHE DATEN

Geburtsdatum: 27.12.1984
Geburtsort: Bad Ischl, Österreich

AUSBILDUNG:

2004: Matura an der HLW/Stadt Haag
2004-2010: Studium der Politikwissenschaft/Universität Wien
2004-2010: Studium der Volkswirtschaft/Universität Wien und Universität Paris IX-Dauphine

BERUFLICHE TÄTIGKEITEN:

2002-2009: Chef de Rang/Landhaus zu Appesbach, St. Wolfgang
07-09. 2005: Datenbankbetreuung/Wirtschaftskammer Österreich, Wien
09-10. 2009: Forschungspraktikum/Institut für Friedensforschung und Sicherheitspolitik, Hamburg

7.4 Abstract

Der gegenwärtige Konsolidierungsprozess in Afghanistan soll neben staatlichen Strukturen und einer freien Marktwirtschaft auch eine Zivilgesellschaft aufbauen, sowie eine funktionierende Demokratie schaffen. Nach dem Regime Change soll also ein Nation-Building stattfinden. Der Versuch der Internationalen Gemeinschaft den Krieg mittels Intervention zu beenden, hat jedoch geradewegs in dessen weitere Eskalation gemündet.

Das Forschungsinteresse der Diplomarbeit liegt in der Herausarbeitung jener Faktoren, die einer friedvollen Konstituierung des politischen Systems entgegen stehen. Der Schwerpunkt der Arbeit liegt beim Demokratisierungsprozess, da die staatliche Ebene alleine nie einigende Wirkung erzielte. In Afghanistan war der Staat zu keiner Zeit als oberstes Organisationsprinzip anerkannt. Es haben sich keine staatlichen und nationalen Strukturen im Sinne der Staatstrias Staatsvolk, Staatsgebiet und Staatsgewalt herausgebildet. Seit 1978 erodiert das bislang wenig Vorhandene aufgrund des Kriegs und des damit verbundenen wirtschaftlichen Verfalls.

In der Diplomarbeit konnte gezeigt werden, dass sich die bereits in der afghanischen Geschichte als konfliktverschärfend ausgemachten Momente nicht geändert haben. Vielmehr stärkt das neue zentralistische politische System genau jene Akteure und Strukturen, die durch die Intervention und den anschließenden Konstituierungsprozess eliminiert werden hätten sollen. Ein föderales System könnte die in Afghanistan vorherrschenden Partikularinteressen friedlicher kanalisieren.